

Wahlspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft fern:  
Dah' Brot und Arbeit uns gestiftet seien,  
Dah' unsere Kinder in der Schule lernen,  
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.  
O. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Scheffonto 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagaffe Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

**Sprechstunden**

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

**Insertionspreis:**

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

**Abonnements-Bedingungen:**

Halbjährlich . . . . . Kr. 2.88

Ganzjährlich . . . . . 5.76

Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—, für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Nr. 3

Wien, den 20. Jänner 1912.

20. Jahrg.

## Wiso an alle unsere Funktionäre, Vertrauensmänner und Mitglieder!

Wir erachten es als unsere Pflicht, euch nochmals auf die Begünstigungen aufmerksam zu machen, die jenen Mitgliedern gewährt werden, welche noch bis zum 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten:

Alle jene Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines, welche am 1. Jänner 1912 bereits drei Monate dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein angehören und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, haben keine Karenzzeit das heißt, sie haben sofort Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Alle Personen, welche bis zum 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein und auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine dreimonatige Karenzzeit, das heißt, sie haben auf die ihnen zukommende Unterstühtungsquote erst nach dreimonatiger Mitgliedszugehörigkeit zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds Anspruch.

Diesemgen, die erst nach dem 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine zweijährige Karenzzeit, das heißt, sie haben erst nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Fonds Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Für Mitglieder, die vor Ablauf der vorgezeichneten Karenzzeit durch einen Eisenbahnunfall getötet wurden, ist die Karenzzeit mit dem Todesstage abgelaufen.

Nachdem nur den bis zum 31. März 1912 Beitretenden die kurze Karenzzeit gewährt werden kann, so wollen die Funktionäre und Vertrauensmänner die Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß bei einem späteren Beitritt unbedingt an der zweijährigen Karenzzeit festgehalten werden muß.

Gleichzeitig eruchen wir die Ortsgruppenassessoren um die sofortige Einsendung der ausgefüllten Beitrittserklärungen.

Neue Beitrittserklärungen sind bei der Zentrale anzufordern. Die Zentralleitung.

## Voranzeige.

Wie im Vorjahre, erscheint auch heuer Anfangs Februar im Beilage des „Eisenbahner“ das in Eisenbahnerkreisen mit viel Beifall aufgenommene Eisenbahnerwitblat.

## Der Faschings-Courier

und wird das Exemplar, gleich wie im Vorjahre, bei Bestellungen von 20 Exemplaren aufwärts, zu 12 Heller abgegeben werden. Einzelne Exemplare kosten 16 Heller. Berücksichtigung können nur solche Bestellungen erfahren, die von der Ortsgruppen- oder Zahlstellenleitung mit der Unterschrift eines Vertrauensmannes und dem Beidruck der Stampiglie versehen sind.

Wir ersuchen daher die Ortsgruppen und Vertrauensmänner, uns sofort die Anzahl der Exemplare, die sie zum Vertriebe benötigen, bekanntgeben zu wollen.

Beiträge, die auch lokaler Natur sein können, erbitten wir bis längstens 22. Jänner l. J. unter der Bezeichnung „Für das Witblat“ an unsere Redaktion. Entscheidend für die Aufnahme ist, daß darin Ereignisse, Zeit- und Tagesfragen, soweit sie für die Eisenbahner von Interesse sind, in humorvoller oder satirischer Weise beleuchtet werden.

Die Devise unseres Witblattes ist auch in diesem Jahre: „In dieser trostlosen Zeit dem derben und gesunden Spott eine freie Gasse!“

Der Verlag.

## Die treibende Kraft.

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existieren.“

(Fürst Bismarck im Deutschen Reichstag am 26. November 1884.)

Diese Worte des großen Sozialistenhassers sollten jetzt in allen Redaktionen der deutschnationalen Schriftleiterpresse unter Glas und Rahmen gesetzt werden. Denn wie wohl man dort alles, was sonst der zum deutschen Nationalhelden erhobene Kanzler je gesprochen oder geschrieben hat, als unfehlbare Offenbarungen in Verwahrung hält, an diese offenen Worte müßte dennoch von Zeit zu Zeit erinnert werden. Fürst Bismarck kannte das deutsche Bürgertum ebenso gut als er die sozialdemokratische Arbeiterchaft haßte, und er wußte es, daß die Bourgeoisie und alle aus ihr gebildeten Organisationen nur vorwärts zu bringen sind, durch die treibende Kraft des Sozialismus.

Wie recht der deutsche Kanzler hatte, als er die sozialdemokratische Bewegung als die Schwungkraft des öffentlichen Lebens bezeichnete, das ist gerade auch für die österreichischen Eisenbahner im Verlauf der letzten Jahre unwiderleglich bewiesen worden. Aus einer streng abgeschlossenen Kaste von guten und staatsstreuen Bürgern, die über die Wege des allergeringsten Petitionierens nicht hinauskam, ist die Eisenbahnerschaft Oesterreichs erst in den jüngsten Jahren zu einer solidarisch fühlenden Schar erprobter Kämpfer geworden, und hat mit dem neuen und starken Geiße des Sozialismus erfüllt, manches und vieles erreicht, woran man vor zwanzig Jahren auch nur kaum zu denken gewagt hat. Niemand, der nicht absichtlich Vogel-Straußpolitik betreibt, wagt wohl die Tatsache zu bestreiten, daß der vom sozialistischen Bewußtsein erfüllte gewerkschaftliche Gedanke die Eisenbahner in das soziale und politische Leben eingereicht hat, und ihnen als disziplinierten Faktor einen Platz anwies, von wo aus sie einen Kampf um die Hebung ihrer Klassenlage mit Erfolg führen konnten. Staat und Bürgertum mußten erst durch die Erweckung und den Gebrauch der eigenen Kraft an die Pflichten erinnert werden, die man vordem gegenüber dem Eisenbahnproletariat nicht gekannt hat. Und dieses Verdienst die Schlafenden erweckt, und die Tatenlosigkeit durchbrochen zu haben, gebührt un widersprochen der sozialdemokratischen Organisation.

Eine Zeitlang hat, wie überall, wo eine Schichte der Arbeiterklasse erwacht ist, Staat und Bourgeoisie mit Gewalt der neuen Bewegung zu trogen versucht. Als dieses Bemühen versagt hat, und man mit Schikanen allein nicht mehr das Auslangen fand, änderte man die Taktik, indem aus den bürgerlichen Parteien heraus selbst jene Ableger von christlichen und nationalen Gewerkschaften entstanden, die den Kampf mit anderen Waffen führen sollten, indem sie die Eisenbahner wieder auf schlaue Art in das bürgerliche Lager zurückführen sollten. Denn so fremd und tatenlos alle bürgerlichen Parteien den Eisenbahnern solange gegenüber standen, als diese selbst noch kein bewußter politischer Faktor waren, so eifrig begann jetzt das Liebeswerben auf allen Seiten, als man sah, daß die Eisenbahner gegen ihre Feinde frondierten. Wollte man aber die Eisenbahner in das Lager der bürgerlichen zurückrufen, dann mußte man sie zu überzeugen versuchen, daß jede Verbesserung, die bisher durchgesetzt wurde, lediglich ein Erfolg der bürgerlichen, der christlichen oder nationalen Organisationen sei. Das war zwar keine leichte Aufgabe, aber bei viel Geschrei ließ sich vielleicht doch eine Art Massensuggestion hervorrufen.

Und so sehen wir auch jetzt wieder, wo die Eisenbahner auf parlamentarischem Wege einen bescheidenen Erfolg durchsetzten, die bürgerlichen Demagogen an dieser Arbeit. Krampfhaft bemüht sich das reichsbündlerische Organ „Der deutsche Eisenbahner“ den Nachweis zu führen, daß die Eisenbahner den Erfolg lediglich der nationalen Koalition und den bürgerlichen Abgeordneten verdanken. In einem Artikel „Zur Jahreswende“ lobt das Reichsbundblatt das Wirken der nationalen Organisationen als das allein helfende Zaubermittel und schreibt:

„Wenn wir nun auf die eben im Parlament erlebte Eisenbahnvorlage zu sprechen gelangen, so taucht wohl die Frage auf, ob die sozialdemokratische Gewerkschaft, beziehungsweise die hinter ihr stehende Partei jemals imstande gewesen wäre, einen so durchschlagenden Erfolg ohne schweren wirtschaftlichen Kampf auf dem parlamentarischen Wege zu erlangen. Niemals wäre die einstimmige Annahme des 38-Millionenantrages im Parlament mit jener Impofantheit erfolgt, wenn nicht die nationalen Organisationen ihren Einfluß auf die hinter ihnen stehenden politischen Parteien genommen und so die unbedingte Annahme des Antrages gesichert hätten. Wenn nun der Abgeordnete Tomschil erklärt, daß sich die sozialdemokratische Partei nur darum herbeiließ, von ihrem 60-Millionenantrag abzugeben, um nicht die Einigkeit zu stören, so liegt wohl in diesen Worten die gewohnte sozialdemokratische Demagogie, denn Tomschil wußte nur zu gut, daß die sozialdemokratische Partei gar nicht in der Lage gewesen wäre, weder ihren 60-Millionenantrag, noch irgend einem anderen zum Durchbruch zu verhelfen. Tomschil ergriff also gerne die Gelegenheit, um nicht nur den vorjährigen Solidaritätsbruch der seinem Kommando folgenden Eisenbahner wieder gutzumachen und so wenigstens teilweise dem Fortschreiten des Abfalles an Mitgliedern zu steuern, sondern auch, um aus der Not eine Tugend zu machen und sich als Einigungspapst hinzustellen. Es ist also hauptsächlich der nationalen Koalition zu danken, daß der 38-Millionenantrag einstimmig angenommen wurde.“

Merkwürdig ist vor allem der seltsame Widerspruch, der da auftaucht. Zehn Tage vorher schrieb der „Deutsche Eisenbahner“ noch von einem Misserfolg, mit dem die gegenwärtige Bewegung geendet habe, und der allein durch die sozialdemokratische Taktik verschuldet wurde. Und nun haben wir auf einmal einen „durchschlagenden Erfolg“, und zwar deshalb, weil es dem Reichsbundblatt noch rechtzeitig einfiel, daraus einen besonderen Sieg der Nationalverbändler und der mit diesen verbündeten nationalen Eisenbahnerkoalition zu konstruieren. Wirken schon die widerspruchsvollen Vordränge, die sich hier die wackeren Reichsbündler zuschulden kommen lassen, geradezu erheitend, so ist die Naivität, die man den Eisenbahnern zumutet, schon mehr als beleidigend für den gesunden und logischen Verstand. „Niemals wäre die Impofantheit der Annahme des 38-Millionenantrages im Parlament zustande gekommen, wenn die bürgerlichen Abgeordneten nicht dafür gestimmt hätten“. Gewiß nicht. Aber weshalb haben die bürgerlichen Abgeordneten dafür gestimmt? Weil sie fürchteten, daß eine abermalige Ablehnung die nationalen Parteien um den ohnehin letzten Rest des Vertrauens unter den Eisenbahnern bringen würde, und daß der Erfolg einer aus einem abermaligen ablehnenden Beschluß abgeleiteten Agitation lediglich den Sozialdemokraten zugute kommen müßte. Denn die gewaltige Erregung, die der Verrat der bürgerlichen bei der Ablehnung des 20-Millionenantrages und nachher die Ablehnung des 38-Millionenantrages Tomschil unter den Eisenbahnern ausgelöst hatte, steckt wohl den Nationalen noch so nachhaltig in allen Gliedern, daß sie jetzt eine neuerliche Ablehnung schon mit Rücksicht auf die eigenen Leute nicht wagen dürften. Aber auch der versteckte Anwurf, Genosse Tomschil habe seinen 68-Millionenantrag nur aus demagogischen Gründen gestellt, weil er wußte, daß dieser Antrag nie angenommen wird, ist eine Schlinge, in die sich die Reichsbündler selbst begeben. Wozu hat denn dann die nationale Koalition ihren 62-Millionenantrag ein-

gebracht, wenn es für sie von vornherein feststand, daß solche Summen nicht durchzusetzen sind? Solches aus der Schule schwächen, beweist eigentlich nur, daß es den Herren überhaupt nur um eine leere Demonstration zu tun war, um damit auf die Öffentlichkeit zu wirken. In Wahrheit wird damit immer deutlicher bewiesen, daß die Herren Rationalverbändler einfach vor dem Druck und der Macht der sozialdemokratischen Organisation kapitulieren mußten, daß also wieder einmal ohne die Sozialdemokratie auch dieser bescheidene Fortschritt nicht erobert worden wäre.

Diese Erkenntnis ist es aber auch, die heute allen Eisenbahnern, die wissen, von woher der Druck kommt, dem sich heute niemand entziehen kann, eine heilige Verpflichtung auferlegt. Die Waffe, mit der wir alle Erfolge eroberten, die Organisation, muß geschärft werden. Es gilt jetzt weiterzuschreiten, und den halben Erfolg voll zu machen. Um die fehlenden 17 Millionen Kronen, mit denen die Regierung im Rückstand verblieben ist, durchsetzen zu können, werden die Parteien im Parlament auch bekennen müssen, ob sie die finanziellen Mittel dazu bewilligen wollen. Der „Deutsche Eisenbahner“ läßt in seinem Artikel durchleuchten, daß er da, den eigenen nationalverbändlerischen Abgeordneten nicht recht traut, denn so sagt er schonend, „es könnte vorkommen, daß im Drange der Geschäfte auf die Durchführung des Antrages vergessen würde“. Die Eisenbahner haben jetzt das Gewissen zu sein, das die Herren vor einem „Vergessen“ schützt. Die sozialdemokratische Organisation muß jetzt stark erhalten werden, um auch weiterhin die treibende Kraft zu bleiben, die rechtzeitig nachhilft, wenn die vom „Deutschen Eisenbahner“ befürchtete „Vergesslichkeit“ wirklich eintreten sollte. Steigern wir diese treibende Kraft, indem wir unausgesetzt unsere Ideen vertiefen und neue Mitglieder werben, wo wir nur können!

**Die Aufbesserungen für die Eisenbahner.**

Da die Lohnaufbesserungen an die Arbeiter noch immer nicht bekanntgegeben wurden und bei der Durchführung der Aufbesserungen an das definitive Personal manches unternommen wurde, was das Personal mißtrauisch macht, hat am 11. Jänner der Abgeordnete Tomisch im Auftrag der Organisation beim Eisenbahnminister Baron Forster vorgeprochen und ihm in einer mehr als einständigen Unterredung die Beschwerden und Wünsche des Personals vorgetragen.

Für die Werkgehilfen wurde verlangt, daß bei ihrer Stabilisierung ebenfalls die Einrechnung der Uniform aufgehoben werde und die Differenzen durch Zulagen ausgeglichen werden.

Bei den Stabilisierungen der Arbeiter mit dem Zeitpunkt vom 1. Jänner 1912 wurde verlangt, daß sie bei der Aufteilung ihres Lohnverdienstes auf Gehalt und Quartiergeld nicht um die Aufbesserung des erhöhten Quartiergeldes gebracht werden sollen, da sie sonst bei der Lohnhöhung und bei der Quartiergeldberhöhung durchfallen würden.

Für die Wächter wurde verlangt, daß ihnen beim Härteausgleich die Dienstzeit von der Anstellung mit 48 Kr. monatlich an gerechnet wird und nicht vielleicht erst vom Zeitpunkt der Einreihung in die dritte Dienstkategorie.

Es wurde auch auf die Absicht hingewiesen, daß man diesmal bei der Quartiergeldberhöhung sofort für das ganze Jahr den Stempel in Abzug bringen will, was wieder eine Schädigung für das Personal bedeuten würde.

Ferner wurde hingewiesen auf den Erlaß über die Regiefahrten des Zugbegleitungspersonals, dessen Auf-

hebung vom Abgeordneten Tomisch verlangt und gleichzeitig eine Deputation des Personals angekündigt.

Bezüglich des Härteausgleichs wurde vom Abgeordneten Tomisch auch auf die bei der Stabilisierung verkürzten Arbeiter hingewiesen, was man ihnen beim Härteausgleich gutbringen soll. Die Frage der Lohnaufbesserung, Lohnautomatiz, Urlaube, Arbeitsordnung, Stabilisierung u. s. w. besprach der Abgeordnete Tomisch ebenfalls sehr ausführlich. Er verwies hauptsächlich darauf, daß bis jetzt die ordentlichen, das heißt die am 1. Jänner fälligen normalen Lohnvorrückungen bei den Arbeitern nicht durchgeführt wurden, was das höchste Mißtrauen der Arbeiter hervorruft. Ebenso sei noch nichts bekannt über die Art der Lohnaufbesserung u. s. w. und Tomisch kündigte ebenfalls die Vorschläge einer Deputation der Arbeiter für die nächste Woche an.

Der Minister hörte aufmerksam zu, machte sich fleißig Notizen und versprach, die angeregten Fragen, soweit es ihm möglich sei, gewiß berücksichtigen zu wollen. Was die Frage der Lohnaufbesserungen betrifft, sei er noch nicht in der Lage gewesen, eine endgültige Entscheidung zu treffen, da noch Abänderungen notwendig sind; doch werde er gewiß trachten, sobald als möglich alles zu erledigen; er sei bereit, die Deputation der Arbeiter heute vormittags um 9 Uhr zu empfangen. Ebenso sei er bereit, die Deputation der Zugbegleiter in der nächsten Woche zu empfangen, doch können er den bestimmten Tag hierfür momentan nicht festsetzen. Hierauf ersuchte er noch den Abgeordneten Tomisch, sich bezüglich des Erlasses, die Regiefahrten betreffend, zum Referenten, Regierungsrat Karasek, zu begeben, um ihm ebenfalls die Beschwerden vorzulegen, was auch geschah.

Bezüglich der noch ausstehenden Aufbesserungen, die über den Rahmen der einundzwanzig Millionen hinausgehen und vom Parlament angenommen wurden, werden bei der Beratung des Budgets von der sozialdemokratischen Fraktion die notwendigen Anträge gestellt werden.

**Vorschläge der Arbeiterzentralauschussmitglieder im Eisenbahnministerium.**

Die Arbeiterzentralauschussmitglieder, die Genossen: Schneider, Praxak, Tantsin, Valenta, Kubitschek, Fuchs, Waldhauser und Millner sprachen am 16. d. M. beim Eisenbahnminister vor, um sich über die Maßnahme der bevorstehenden Lohnregulierung zu informieren, beziehungsweise um auf dieselben hinsichtlich verschiedener Fragen noch einzuwirken. Vor allem erkundigte sich die Deputation, wann die Durchführung der Lohnaufbesserung erfolgen wird und ob die Aufbesserung derart hoch gedacht ist, daß die Stabilisierung nicht beeinträchtigt werden kann, da durch die Erhöhung des Stabilisierungsgehaltes und des Quartiergeldes im Ausmaße von 20 Kr. die Erreichung der Stabilisierung nur dann aufrechtzuerhaltenden Verhältnis bleiben würde. Diese Angelegenheit sei für die Arbeiter von besonderer Bedeutung, wobei sie noch bittlich hervorhoben, daß Verkürzungsmöglichkeiten hintangehalten werden mögen. Auch die Fragen der Stabilisierungsverbesserungen in Bezug auf Normierung und Postenvermehrung sowie die Hauptfrage der Stabilisierung selbst bei den neuverstaatlichten Bahnen sind für die Arbeiter von großer Wichtigkeit. Die Affordverhältnisse bei den verstaatlichten Bahnen wären sehr verbesserungsbedürftig, weil die Verdienste allzu ungleichmäßig sind.

Die Deputation berichtete dem Eisenbahnminister ferner, daß bezüglich kürzerer Vorrückungsfristen in der Lohnautomatiz einer Deputation am 8. d. M. von Herrn Ministerialrat Dr. Voek erklärt wurde, daß bei dieser Lohnautomatiz ohnehin weit über das Ziel hinausgeschossen worden sei, worüber sich die Arbeiter sehr erregt haben, weil man die Erfahrung macht, daß die Vorrückungsfristen gegenüber jenen des stabilen Personals von schädigender Wirkung sind, wie man das in der im

Vorjahre dem Eisenbahnministerium unterbreiteten Liste sah.

Bei dem Punkte: Auflassung des Affords der De. N. B. V. besprach die Deputation auch den Umstand, daß die Expediteure noch bis über 8 Uhr abends ausliefern dürfen und müssen diese Lieferungen noch am selben Abend vom Personal aufgearbeitet werden, ohne daß daraus ein Affordverdienst zu erzielen sei; außerdem müssen noch verschiedene Arbeiten verrichtet werden, wofür sie keine Bezahlung erhalten. Sodann wurde auf die Ernennung der Heizhausarbeiter zu Heizern auf der St. G. G. hingewiesen, bei welcher Frage der Minister einwarf, daß dies wohl Sache der Direktion sei. Die Deputation erwiderte aber, daß die Direktion seinerzeit erklärte, das Eisenbahnministerium habe nicht mehr Posten normiert. Endlich wurde die Deputation bittlich, auch auf Stabilisierung der Bahnerhaltungsprofessionisten Rücksicht zu nehmen, weil diese Professionisten größtenteils als selbständige Arbeiter fungieren.

Der Minister erwiderte auf alle Punkte ziemlich eingehend. Daß die Durchführung der bevorstehenden Lohnregulierung erst Mitte Februar erfolgen könne, sei wohl eine unliebsame Verspätung, aber die Durchführung gebe sehr viel Arbeit. Die Lohnhöhungen selbst werden gleichmäßig, entsprechend den Orten erfolgen. Was die Stabilisierungsverbesserung anbelangt, die Normierung und Postenvermehrung, so seien dies wohl Fragen, die nicht sofort beantwortet werden können und erst studiert werden müssen. Auch die Verbesserung der Affordverhältnisse bedürfe eines Studiums, weil derzeit Mißstände bestehen, welche zuerst behoben werden müssen. Die Affordverhältnisse der De. N. B. V., sagte der Minister weiter, seien ja sehr schön und wird sich so manches, das gegenwärtig beschwerlich empfunden werde, bei der Direktion regeln lassen. Von der Auflassung des Affords selbst kann überhaupt nicht die Rede sein.

Was die Durchführung der Lohnregulierung im allgemeinen betrifft, so sei vorgeesehen, daß überall gleichmäßig vorgegangen werde, so daß nicht die eine oder die andere Kategorie geringer oder höher bedacht werde. Schließlich versprach der Minister, daß man sich an Ort und Stelle überzeugen werde, was in der Stabilisierungsfrage der Bahnerhaltungsprofessionisten getan werden könne.

F. S.

**Mehr sozialistisches Wissen.**

Bibliothek und Bibliothekar.

II.

So oft das Thema über „Mehr sozialistisches Wissen“ innerhalb der Parteiorganisation angeschnitten wird und Wege eröffnet werden sollen, auf welche Art diesem allgemeinen Rufe am schnellsten und rationellsten entsprochen werden kann, werden unsere Bibliotheken als eines der ersten und wichtigsten Mittel hierzu genannt. Die Bibliothek soll den Drang nach Wissen und Bildung erfüllen, vor allem aber das Bildungsbestreben der Arbeiterschaft in die richtigen Bahnen leiten. Sie soll die Sünden der heutigen Schulen z. ausgleichen und wettmachen, um die Genossen für eine edlere und höhere Lebensauffassung zu gewinnen. Unseren angeworbenen Mitgliedern muß ein Ideal gegeben werden, für das sie in späteren Tagen mit Enthusiasmus zu kämpfen berufen sind. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Planlosigkeit des Lesens, wie es gegenwärtig in unseren Ortsgruppen allgemein geübt wird, ein Ende gemacht und dafür Sorge getragen werden, daß die dargebotene Kost nicht bloß eine einwandfreie gesunde ist, sondern in gewissen Nationen, die aber in einander ein pädagogisches System darstellen müssen, verabreicht wird. Unser Zeitalter

**Feuilleton.**

**Tiroler Geschichten<sup>\*)</sup>.**

Von Rudolf Greinz.

**Die Beichte.**

Ein junges, sauberes Diandl geht beichten. Die unangenehmsten Bekanntschaften, nämlich die Sünden gegen das sechste Gebot, bewahrt es sich bis zuletzt auf. Aber auch da will es nicht ordentlich mit der Farbe herausrücken. Um ihm das Geständnis zu erleichtern, fragt sie der Herr Pfarrer:

„Hast loa Blabtschaft nit?“

Das Diandl erwidert zögernd: „A lois \*\*) schon.“

Der Pfarrer: „Ja, was tuat denn nachher dein Qua?“

Das Diandl: „Er kimmt aus Kammerfenster.“

Der Pfarrer: „Und nachher?“

Das Diandl: „Nachher kloppst er halt an.“

Der Pfarrer: „Und nachher?“

Das Diandl: „Nachher kimmt er halt ein.“

Der Pfarrer: „Und was tut er denn nachher?“

Es entsteht ein ziemliches Schweigen. Schließlich fragt das Diandl, der ihm sehr unangenehmen Inquisition ausweichend, Seine Hochwürden:

„Was tatest denn nachher du?“

**Der Schurke.**

Ein großer Schurke der dargestellten Tragödie tritt endlich zur allgemeinen Befriedigung coram publico geköpft. Damit sind die Zuschauer aber nicht zufrieden, sondern verlangen, daß der Bösewicht noch einmal geköpft werde.

\*) Aus „Auf der Sonnenseiten“. Lustige Tiroler Geschichten. Von Rudolf Greinz. Verlag von L. Staackmann, Leipzig. Ein prächtiges Buch von gesundem Humor, das das beste Geleitwort mit auf den Weg verdient.

\*\*) Ein wenig.

Geduldig erhebt sich der Justifizierte vom Schafott und läßt sich noch einmal köpfen. Das Publikum ist aber noch immer nicht zufrieden. Der Schurke muß zum drittenmal geköpft werden.

Als aber dann die Zuschauer noch ein viertes Köpfen verlangen, wird dem Schurken die Sache zu dumm. Er steht auf, verneigt sich gegen das Publikum und erklärt mit einer tiefen Grabesstimme:

„Jaß isch es genuag! Jaß bin i' wirklich hin!“

**Vom Dauerntheater.**

Der Ritter Don Rodrigo erwischt seine Gemahlin in flagranti mit dem Burgvogt. Er rächt seine Ehre, indem er der ehebrecherischen Gattin sofort den Garaus macht und dabei ruft:

„Donna Rosaura, o du gottverdammter Schlampen, Ich stoße dir mein ehlich Schwert in deine Wampen!“

Sodann wendet er sich an den mitschuldigen Burgvogt und apostrophiert denselben folgendermaßen:

„Doch dir, du Gauch, der mit ihr hat gesündigt, Ist hemit der Dienst gefündigt! Dir hilft kein Bitten und kein Flehen, In vierzehn Tagen tanst du gehen!“

**Korrekte Straßennamen.**

Von Fritz Müller.

Wien hat jetzt einen Doktor Karl Luegerplatz.

Auf einer Harzwanderung habe ich in Andreasberg den Oberleutnant Lehmannweg entdeckt.

In Halle an der Saale gab es bis vor kurzem noch eine Buchererstraße. Das war ein Standa. Die Fremden konnten glauben, es gäbe Bucherer in Halle, denen zu Ehren... Darum heißt die Straße jetzt Ludwig-Buchererstraße. Wie

es recht und billig ist. Denn der königliche Kommerzienrat Ludwig Bucherer gab ihr seinen Namen. Ich hoffe, wenn ich wieder nach Halle komme, heißt sie königlicher Kommerzienrat Ludwig Buchererstraße.

Aber das sind erst Ansätze, bescheidene Ansätze in der Richtung nach korrekten Straßennamen. Wien, Andreasberg und Halle haben den Anfang gemacht. Andere Städte werden folgen.

Wenn ich nicht irre, besteht schon irgendwo eine Gottgold-Ephraim-Lessingstraße. Aber eine Staatsminister-Johann-Wolfgang-von-Goethestraße fehlt immer noch.

Und in Berlin ist noch immer keine Erster-Staatsanwalt-Jsenbielstraße. Und wo ist die Regierungspreferendar-Mag-Wollingerstraße? Ober glaubt man, der Regierungspreferendar Mag Wollinger hätte sein Vermögen deshalb der Vaterstadt hinterlassen, um mit seinem ehlichen Namen in einer obfluren Wollingerstraße beruhigt zu werden.

Daß in Parientkirchen noch keine Oberexpeditor-ersterklasse-Josef-Schmuttermaierstraße existiert, ist schließlich verständlich.

Freilich ist das alles erst die eine, die bürgerliche Seite der korrekten-Straßennamen-Frage. Die fürstliche ist nicht weniger wichtig. Wer ein klein wenig Verständnis für Historie hat, muß es bedauern,

daß Potsdam noch keine Wilhelm-der-Große-straße, daß der Tiergarten noch keinen Otto-der-Kauleplatz aufweist,

daß er in ganz Deutschland vergeblich einen Karl-der-Diöplaf sucht, in Tirol ohne Erfolg nach einer Margarete-Maultaschgasse Umschau hält,

daß er nirgends in Thüringen eine Friedrich-mit-der-gebissenen-Wangestraße oder auch nur eine Fürst-Heinrich-der-Zweihunddreißigste-von-Neuß-jüngere-Linieasse auffinden kann.

eist einem bestimmten Ziele, dem Sozialismus entgegen. Der Träger dieses Bestrebens ist die Arbeiterklasse. Eine Klasse, der die Ausführung einer geschichtlichen Mission vorbehalten ist, braucht alles in allem ein starkes Geschlecht. Es genügt für einen Sozialdemokraten nicht mehr, bloß zu wissen, daß die Drohnen der Gesellschaft in Palästen, herrlichen Seebädern und erquickenden Kurorten alle Herrlichkeiten der Welt genießen, und daß für die Arbeitsbienen ein feuchtes und trotzdem teures Loch als Wohnung, scheußliche Surrogate als Nahrung, Lumpen zur Verhüllung der Blößen und Schnaps als Tröster bei allen Leiden gut genug sind für harte Arbeit. Ein Sozialdemokrat darf nicht bloß die Welt und ihr System interpretieren, er muß es — wie Karl Marx sich ausdrückt — zu verbessern suchen. Nur wer die Ursachen der Krankheit des Klassenstaates kennt, kann an ihre Beseitigung schreiten. Wer an der Verbesserung der Lage seiner Klasse mitarbeiten und die bürgerliche „von Gott gewollte Ordnung“ vom Grund auf ändern will, der muß über viel geistiges Nützzeug, Ueberzeugungstreue und Idealismus verfügen. Diese Eigenschaften und Waffen kann man sich vornehmlich nur aus unserer geistigen Kammer holen, einer gut angelegten Bibliothek. Die angeworbenen Genossen mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen, sie zu bewussten Sozialdemokraten auszubilden, muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, weil darauf unsere ganze Partei beruht. Je größer der Haß und der Eifer unserer Gegner wird, desto nötiger und dringender wird die Erziehungsarbeit. Wer der Sache der Arbeiter dienen will, muß ununterbrochen und zielbewußt an der Erziehungsarbeit mitarbeiten. Jedes Stückchen nach vorwärts bedeutet eine Beseitigung des Kulturhindernisses, das uns heute noch den Weg zur Verwirklichung großer Ideale verschließt. Der Sozialismus muß uns eine Lebensfreude, ja, der ganze Lebensinhalt selbst sein. Jedes Mittel soll ausprobiert und angewendet werden, das diesem Zwecke dienen kann. Jedes Verdamnis in dem Belangen würde der Gesamtheit der Arbeiterschaft einen Schaden zufügen und sie ans Kreuz des Kapitalismus schlagen. Erlösung kann nur bringen, wer die Arbeiter zu ihren besten Freunden, die in der Bibliothek wohnen, führt. Den Arbeitern lesen lernen, sie zum Lesen anhalten, ist die Kunst, wie eine Klasse immer bergauf und niemals bergab zu gehen braucht. Bei einer Partei, wie es die unsrige ist, braucht nicht einmal ein Rückgang eintreten, schon ein Stillstand bedeutet für uns Marasmus. Das Sprichwort: „Wer rastet, rostet“, hat für uns volle Geltung. Der Sozialdemokrat muß stets mit der Zeit gleichen Schritt halten; sobald sie ihm vorausgeht, versteht er die Zeichen seiner Zeit nicht mehr. Ein Parteigenosse muß bei seinem Wirken bestrebt sein, mit den alten Anschauungen und Ueberlieferungen aufzuräumen und an deren Stelle philosophischen Geist zu setzen, der das Gebiet der Menschen vom Grund aus veredelt. Wer nichts lernt und nichts weiß, kann unmöglich einem Verein und seiner Partei nützen. Ein wirklicher Parteigenosse muß zu jeder Stunde und an jedem Orte Agitator sein. Wie kann er aber andere unterrichten, belehren, wenn er nicht imstande ist, seine Gedanken in Worte zu kleiden. Wie kann er Lehrer einer Sache sein, von der er selbst nichts oder nur sehr wenig weiß. Ich komme stets am meisten in Aufregung, wenn mir jemand mit dem Bemerkens vorangestellt wird: Ist ein sehr guter, aber stiller Genosse. Die Stillheit, die Untätigkeit wird bei uns sogar noch als Verdienst angerechnet. Diese Ansichten sind erzkreativ und stammen noch aus dem Vormärz, wo — nach Ansicht der Polizei — nur der ein guter und braver Mensch war, der stets still und stumm und stets Amboß war. Die bürgerlichen Dichter haben seinerzeit diese Untugend sogar in Verse gegossen, die noch für viele, auch für unsere Leute, richtunggebend sind. Schweigen — sagen sie — ist Gold, Reden Silber. Für die Sozialdemokratie ist Schweigen Tod, Reden Leben. In Athen und Rom galt das Reden für eine Kunst, die in hohen Ehren stand. Senator und Cäsar, Krieger und Philosoph, Mann und Weib übten diese Kunst. Mit dem Verfall der Rede, die das allgemeine Aufklärungsmittel der damaligen Zeit war, verfiel die alte klassische Literatur, und mit ihr Athen und Rom. Die bürgerliche Klasse der Gegenwart und der moderne Staat selbst müssen, welche wertvolle Mittel die Rede und die Bibliothek sind, und sie verstehen es trefflich, beide in ihre Dienste zu stellen. Eine eigene Lehrkanzeln für Rhetorik wird an der Wiener Universität eingerichtet, wo die Söhne des Bürgertums zu Rednern herangebildet werden, damit sie die bürgerliche Gesellschaft verteidigen können. Die Hofburgschauspielerin Lewinskij ist als Lektorin an die Universität berufen worden, die die Studenten lesen lehren soll. Der Staat subventioniert die großen Bibliotheken des katholischen Gesellen- und Piusvereines. Mit einem Worte, die bürgerlichen Klassen rufen sich in Wort und Schrift, um den Klassenstaat, in dem sie sich wohl fühlen, verteidigen und stützen zu können. Die Arbeiterklasse, die diesen Staat von Grund auf umzuändern berufen ist, muß das gleiche tun, wenn ihre Sache nicht verzögert werden oder auf Irrwege gelangen soll. Schon loden die

bürgerlichen Politiker die Arbeitermassen, um sie als Schleppträger der bürgerlichen Gesellschaft zu gewinnen. Da heißt es nun, den Arbeitern den Weg zum Buche zu zeigen. Der fortschreitende Kapitalismus, der die Klassengegensätze immer mehr vergrößert und vertieft, wird uns als Wegweiser dienen. Füllen wir Herz und Hirn des Arbeiters mit sozialistischem Geiste! Wessen Herz voll ist, dem geht der Mund von selbst über. Vom Buche zum Reden ist nur ein Sprung. Gehen wir daher ungesäumt daran, unsere Bibliotheken auszubauen und sie den geistigen Bedürfnissen der Eisenbahner anzupassen. Machen wir den Ausspruch des Spottdichters in der „Muskete“ zusehender, der vor kurzem noch sagte: „Wer nichts weiß oder nichts kann, geht zur Post oder zur Bahn.“ Leicht wird diese Aufgabe nicht, aber unendlich dankbar sein. Im nachstehenden will ich nun die interessantesten Untersuchungen, welche ich in Bezug auf das geistige Leben (Lesen) in unseren Ortsgruppen anstellen konnte, mitteilen. Ich will kurz sein: Das Resultat erreicht kaum jene Höhe, die bisher bei den Bruderorganisationen als mittelmäßig bezeichnet wurde.

Im Jahre 1910 hatten wir 424 Ortsgruppen und Zahlstellen, die rund 200 eigene Bibliotheken besaßen. 51 Ortsgruppen haben ihren Bücherstand dem im Orte befindlichen Zentralbibliothek einverleibt. Die Gesamtbibliothek umfaßte 49.236 Bände, die, mit Abzug einer 10prozentigen Abschreibung einen Wert von 73.000 Kr. repräsentierten. Seit 1906 werden jährlich 5000 bis 6000 Kr. von den Ortsgruppen und Zahlstellen für Neuanschaffungen ausgegeben. Im Berichtsjahre erreichte dieser Betrag die Höhe von Kr. 8893.22. Außerdem waren die Ortsgruppen auf 613 Exemplare von Arbeiterblättern — darunter 21 „Arbeiter-Zeitungen“ — abonniert, die Kr. 5476 kosteten. In Summe geben die gesamten Gruppen inklusive Zentralbibliotheken, die im Jahre 1910 eine Einnahme von Kr. 232.526.74 hatten, für Bibliothekszwecke und Zeitungsabonnement den kleinen Betrag von 14.369 Kr. oder 6.8 Prozent ihrer gesamten Einnahmen aus. Diese Summe nimmt in den gesamten Ausgabenposten den niedrigsten Betrag ein. Ein Zeichen, daß unsere Büchereien von seiten der betreffenden Genossen nur geringe Beachtung erfahren, obwohl dieselben als statutarische Einrichtung angeführt sind. Entlehnt wurden im Jahre 1910, wo wir einen effektiven, genutzberechtigten Mitgliederstand von 57.877 Personen hatten, exklusive den 51 Orten, die Zentralbibliotheken angehören, 42.055 Bücher. Da die Ortsgruppen, welche ihre Bücher aus den angeschlossenen Zentralbibliotheken beziehen, keine Statistik über die Entlehnungen führen, so kann ich nur schätzungsweise die Bibliotheksbenützung feststellen. Da 51 von den 200 Bibliotheken bestehenden Ortsgruppen und Zahlstellen ungefähr der vierte Teil ist, so schlage ich diesen den ermittelten Entlehnungen hinzu, so daß ich ein ziemlich genaues Bild über die Bibliotheksbenützung erhalte. Die Gesamtentlehnungen würden nach diesem Schlüssel in Summe 52.569 Bücher betragen. Nicht einmal ein Buch kommt durchschnittlich per Jahr auf ein Mitglied unserer Organisation. Ein solches Resultat ist geradezu eine Anklage gegen uns selbst. Hier können wir nicht wie Pilatus die Hände in Unschuld waschen, sondern müssen uns alle an die Brust schlagen und mea culpa (durch meine Schuld) rufen.

Nach dem Bericht der Wiener Arbeiter-Bibliothek per 1911 kommen durchschnittlich auf die Bronzarbeiter 21, Buchbinder 12, Buchdrucker 11, Metallarbeiter 7, Entlehnungen per Mitglied und Jahr. Stellen wir unser Resultat diesen Ermittlungen entgegen, so wirkt es geradezu beschämend. Wenn diese Gegenüberstellung noch kein genügender Anlaß zur Einkehr wäre, der höre einmal mit eigenen Ohren die Ansichten und Meinungen der Mitglieder in den Ortsgruppen über diverse Parteifragen mit an und er wird meine Darlegungen mehr als bestätigt finden. Die Lesenslust ist fast bei allen Nationen, in allen Ländern und bei allen Bahnen bei uns gleich. Voran oder besser gesagt hinten an stehen die Wiener Eisenbahner. Die Wiener, denen eine führende Rolle zustehen sollte, die in jeder Richtung beispielgebend, die berufen wären, voranzuschreiten, stehen in letzter Linie beim Lernen. Die 13 Wiener Ortsgruppen, die selbständige Bibliotheken hatten und einen Mitgliederstand von 3891 Personen umfaßten, besaßen 2105 Bände im Wert von 3775 Kr. und hatten per 1910 im ganzen 1646 Entlehnungen. Auf ungefähr 2.5 Mitglieder kommt per Jahr ungefähr ein Buch.

Die Wiener wurden, was Wissensdrang angeht, selbst von den Polen in Galizien weit übertroffen. Die 7 Ortsgruppen, mit Ausnahme von Lemberg, die selbständige Bibliotheken besaßen, hatten 1054 Mitglieder. Ihre Bibliothek umfaßte 1001 Bände im Wert von 1620 Kr. Diese Bibliotheken gaben 1831 Bände per 1910 an die Genossen aus. Die Polen hatten in diesem Fall gegenüber den Wienern mehr als dreieinhalbmal weniger Mitglieder, die Bibliothek ist mehr um das Doppelte kleiner, die Entlehnungen übertreffen sie aber bei weitem. Bedenkt man, daß in Galizien noch sehr viele Analphabeten oder fast Analphabeten sind, daß die Literatur, die Kultur gegenüber der deutschen bei weitem zurücksteht, so kann dieses Resultat nicht genug rühmend hervorgehoben

werden. In Wien entfällt auf ungefähr 2.5 Mitglieder ein Buch, in Galizien kommen auf ein Mitglied fast zwei Bücher per Jahr. Allen voran stehen die tschechischen Genossen. 30 Ortsgruppen mit 4589 Mitgliedern hatten Bibliotheken mit 4562 Bänden im Wert von 9234 Kr. und entlehnten in derselben Zeit 10.799 Bücher. Auf ein Mitglied entfallen somit über 2.4 Bücher.

173 Ortsgruppen mit eigener Bibliothek und mit vorwiegend deutschen Mitgliedern umfaßten 28.490 Personen. Ihre Bibliotheken hatten 23.223 Bände im Wert von 45.569 Kr. und liehen 31.071 Bücher aus. Es entfällt per Kopf etwas mehr wie ein Buch. Den Zentralbibliotheken gehören 33 deutsche Ortsgruppen mit einem Mitgliederstand von 6000 an, die 2500 Bände in diese Institute im Wert von 4600 Kronen einverleibten. Bei den tschechischen Ortsgruppen haben sich 17 Ortsgruppen mit einem Mitgliederstand von 2500 den Zentralbibliotheken angeschlossen. Sie einverleibten 2077 Bände im Wert von 3500 Kr. Von den Polen ist eine Ortsgruppe (Lemberg) mit 350 Mitgliedern und einer Bibliothek mit 330 Bänden im Wert von 315 Kr. der Zentralbibliothek angeschlossen; 62 deutsche Ortsgruppen und Zahlstellen mit 3720 Mitgliedern, 30 tschechische mit 1600 und 19 polnische mit 1171 Mitgliedern besitzen überhaupt noch keine Bücherei. Insgesamt entbehren 111 kleinere und größere Gruppen, die 6491 Mitglieder umfassen, einer guten Bücherei.

Auf Arbeiterblätter sind abonniert: 146 deutsche Ortsgruppen (inklusive Wien) auf 319 Exemplare; hiervon entfallen auf 18 Wiener Ortsgruppen 27 Stück, 2 dieser Gruppen halten überhaupt kein Blatt. Die tschechischen Ortsgruppen schlagen hier wieder den Rekord: 54 Organisationsstellen sind auf 186 Blätter abonniert. Es gibt Ortsgruppen, die bis zu 15 Exemplare sich leisten. Hernach folgen die Polen, welche für 25 Ortsgruppen 37 Blätter halten.

27 tschechische, 17 polnische und 134 deutsche Ortsgruppen, auf welche ich meine Untersuchungen ausdehnte, abonnieren keine Arbeiterblätter. Es sind dies Organisationsstellen von 30 bis 500 Mitgliedern. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die jungen aufwärtsstrebenden Nationen bei weitem mehr Wert auf ihre innere Vervollkommnung legen, als dies leider bei der deutschen der Fall ist.

Auf was ich besonderen Wert legte, konnte ich trotz aller Anstrengung nicht erfahren. Es ist dies die Statistik, wie und was die Eisenbahner lesen. Nur dann wären wir imstande gewesen, einen sicheren Blick in das Innenleben, in die geistige Verfassung unserer Mitglieder zu tun. Wir wären auch in die Lage versetzt worden, dort einzusetzen, wo es nützt, und abzulenken, wo des Guten zuviel getan wird. Ich habe mich an 10 Ortsgruppen, die typisch für meine Zwecke waren, mit dem Ersuchen gerichtet, mir genau mitzuteilen, wie die Mitglieder lesen und was sie lesen. Davon sandten mir drei je eine Aufstellung ein, die jedoch nicht darnach waren, Schlüsse abzuleiten. Medizinische Bücher waren unter Sozialismus, Geschichte unter Romane, Lexika unter Novellen eingereiht. Eines erjah ich wohl daraus, daß diese drei Bibliothekare nicht einmal den Charakter des Buches kannten. Die anderen würdigten der Sache nicht einmal eine Antwort. Im abgelaufenen Jahre hatte ich Gelegenheit, 27 größere Büchereien unserer Ortsgruppen zu besichtigen. Davon waren vier, deren Mitglieder aus Werkstättenarbeitern bestehen. Bekanntlich herrscht bei allen Soziologen und Pädagogen die Ansicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit den Wissensdrang der Arbeiter fördert, was auch tatsächlich allgemein zutrifft. Die Werkstättenarbeiter haben nun seit dem Jahre 1905 eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52½ Stunden wöchentlich erreicht, und könnte man daher annehmen, daß das Lesebedürfnis und die Bildungsbestrebungen zugenommen haben. Aus den vier Bibliotheksausgabebüchern erjah ich aber zu meinem Entsetzen, daß dies nicht der Fall war. Obwohl die Ortsgruppen bis 1905 um die Hälfte schwächer waren wie jetzt, ist die Bücherausgabe im Verhältnis zur Mitgliederzahl statt gestiegen zurückgegangen.

Weiters fand ich bei einzelnen der besichtigten Bibliotheken, daß oft sehr viel Geld für ganz unweidmässige Bücher angelegt war. Acht von den 27 Ortsgruppen sind im Besitz von Mayers Konversationslexikon. Für dieses Geld allein hätte schon eine nette Bibliothek angeschafft werden können. Nachschlagebücher sind nur in großen Büchereien notwendig und sie sollen bei kleineren ganz entfallen. Aber auch umfangreiche, schwer verständliche und kostspielige Werke fand ich vor, die offenbar nur des gelehrten Titels halber angeschafft wurden. Solche Werke sollen vorderhand in unsere Bibliotheken nicht angeschafft werden. Selbst der wissenschaftliche Leser legt es alsbald wieder aus der Hand, weil ihm einfach die systematische Vorbildung fehlt, ohne die manches geschätzte Geisteswerk eben nicht verstanden oder, was oft noch viel schlimmer ist, gründlich mißverstanden werden. Auf die unrationelle Anlage unserer Büchereien ist häufig die Gleichgültigkeit der Leser, über die die Ortsgruppen gar oft jammern, zurückzuführen. Wir haben gegenwärtig eine reichhaltige, kurzgefaßte Arbeiterliteratur, die populär geschrieben und den durchschnittlichen Intelligenzgrad der Eisenbahner

angepaßt ist. Mit wenig Geld läßt sich hier eine ganz vortreffliche Bibliothek zusammenstellen, die großen Nutzen schaffen würde. In den 27 Bibliotheken fand ich Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ nicht ein einziges Mal vor. Mehring ist die beste Einführungsarbeit zum Studium der schweren sozialistischen Literatur (Marx, Engels, Kautsky): Brauns „Ziele und Wege“ waren gleichfalls nicht. Dasselbe Werke nur in vier Bruchstücken, Danneberg: „Das sozialdemokratische Programm“, das die theoretischen Grundgedanken des Sozialismus, die Folgeerscheinungen und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Ära in anziehender und gemeinverständlicher Form schildert im ganzen mit drei Exemplaren, Engels und Kautsky mit je einem Exemplar vertreten. Geschichte, Naturwissenschaft und Philosophie fehlten gänzlich.

Ungefähr 70 bis 90 Prozent der Bibliotheksbücher bestehen aus Romanen, unter denen ich manche bedenkliche Exemplare vorgefunden habe. Die größte lebende deutsche Dichterin, Marie v. Ebner-Eschenbach, war gleichfalls nicht vertreten. Fünf Bibliothekare kannten die Dichterin nicht einmal dem Namen nach. Von ihrem Hauptwerk „Das Gemeindefind“ hatten sie alle miteinander keine Ahnung. Ueberhaupt waren die großen deutsch-österreichischen Erzählertalente, wie Angenruber, Hofegger, Saar, David, Kürnberger, Grillparzer, Hammerling, Schnitzler, Vartsch, Vahr, Wolf, Burkhart und Karl Weiß ganz vergessen. Von Zola waren sieben Bände vorhanden; es fehlten aber die „Evangelien“romane: „Fruchtbarkeit“, „Arbeit“ und „Wahrheit“ sowie „Rom“ und „Manna“. Daudet war mit seiner schwächsten Burleske „Port Tarascon“ vertreten. Viktor Hugo kannte niemand. Die großen russischen Naturalisten Dostojewsky, Gorki, Tschernischewsky waren gleichfalls nicht, nur Leo Tolstoi war mit neun Exemplaren vorhanden. Die Hauptwerke „Krieg und Frieden“, „Anna Karenina“, „Auferstehung“, „Sebastopol“ zc. fehlten. Dagegen war die utopistische Schilderung „Im Jahre 2000“ von Belamy 26mal und „Don Quixote“ achtmal vertreten. Gottfried Keller mit seinem besten Werk „Die Leute von Seldwyla“ sowie der Böhmerwalddichter Adalbert Stifter waren zu meinem Schmerze gleichfalls nicht vorhanden. Die Dialektiker Stelzhammer, Karl Stieler, Braunmüller sowie der Maleridichter Wilhelm Buch, der Meister echt deutschen Humors, fehlten; ebenso Ludwig Thoma.

Die Klassiker hatten einen einzigen Vertreter: Goethe. Er lag abseits und war austrangiert. Auf mein Befragen, warum der Altmeister deutscher Dichtung und Dichter aus der Bibliothek ausgeschaltet sei, gab mir der junge Obmannsstellvertreter zur Antwort, daß er zum Verkauf komme, da ihn kein Mensch lese. Meine Frage, ob er wisse, daß Goethe die großartigste pädagogische Erzählung „Wilhelm Meister“ geschrieben habe, wurde mit Nein beantwortet. Die Bildung schreitet, das heißt kriecht sehr langsam. Nach 100 Jahren muß Goethe aus unserer Bibliothek austrangiert werden, weil die deutschen Arbeiter ihren Dichterkönigen noch immer nicht verstehen, ja nicht einmal dem Namen nach kennen.

Vor einer Woche erzählte mir der Obmann einer großen Südbahnstation, als ich seine Ortsgruppenbibliothek besichtigte, in der ich mehr als zwei Dutzend sehr bedenkliche Romane vorfand, daß diese lauter Neuanschaffungen seien. Die erste Bibliothek, die ausschließlich aus sozialistischen Werken bestand, wurde unter der Hand per Buch um 20 S. verkauft, weil sie von niemand gelesen wurden. Solche Erscheinungen müssen als wahrhaft trübselig und traurig bezeichnet werden. Die Anlagen\*) unserer Bibliotheken, die doch die erste Voraussetzung und eine Hauptsache sein soll, ist total vernachlässigt. Die Bücher stehen wie Kraut und Rüben in den Kästen und sind ebenso im Katalog verzeichnet. Ein Leser soll aus dem Katalog sofort herausfinden, wo er das gewünschte Buch zu suchen hat. 4 von den 27 Ortsgruppen hatten keinen Katalog. Ein Katalog für die Bibliothek ist das selbe, was die Landkarte für ein Reich ist. Ist dieselbe unrichtig, so geht man irre. Die Bücher — darauf soll besonders Bedacht genommen werden — sollen gruppenweise im Katalog verzeichnet sein. Zum Beispiel: 1. Sozialwissenschaft, Sozialismus, Wirtschaftsgeschichte. 2. Naturwissenschaft. 3. Philosophie und Religion. 4. Geschichte. 5. Kunst. 6. Ältere Literatur (die Klassiker und ihre Zeitgenossen, die Romantiker). 7. Neue Literatur (Romane, Erzählungen, Novellen, Epos). 8. Gedichte. 9. Theater. 10. Jugendliteratur. 11. Frauenfrage. 12. Zeitschriften („Kampf“, „Bildungsarbeit“, „Neue Zeit“ zc.). 13. Lexikon. Wenn die Bibliotheken ungefähr nach diesem Muster angelegt wären, würde auch die Methodik im Lesen bedeutend erleichtert werden und zum Lesen besser aneignen.

Eine gute Bibliothek setzt auch einen guten und tüchtigen Bibliothekar voraus. Soll eine Bibliothek ihre Aufgabe und ihre Bestimmung erfüllen, so muß sie von einem tüchtigen Genossen geleitet werden. War die Wahl der Person eine schlechte, so nützt die beste Bibliothek nichts. Gegenwärtig wird auf die Wahl der Bibliothekare kein besonderer Wert gelegt. Dem erstbesten, der sich hierzu bereit erklärt,

dem wird unsere geistige Kistkammer ohne Bedenken ausgeliefert. Zumeist sind es unsere jüngsten Mitglieder, denen man die ihnen oft lästige Funktion anhängt. „Du hast doch dabei nichts zu tun, nimm's doch an“, so hört man bei der Generalversammlung sagen, wenn für die Bibliothek sich niemand hergeben will. Daß dieser Vorgang grundfalsch ist und mit einer Ursache des Rückganges des Lesens und der Abnahme der allgemeinen Bildung ist, brauche ich wohl nicht weiters zu beweisen. Gerade bei der Aufstellung eines Bibliothekars muß die größte Sorgfalt verwendet und die beste Auslese in der Person getroffen werden. Es muß in jeder Beziehung die Gewähr vorhanden sein, daß er auch die nötige Schulung und Eignung besitzt. Und darauf kommt es an. Der Bibliothekar muß der intelligenteste und beleseste Mann der Ortsgruppe sein. Er soll sich als Führer, Ratgeber und Lehrereignen. Er kann zum Lesen erziehen, aber auch vom Lesen abschrecken. Er soll nicht bloß wissen, wo die Bücher zu finden sind, sondern was in ihnen zu finden ist. Er soll selbst viel lesen und mit den Strömungen der Literatur wohl vertraut sein. Eine gute Bibliothek ist eine gar heikle Sache, sie muß vor allem Unreinen geschützt und darf keine Stätte für „Schuttalagerung“ werden. Sobald sich dem Tische des Bibliothekars zögernd ein neues Mitglied nähert, muß er schon wissen, was er ihm zu geben hat. Zuerst Danneberg: „Das sozialdemokratische Programm“ als Anfang; als zweites Buch: „Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaften“ von Julius Deutsch; dann Mehring: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ u. s. w. Stets muß er im Mitgliedsbuche nachsehen, was bereits gelesen wurde und bestrebt sein, diesen Stoff zu ergänzen. Wahlos dürfen die Bücher nicht ausgefolgt werden. Es muß stets getrachtet werden, daß ein Buch das andere ergänzt, das Begonnene in dieser Richtung fortsetzt. Zuerst sind die Mitglieder in die Anfangsgründe der sozialistischen Literatur einzuführen, um allmählich zu schwerem Stoff überzugehen. Wer umgekehrt beim Lesen verfährt, wird selten etwas profitieren und der größte Teil des Erlernten bleibt geistig unverdaut. Nur durch eine sachgemäße Systematik kann der Bibliothekar aus Mitgliedern Genossen erziehen. Ich will aber auch gleich aufmerksam machen, daß die hier niedergelegten Anschauungen nicht schablonenhaft und gleichmäßig bei jedem Genossen und jedem Orte durchzuführen sind, sondern stets individuell nach den Grundsätzen moderner Pädagogik geregelt und angewendet werden sollen. Bei Neuanschaffungen ist die größte Sorgfalt anzuwenden und sind nur solche Bücher anzukaufen, die in der „Bildungsarbeit“ oder im „Kampf“ rezensiert und anempfohlen wurden.)\* Unser Bedarf soll stets in der Parteibuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, gedeckt werden, die jederzeit gerne bereit ist, bibliographische Ratschläge zu erteilen. Diese ganz einfachen Regeln nehmen sich für Uneingeweihte etwas schwer aus, sind aber ganz leicht zu erlernen. Vor das Talent stellen die Götter den Schweiß! Nur ein bißchen Ausdauer und Liebe zu der Sache ist notwendig und alles andere findet sich von selbst. Da gegenwärtig wieder Neuwahlen in großer Zahl stattfinden, mache ich zum Schluß nochmals aufmerksam, daß die Bibliothekare neben den Agitatoren die wichtigsten Faktoren der Aufklärung sind. In den bürgerlichen Instituten nimmt man zu Bibliothekaren die besten Geister der Zeit, die ihnen die geistige Kost zu servieren haben. Die Reichsrats- oder Universitätsbibliothekare sind anerkannt hochgebildete Männer von Weltruf. Die Abgeordneten und der ganze Reichsrat würde ohne tüchtige Bibliothekare dastehen wie ein Mann, dem ein Bein fehlt. Dasselbe gilt von den Professoren und der Studentenschaft der Hochschulen. Zum Schluß möchte ich den guten Stock unserer tüchtigen Vertrauensmänner, auf denen das ganze Organisationsgebäude und die Erziehungsarbeit ruhen, bitten, die Bildung nach Kräften zu fördern und den Mitgliedern wieder den Weg zum Buche, den sie verloren haben, zu weisen.

Alle Organisationen melden, daß ihre Mitglieder in Bezug auf Lesen und Lernen beständig aufwärtstreiben. Folgen wir ihrem Beispiel, was die anderen Arbeiter vollbringen können, muß bei uns auch möglich sein. Dauererfolge in den Gewerkschaften können nur die Genossen erreichen, die auf der Höhe der Zeit stehen. Der geistig höher stehende, ist der wirtschaftlich stärkere. —

Schreibt über eure Bibliotheken und in die Herzen eurer Mitglieder den Spruch: **Bildung macht frei, Bildung ist Macht!** R. M.

### Proletarische Siege.

Eine gemeinsame Welt, aus gemeinsamen Interessen und einheitlichem Denken ist es, die das internationale Proletariat umschließt. Wirtschaftliche Interessen vor allem, die das gemeinsame Gefühl der Knechtung und Abhängigkeit erzeugten, haben innerhalb der Arbeiterschaft den eisernen Ring geschmiedet, der über nationale und staatliche Grenzen hinausreicht, und der keine ernstliche und dauernde Scheidung durch irgend welche Gegenfäße aufkommen läßt. Und

das ist auch der eigentliche und tief innerste Grund, warum heute auch die österreichische Arbeiterklasse lebendigen Anteil nimmt, an jenen großen und gewaltigen Siegen, die Deutschlands Arbeiterklasse bei den soeben vollzogenen Wahlen für den Reichstag errungen hat.

Der Wahlausgang, der der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Deutschen Reiches gleich beim ersten Anlauf, bei den am 12. Jänner stattgefundenen Hauptwahlen 85 Mandate gebracht hat, ist ein Ereignis, dem nicht bloß politische Bedeutung zukommt. Noch ist überdies die Sozialdemokratie an 123 Stichwahlen beteiligt, und es ist, wie selbst bürgerliche Blätter voraussagen, nicht ganz ausgeschlossen, daß diesmal die Partei der Arbeiterschaft als die numerisch stärkste in den Reichstag einzieht. Selbstverständlich steht ihr auch dann, wenn das der Fall sein sollte, der Block der sogenannten staatsbehaltenden Parteien gegenüber, die in allen weittragenden und prinzipiellen Fragen den sozialdemokratischen Anträgen geschlossen gegenüberstehen werden. Allein nicht darum handelt es sich, ob die Sozialdemokratie durch einen Wahlausfall das Rudel des Staatschiffes in die Hand nehmen kann oder ob sie jemals überhaupt auf parlamentarischem Wege jene Macht erreichen kann, um gemäß ihrer prinzipiellen Weltanschauung ihren Willen in die Tat umsetzen zu können. Denn auch über die Grenzen des Parlamentarismus kann die Diskussion als soweit wenigstens für geschlossen betrachtet werden, daß wir wissen, daß der bürgerliche Staat nicht im Wege eines einfachen Mehrheitsvotums des Volkes, seine Abänderung vollziehen wird, ohne alle seine Mächte vorerst zur Gegenwehr mobil zu machen. Und es ist daher auch der grundlegende Unterschied, der die Sozialdemokratie von allen anderen politischen Parteien unterscheidet, daß sie ihre Kraft nicht aus den Ereignissen des Tages schöpft, sondern in der ökonomischen Veränderung wurzelt, die sich im kapitalistischen Staate mit Riesenschritten unausgesetzt vollzieht. Die Sozialdemokratie ist keine Partei bloßer politischer Theorien, die vor den Tatsachen des praktischen Lebens verblasen, sie ist eine Partei der Klasseneinheit, die im Grunde genommen durch ein und dasselbe wirtschaftliche Interesse zusammengeschlossen wird. Ueber ihre Niederlagen hinaus lebt daher die nie versiegende Kraft, die sich in dem Werden und Kommen auf's neue offenbart. Und so kündigt auch dieser Sieg, den die „Niedergerittenen“ von damals wieder in stolzer Schlacht erobert haben, eine neue Welt, die Welt der freudvolleren Zukunft für die Arbeiterklasse.

Und von diesem Gesichtspunkte aus haben die deutschen Wahlen auch eminent rein wirtschaftliche Bedeutung für das Proletariat überhaupt. Worauf alle Zeichen im deutschen Wirtschaftsleben und in den Kreisen der Unternehmerschaft hindeuten, ist die nicht zu verkennende Tatsache, daß in der nächsten Zeit schon die Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in verschärfter Form unternommen werden sollen. Durch die ganzen letzten Jahre hindurch bildeten die Klagen der Unternehmer über den „Terrorismus“ der Gewerkschaften einen eifernden Bestandteil in jenem widerlichen Gegeine über die wachsende Begehrlichkeit der Arbeiter. Und zudem haben wir Justiz und Behörden immer bereit, jenen Wünschen der Unternehmer entgegenzukommen, um im Wege der Rechtsprechung das Koalitionsrecht der Arbeiter zu strangulieren. Seitdem von höchster Stelle aus „schwerste Strafe denjenigen“ angedroht worden war, der einen Streikbrecher auch nur mit Worten an seinem klassenfeindlichen Vorhaben hindern wollte, haben sich die Schikanen gegen alle gewerkschaftliche Tätigkeit im Deutschen Reich zu einem regelrechten Feldzug gegen das fundamentalste Recht der um ihren wirtschaftlichen Aufstieg ringenden Arbeiterklasse, das Koalitionsrecht, verdichtet, der zum Schluß auch bei einer Reform des geltenden Strafgesetzes angelangt ist. Gleich wie das in dem Vorentwurf zu einer Reform des österreichischen Strafgesetzes der Fall ist, wird auch in der geplanten Reform des deutschen Strafgesetzbuches der Versuch unternommen, das Streikrecht zu beschneiden, und die sogenannten „Arbeitswilligen“ unter ein besonderen Schutz gewährleistendes Ausnahmestrich zu stellen. Zudem aber sind die reichsdeutschen Unternehmer durch ihre gut ausgebauten und planmäßig funktionierenden Organisationen vielleicht stärker und mächtiger als anderswo. Der Gedanke der Aussperrung, der fast regelmäßig bei einem Streik in die Tat umgesetzt wurde, hat in den letzten Jahren in deutschen Unternehmungskreisen so feste Wurzel gefaßt, daß im Verlaufe der regelrechten Ausbildung dieser Idee sich eine systematische Streikentzädigung bei den Unternehmerverbänden einführt, mit der die von einem Streik oder einer Aussperrung betroffenen Unternehmer durch längere Zeit schablos gehalten werden konnten. Aber die mächtige Ausbildung der Unternehmerorganisation, die speziell in der letzten Zeit auch befruchtend auf Österreich gewirkt hat, genügt den Scharfmachern nicht. Es konnte ihnen nicht entgehen, daß dieührige und emsige Arbeit auf der einen Seite, eine gleich hervorragende Tätigkeit auf der anderen Seite bewirkt hatte. Die Arbeiter zogen aus dem Aufmarsch der Unternehmer die richtige Lehre, und stärkten ihre Gewerkschaften und bauten sie zu richtigen Kampfsorganisationen aus. Und was uns über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Mustergewerkschaften in den letzten Jahren an zahlenmäßigem Material be-

\*) Im nächsten Eisenbahner-Kalender wird eine gute Arbeit (Ratgeber) über Bibliotheksanlage und -Benutzung erscheinen, auf die heute schon besonders hingewiesen werden soll.

\*) Die deutschen Genossen im Reich besitzen seit zehn Jahren ein eigenes Blatt, „Der Bibliothekar“, das eines der besten Blätter für Literatur ist.

kant geworden ist, das muß uns Oesterreicher mit Neid und Bewunderung, aber auch mit dem Vorjah zur Nachahmung erfüllen.

Angesichts dieser Tatsache aber erinnerten sich die Scharfmacher in allen bürgerlichen Lagern, daß, wenn so der Gegner wächst, der Staat helfen müsse. Denn wozu wäre der bürgerliche Staat sonst da, als daß er in dem großen sozialen Ringen zwischen Kapital und Arbeit die Partei des ersteren ergreifen müßte? Wozu auch leiht man diesem Staate seine Hilfe, und gefällt sich in der Stelle der Stützen dieses Staates, wenn er nicht bei jedem Streik, und seiner ganzen inneren gesellschaftlichen Einrichtung nach, stets bereit ist, den Nutznießern fremder Arbeitskraft helfend mit seiner ganzen Autorität beizustehen? Aus diesem rein psychologischen Massenanstreben heraus entsprang die gesteigerte Hebe gegen alle soziale Fürsorge, die der Staat den wirtschaftlich Schwachen angedeihen läßt, und das Stürmläuten gegen das Koalitionsrecht, das die deutsche Arbeiterklasse vernommen hat, war ein deutliches Zeichen, daß es im Wege der Gesetzgebung gegen ihre Rechte, gegen das fundamentalste Recht der wirtschaftlichen Selbstverteidigung gehen soll.

Von diesem Gesichtspunkte aus, der vor allem für die Gewerkschaften als Hüterinnen der Lebenshaltung des Proletariats in Betracht kommt, ist dieser Wahlausgang eine richtige und herzhafteste Antwort auf alle diese Treibereien. Die Arbeiterklasse hat damit bewiesen, daß ihr nicht nur die Gewaltpolitik ihrer Gegner nichts anhaben konnte, sondern daß auch die in den letzten Jahren unternommenen Versuche, die Gewerkschaften auf schlaue Weise zu verwässern, kläglich mißglückt sind. Auch im Deutschen Reiche bestand ja das letzte Auskunftsmitglied der bürgerlichen Klassengegner darin, daß man vor allem durch Gründung und Förderung von sogenannt neutralen und christlichen Gewerksvereinen den Arbeitern beweisen wollte, daß sie ihre Gegenwartsforderungen nicht notwendigerweise auf sozialdemokratischer Basis vertreten müssen. Auch dieser Versuch hat, wie überall, wo er unternommen wurde, mit dem Einbekenntnis seines Bankrotts enden müssen. Und wenn heute sich die bürgerlichen Blätter damit trösten, daß unter den vier Millionen Stimmen, die diesmal für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, viele sind, die von deren Endziel nichts wissen, wohl aber ein Stück Eigentum im Gegenwartsstaate besitzen wollen, so läßt sich darauf antworten, daß gerade dieser rückhaltlose Zumarß der Arbeitermassen zur Sozialdemokratie beweist, daß hier die Erkenntnis festgewurzelt ist, daß die Arbeiterklasse im bürgerlichen Klassenstaate den rückhaltlosen Feind erkennt, der ihr jeden sozialen Aufstiegerschwert.

Eines darf freilich auch bei diesen Wahlen nicht übersehen werden: Der ärgste Feind und potenzierteste Klassengegner der Arbeiterklasse, das Zentrum, geht auch aus dieser Schlacht ungeschwächt hervor. Aber daß die Arbeiterklasse sich eine starke parlamentarische Vertretung für ihre bedrohten Lebensinteressen geschaffen hat, ist eine Gewähr, daß sie den kommenden Kämpfen weit standhalten können. Denn das ist das erfreuliche an diesen Wahlen, daß sie gezeigt haben, daß die Arbeiterklasse überall dort, wo ihre Zahl ausschlaggebend ist, im Lager der Sozialdemokratie steht. Daß dieser disziplinierte Aufmarsch auf den breiten Pfeilern einer muster-gültigen gewerkschaftlichen Organisation vor allem ruht, ist für uns Oesterreicher ein Beispiel, aus dem wir viel lernen können!

### Unter Eisenbahnerheim.

Seit langem ist es der Wunsch unserer Mitglieder, insbesondere der Wiener, gleich den vielen anderen Bruderorganisationen ein eigenes Heim zu besitzen.

Durch die immer wieder notwendig werdenden Aktionen und andere wichtige Organisationsarbeiten mußte dieser Wunsch, so notwendig auch er ist, immer und immer wieder zurückgestellt werden. Die Genossen, die bei verschiedenen Anlässen nach Wien delegiert worden sind, können ein Lied davon singen, in welchen Lokalen die Konferenzen und Sitzungen abgehalten werden mußten. Alle 21 Bezirke mußten abgehauert werden, bis ein halbwegs entsprechendes Lokal auffindbar gemacht wurde. Zumeist waren es Lokale, die mehr einer Schlafkammer denn einem Konferenzzimmer gleichen. Viel Gesundheit wurde und wird noch durch die unpassenden Lokale vergeudet. Zu dem kommt noch, daß die ortsfremden Genossen durch den beständigen Wechsel der Versammlungsstellen sich in der Millionenstadt nie zurechtfinden konnten. Der Mangel an geeigneten Lokalen in Wien brachte es auch mit sich, daß alle unsere Verhandlungen und Besprechungen an eine bestimmte Zeit gebunden waren, innerhalb welcher sie beendet sein mußten.

Aber auch andere Gründe sind für den Bau eines eigenen Heimes mit maßgebend. Nächstes Jahr läuft der Vertrag unserer Bureau-lokalitäten in der Bentgasse ab. Der Besitzer teilte uns mit, daß er denselben nur dann nochmals erneuere, wenn wir uns entschließen, einen um die Hälfte höheren Mietzins zu bezahlen. Diesem Verlangen können wir aus finanziellen Rücksichten nicht entsprechen. Wir werden daher nächstes Jahr gezwungen sein, die Bureau-lokalitäten neuerdings zu verlegen.

Daß eine so große Organisation wie die unsere mit ihrem umfangreichen und heißen Verwaltungssystem nicht innerhalb so kurzer Zeiträume ihr Domizil ändern kann, liegt auf der Hand, abgesehen

davon, ob so große Lokalitäten auf einem passenden Orte erhältlich wären.

Diese und noch weitere Ursachen haben die Zentralorganisation gedrängt, allen Ernstes diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten und der Frage des Erbauens eines eigenen Heimes näher zu treten. Nach vielfachen Besprechungen haben wir aus Zweckmäßigkeitsgründen einen eigenen „Verein Eisenbahnerheim“, dessen Statuten bereits behördlich genehmigt wurden und der auf dem Gesetze vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 134, 13, beruht, gegründet. Die konstituierende Versammlung fand am 3. Jänner 1912 im Arbeiterheim Favoriten mit folgender Tagesordnung statt:

1. Verlesung der Statuten.
2. Wahl des Vereinsausschusses.
3. Festsetzung der Beiträge: a) Gründer, b) Förderer und c) Jahresbeiträge der Mitglieder.
4. Anträge und Anfragen.

In den Vereinsausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Josef Schwab, Obmann, Josef Wabitsch, Stellvertreter; Rudolf Müller, Kassier; Rudolf Weigl, Schriftführer; Alois Bukobsky, Josef Schuster, Konstantin Rneidinger, Eberhard Seider und Josef Tomšik, Ausschussmitglieder; Franz Babowsky, Alois Krtna und Franz Somer, Revisoren. In der regen Wechselrede begrüßten alle Redner das Vorhaben der Proponenten und bedauerten nur, daß unsere Organisation so spät mit der Ausführung dieses Projektes beginnt.

Die finanzielle Grundlage wird laut § 2 des Statuts wie folgt geschaffen:

1. Gründer zahlen einen Beitrag von 20 Kr. \*)
2. Förderer einen Beitrag von 10 Kr.
3. Jahresbeitrag eines Mitgliedes 1 Kr.

Außerdem wird der Ausschuss Blocks (das Blatt zu 10 Heller) ausgeben, die bei den diversen Gelegenheiten abgesetzt werden sollen. Der Ausschuss nimmt an, daß, wenn unsere Genossen mit Eifer für die Sache eintreten, die finanzielle Grundlage geschaffen ist, mit der das Auslangen gefunden werden kann.

Mit dem Bau wird Mitte März 1912 bereits begonnen werden und wurden damit die in unseren Kreisen bestbekanntesten Architekten Hubert und Franz Gehner, die Erbauer der Hammerbrotwerke, der Arbeiterheime Favoriten und Ottakring, der Druckereien „Vorwärts“ in Wien und Graz zc. betraut.

Der Bau wird am Gaudenzdorfergürtel, Ecke der Bräuhausgasse in Wien V. (Margarethen) erstehen. Es ist dies einer der neuesten und schönsten Plätze Wiens, der sowohl mit der Stadtbahn als auch mit zwei Straßenbahnlinien, die knapp vor dem Heim vorüberführen, von jeder Richtung aus bequem und leicht erreicht werden kann.

Im Eisenbahnerheim werden Versammlungssäle und Sitzungszimmer vorhanden sein und werden sich im Mezzanin die Bureau-lokalitäten des Zentralsekretariats und der Zentralverwaltung befinden.

Außerdem wird in selben eine „Eisenbahner-Serberge“, wenn dieser Ausdruck überhaupt anzuwenden ist, errichtet. Es werden ein- und zweibettige Zimmer sowie Mansardenzimmer in einfacher, aber in jeder Beziehung einwandfreier Art für die nach Wien kommenden Eisenbahner und deren Frauen vorhanden sein.

In die Fremdenzimmer schließt sich ein großes Bad an, welches mit warmen und kalten Duscheln versehen sein wird. Die Beheizung wird durch Heißluft stattfinden. Rauch- und Lesezimmer werden jedem Eisenbahner zur Verfügung stehen. Der Ausschuss ist bestrebt, den nach Wien kommenden Eisenbahnern ein trautes und freundliches Heim zu bieten. Der Preis für die Benützung der Zimmer inklusive Bad, Beheizung, Lesezimmer wird eine Bagatelle betragen, dessen Höhe nur nach Instandhaltungskosten (Wäsche, Schuhe- und Kleiderreinigung) erstellt werden wird. In dem Eisenbahnerheim werden sich ein Kaffeehaus und eine Restauration mit Speisefalen, Veranda und Garten befinden und sind diese Lokalitäten als beständiges Stell-dich-ein aller in Wien wohnenden und nach Wien kommenden Eisenbahner sowie der Arbeiterklasse des V. Bezirkes gedacht. Diese Lokalitäten sind vollkommen unabhängig, separiert von den Beratungs- und Versammlungslokalitäten des Vereines, wo keine Getränke verabreicht werden. Die Restauration sowie das Kaffeehaus werden an tüchtige und leistungsfähige Pächter abgegeben.

Die wertvolle Straßenfront wird zu Mietwohnungen und weiteren Geschäftslokalitäten herangezogen werden, woraus sich eine sichere Verzinsung und Amortisation des aufgenommenen Kapitals ergibt.

Alles Nähere ist aus den zugesendeten Zirkularen sowie aus den beigelegten Druckorten zu ersehen. Von Monat zu Monat werden im „Eisenbahner“ die Gründer und Förderer, sowie die Spenden für das Heim zur Kontrolle ausgewiesen werden. Mit dieser Nummer beginnen wir bereits mit der Veröffentlichung der geleisteten Beiträge.

Mitglied des Vereines kann jede männliche und jede weibliche Person werden, die den Jahresbeitrag von 1 Kr. zahlt.

Genossen! Wie ihr aus diesen Zeilen erseht, ist die Organisation daran, für die Eisenbahner ein sichtbares Zeichen ihrer Macht erstehen zu lassen. Fördert daher unser Bestreben nach Kräften! Aus eigener Macht und Initiative wollen wir diese Trübsburg für die sozialdemokratischen Eisenbahner erstehen lassen! Schon im nächsten Jahre werdet ihr von dem von euch selbst geschaffenen Heim Besitz ergreifen können und es nicht mehr nötig haben, in Wien als Fremde betrachtet zu werden. Durch eigene Kraft hat die Arbeiterklasse schon manches Boll- und Schutzwerk erstehen lassen; folgen wir ihrem Beispiel und wir werden das scheinbar Schwere, leicht vollführen.

\*) Derselbe kann auf einmal oder in zwei Raten eingezahlt werden, die mittels Jugencoupons und Ortsgruppenstempels quittiert werden.

Unsere höchsten Genossen haben seit Jahren ihr eigenes, schönes „Eisenbahnerheim“; selbst die Ortsgruppe Schredenslein war imstande, aus eigener Kraft ihren Genossen ein Heim zu schaffen. Was diese Genossen vereinzelt vollführen konnten, muß der Gesamtheit desto leichter gelingen.  
R. M.

### Obdachlofenelend.

„Wir haben keine Heimat, wir haben kein Haus, Ueberm Kopfe kein elender Sparren! Es treibt wie ein Braud in die Brandung hinaus Unfers Lebens zerbrochener Karren. Sui! pfeift der Wind über Strom und Feld — Und kein wärmendes Lager bietet die Welt, Wis sie uns wie Hunde verscharren!“

Ernst Preczang.

Ueber siebzig arme, obdachlose Proletarier, die in Berliner Asylen genächtigt haben, sind jämmerlich zugrunde gegangen. Ausgestoßen aus der honetten Gesellschaft, umherirrend und geschändet, sind Tausende armer Menschencreaturen froh, wenn sie für die Nacht in einem der Asylen in der Großstadt ein Unterkommen finden. Der Abfall muß ihnen noch zur Nahrung dienen und, um das Elend zu vergessen, verkauft man ihnen den schlechtesten Fusel. Wegen verdorbener Biidlinge, wurde zuerst angenommen, mußten die Asylisten sterben.

Und die Blätter der bürgerlichen Parteien, sogar die des Schnapsblocks, die eben erst „nachgewiesen“ hatten, wie gut es dem deutschen Volk gehe, wurden mit der Nase darauf gestoßen, daß es doch viel Jammer und Elend gibt. Und den Leuten von der „fatten Jugend“ und der „zahlungsfähigen Moral“ wurde einige Tage wehleidig zu Mut. Schrieb doch sogar die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ über das „schauderhaft soziale Großstadtbild“:

„Nur selten nimmt das große Publikum Notiz von jener untersten Schicht der Großstadtbewölkerung, die in Elend und Schmutz ein Dasein führt, wie es schauerlicher kaum gedacht werden kann.“

Man erinnert sich der „großen Gefahren, die der Allgemeinheit daraus erwachsen können, daß mehrere Tausend Menschen in einer Stadt unter Bedingungen vegetieren, die allen Grundsätzen der Hygiene und der Volksernährung Hohn sprechen...“

Nun ist erkannt worden, daß der giftige Methyloalkohol Schuld an dem Massensterben ist, und schon flaut die Mitleidsstimmung ab. Eine kurze Weile noch und das trübe Bild ist wieder vergessen. Die fette Moral erinnert sich wieder daran, wie ungeheuer doch nachgewiesenermaßen das „deutsche Volksvermögen“ gestiegen ist. Nur schade, daß dieses Vermögen eben das der Reichen ist und nicht das Vermögen des Volkes. Mit der schönsten Berechnung, wieviel Sühner, Tauben, Schweine u. s. w. „im Durchschnitt“ auf „jeden Deutschen“ kommen, bekommt in Wirklichkeit kein Arbeiter eine eigene Scholle und kein Obdachloser ein Dach über den Kopf oder einen Groschen in seine Tasche.

Wenn das Vermögen der Reichen so gestiegen ist und wenn dabei doch das Massenelend blieb, dann ist eben der Grad der Ausbeutung der Arbeiter gestiegen! Das ist der für das niedere Volk wenig tröstliche Schluss. Was nützt es dem armen, hungrigen Manne, der kaum ein paar Pfennige in der Tasche hat, ob alle Warenhäuser von unten bis oben mit Bedarfsgegenständen gefüllt sind. Ihm bringt es nur Haß und Erbitterung.

Aber das bitterste Los haben ja die Asylisten immer noch nicht gegogen. Wir lesen ja oft, daß viele Arme wegen Ueberfüllung nicht aufgenommen werden konnten. Und andere wollen sich dem prüfenden Auge der Beamten in den Asylen aus irgend einem Grunde nicht zur Schau stellen. Da klingt die fürchterliche Frage: Wo bleiben jene? Was geschieht mit ihnen? —

Für die „glänzende Wiener Stadt“ hat besonders der österreichische Publizist Max Winter, zuerst in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, dann in einigen Schriften diese Frage behandelt. Auch Emil Kläger hat ein „Wanderbuch aus dem Jenseits“, wie der Untertitel heißt, darüber geschrieben. Ueber dreihundertmal hat die Wiener „Urania“ einen Lichtbildervortrag über das Thema gehalten.

Es sind grauenhafte, soziale Schilderungen. „Sehet Menschen,“ heißt es in dem Vorwort zu Klägers Buch, „von Hunger gewirgt, von Krankheit verdorben, die im Kote nächtigen. Männer und Weiber in fliegenden Lumpen, geht durch unsere blanken Straßen, deren Reichtum sie besudeln könnten, hinabgedrängt in die Kloaken und auch dort noch verfolgt von der Wut unserer Obrigkeit.“

Daß viele Obdachlose, solange es geht, im Freien nächtigen, ist ja bekannt. Wie lange es oft gehen muß, lesen wir wohl mal im Polizeibericht, wenn er trocken und kurz meldet, daß wieder jemand erfroren aufgefunden wurde. Viele suchen Ueberbrückungen und Zummels auf, sie werden da aber leicht von der Polizei entdeckt. Denn das Elend darf sich nicht zeigen, es soll nicht bemerkt werden, sonst wird die Sache „unmoralisch“. In der Brigittenau schlafen die Obdachlosen in einem alten Schuppen in und unter ausrangierten Käfen und Schaluppen. Beglückt fühlt sich wohl, wer bei einem Gärtner auf dem Mist ein „warmes“ Plätzchen entdeckt. Ein anderer Teil sucht die Umgegend von Ziegelöfen auf. Drei- bis vierhundert gekelte Menschen sind nach Kläger allein in einer Ziegelei anzutreffen, wo sie bei einer Hitze von 45 Grad die Nachstunden verbringen. Vor dem Blicke der Späher mauert sich so ein armer wohl mit Ziegelsteinen in eine Kammer ein, bis der heran-nahende Tag ihn wieder ins harte Leben hinausstößt!

„O blühendes Glück, o köstliche Pein, Wie kann man in Armut doch glücklich sein!“

Das Empörendste aber ist die Tatsache, daß in unserer Zeit des „Kulturaufluges“ noch Menschen eine Art Amphibienleben unter der Erde führen! In Wien sind an Brücken und Straßenkiosken die Eingänge zu den unterirdischen Kanälen, in denen viele Menschen, zum Teil lange Jahre hindurch nächtigen, hingefauert in der giftigen Luft in allen dort nur möglichen Lagen! Sogar „Gesellschaftsregeln“ hat die harte Not dort unten geschaffen, ein „Hausmeister“ genießt die erforderliche Autorität, Wachen werden aufgestellt, um die heran-

nahenden Späher zu signalisieren. Vor den Verfolgern flüchten die armen Leute oft in enge Nebengänge, wo die Polizei mit ihrem umfanglicheren Körper nicht hin kann.

„Wissen Sie was schlaflose Nächte sind?“ Klagt so ein Kanalbewohner, ein früherer — Student, „wenn Sie sich mit erschöpften Gliedern und fieberhaft erregtem Gehirn, in dem sich wahnsinnige Gedanken kreuzen, ziellos durch die Gassen schleppen? ... Betten sollte man stiften, Betten, viel Betten für Obdachlose. Nicht aus Humanität, aus klarem Egoismus für die Bedrohung der Sicherheit der Gutsituierten. Betten für Obdachlose, damit sie nicht auf dem Umweg des Verbrechens an sich reizen. Dieses eine Recht müßte ihnen bei aller Ungerechtigkeit gewahrt bleiben: das armselige Recht auf den Schlaf.“

Auch diese Klage wird ja von den faulen Leuten droben auf der Erde nicht weiter beachtet werden. Wenn die Gefahr „für die Allgemeinheit“, das soll heißen, für ihre Person, vorüber ist, wenn das Glend wieder in seine Höhlen hineingedrängt ist, ist auch die mehrleidige Stimmung wieder verflogen. Eine Stimmung, auf die die Worte des weisen Nathan passen:

„Begreift du aber, wieviel andächtig Schwärmen leichter als gut handeln ist?“

Dafür soll es dann wieder neue Zuchthausstrafen geben für die Arbeiter, die das Kapital durch Lohnkämpfe zwingen wollen, von dem gestohlenen „Volkvermögen“ einen kleinen Teil an die Lohnarbeit abzugeben. Wird aber die Gewerkschaftsarbeit unterbunden, so steigt das Glend!

Es steigt aber auch die Erbitterung, die nach Entladung drängt. Mögen sich die Satten hüten!

### Administrative Entrechtung.

Von allen Stationen laufen seit einiger Zeit unausgesetzt Beschwerden darüber ein, daß, insbesondere den Bediensteten auf der Strecke, denen es nicht möglich ist, in dem Ort, in dem sie bedienstet sind, eine Wohnung zu erhalten, und denen auch keine Naturalwohnung zugewiesen werden kann, aus dem einfachen Grund nicht, weil keine vorhanden ist, ihr bisher bezogenes Quartiergeld verfürzt wird. Forciert man nach, woher diese, einen Teil des Personals schwer schädigenden Verfügungen stammen, entdeckt man als Quelle wieder einmal die in letzter Zeit unausgesetzt wütende Interpretierungskunst unserer Eisenbahngewaltigen, die diesmal, wie es scheint, in schöner Harmonie vereint in den verschiedenen Direktionen und im k. k. Eisenbahnministerium sitzen.

Es ist für einen Bediensteten gewiß unangenehm in dem Ort, in dem er bedienstet ist, nicht auch wohnen zu können. Aber was soll er tun, mit Wünschen werden den Bediensteten keine Wohnungen verschafft, und so muß der Bedienstete, der von der Wohnungsmisere betroffen wird, sich fügen und muß sich weit weg von seinem Dienstort einlogieren. Um ihn dafür wenigstens einigermaßen zu entschädigen, ist die Bestimmung maßgebend, daß den Bediensteten, die zwischen zwei, hinsichtlich des Quartiergeldes verschiedenen klassifizierten Orten wohnen, das Quartiergeld des höher bemessenen Ortes zuerkannt wird. Diese Bestimmung datiert aus dem Jahre 1895. Gegen diese Bestimmung wird nun, eben von allen k. k. Direktionen — das k. k. muß man in dem Fall hergehen — mit allerhöchsten Zustimmung des auch wieder k. k. Eisenbahnministeriums, Sturm gelaufen. Den Bediensteten, die von ihrem Dienstplatz entfernt wohnen müssen, soll die Entschädigung dafür, daß sie weit laufen müssen, daß sie früher in den Dienst müssen und später zur Ruhe kommen, genommen werden. Und die Art und Weise, wie es ihnen genommen werden soll, ist gar nicht k. k., ist vielmehr so, daß man es bezeichnender mit einem anderen Ausdruck belegen könnte.

Die Personenhaltestellen, das ist das Mittel, welches herhalten soll, einen Teil der Eisenbahner auf den verwickelten Wegen der administrativen Verfügung schwer zu schädigen!

Ein Verzeichnis von Stationsorten, welches Quartiergeld den einzelnen Stationsorten zugebilligt ist, besteht, und darin befindet sich die Bestimmung, daß alle jene Stationsorte, die in dem Verzeichnis nicht genannt sind, das niedrigste Quartiergeld, 50 Prozent, erhalten sollen. Jetzt werden vom Verkehr gesondert Personenhaltestellen errichtet. Personenhaltestellen, ja, sind das nicht Stationsorte? ... so fällt es den Direktionsgewaltigen ein, und flugs wird im k. k. Eisenbahnministerium angefragt. Das k. k. Eisenbahnministerium sinnt und sagt: „Ob Personenhaltestellen — Stationsorte sind? ... Natürlich“ bricht es dann los, „selbstverständlich; göttlicher Einfall, den des Direktionsjuristen Kleistergehirn da gehabt hat!“ Und im Nu ist ein Erlaß da, Personenhaltestellen sind Stationsorte, und die Eisenbahner, die bisher zwischen einem Ort mit 50- und zwischen einem mit 80prozentigen Quartiergeld gewohnt haben, wohnen jetzt, da die Personenhaltestelle dazwischen geschoben worden ist, zwischen zwei Orten mit 50 Prozent oder gar in dem Personenhaltestellensationsort mit 50prozentigem Quartiergeld selbst, und erhalten somit anstatt des 80prozentigen Quartiergeldes nur mehr das 50prozentige oder, sie sind um zumindest 105 Kr. jährlich geschädigt. Und das ohne, daß sich auch nur das geringste geändert hätte. Nicht um einen Heller sind die Wohnungen billiger, nicht einmal eine einzige Fingerbewegung wurde von den Bahnorganen gemacht, daß die Bediensteten, die nur ein geringeres Quartiergeld erhalten, billigere Wohnungen erhalten, gar nichts wurde gemacht, nur die Bediensteten wurden in ihren Einnahmen verfürzt.

Das ist kaiserlich königlich österreichische Staatssozialpolitik! Wem, wer offenen Verstandes ist, wird sie nicht zu ditz?

Mit der logischen Beweisführung, die das k. k. Eisenbahnministerium als Begründung für seine Verfügung aufzuzischen weiß, sieht es freilich sehr windig aus. Wäre klafft da an Wände. Will man den „Beweis“, den das Eisenbahnministerium in ein Bild bringt, so muß man sagen, die Sache sieht aus wie ein alter, zerissener Felsen, der so viel Löcher hat, daß darin neun Raben keine Maus fangen können. Da ist zuerst die Behauptung, daß eine Personenhaltestelle ein Stations-

ort ist. Wohlgerne Stationsort, nicht Station. Daß eine Haltestelle schließlich eine Station, wenn auch nur eine Station minderer Bedeutung ist, damit stimmen alle fachtechnischen Untersuchungen überein. Die Bestimmungen über das Quartiergeld kennen aber keine Station, sondern nur Stationsorte. Daß ein Stationsort etwas anderes sein muß als eine Station, schließt sich, leuchtet ein. Der tägliche Sprachgebrauch unterscheidet natürlich nicht zwischen Station und Stationsort. Als Station wird schließlich auch die Haltestelle auf der Straßenbahn bezeichnet. Station ist eben im Laiensinn etwas, wo der Zug hält. Wozu er hält, ist Nebensache. Und da kommen nun die Bestimmungen über das Quartiergeld und ausdrücklich wird dort festgelegt „Stationsort“. Oder besser gesagt: „Es wurde festgelegt“. Im Erlaß 109.173 vom Jahre 1895 steht noch das Wort „Stationsort“. Im neuen Gebührenregulativ hat man dieses Wort ebenso wie in der Dienstordnung ängstlich vermieden und hat an Stelle des Wortes „Stationsort“ — Dienstort gewählt. Ein Dreh, der auf Eisenbahners Unkosten geschehen soll. Das Malheur ist nur, daß ein Unsinn daraus wird, und daß auch der „Dienstort“ für die Zwecke, die das Eisenbahnministerium jetzt verfolgt, nicht zu brauchen ist. Denn Dienstort, was ist ein Dienstort? Natürlich nicht nur die Station oder die Haltestelle, sondern eben jener Ort, wo ein Eisenbahner tätig ist. Oder man sagt, es gilt nur die Einheit. Dann wäre es die Station, das Bahnamt etc., zu allerwenigst die eingeschobene Haltestelle. Mit dem „Dienstort“, den das k. k. Eisenbahnministerium so freundlich in das neue Gebührenregulativ einfügt, ist also nach der Seite hin nichts zu machen. Höchstens das eine ist zu konstatieren, daß das k. k. Eisenbahnministerium sich bemüht, eine für seine Absichten besser taugliche Grundlage zu schaffen. Tatsache ist, daß alle für das Quartiergeld grundlegenden Bestimmungen, die nicht aufgehoben sind, so auch der erwähnte Erlaß 109.173 vom Jahre 1895, das Wort „Stationsort“ kennen, und Tatsache ist ferner, daß durch die Anwendung des etwas abseits vom Alltagsgebrauch liegenden Wortes Stationsort, der Gesetz, besser gesagt, Erlaßherausgeber, wie man hier wohl sagen muß, doch offensichtlich zum Ausdruck bringen wollte, daß er unter Stationsort nicht jede Station, nicht jede Haltestelle schlechtthin meine, sondern etwas ganz Bestimmtes, Engumgrenztes.

Dieses Bestimmte, Engumgrenzte kann nach der Natur der Sache natürlich nichts anderes sein, als eine Station, in der alle auf den Bahnbetrieb, insoweit der Verkehr in Frage kommt, bezüglichen Geschäfte erledigt werden können. So steht die Sache, wer ehrlich und gewissenhaft an die Materie herantritt, kann sich davon überzeugen, und alle in dieser Angelegenheit in den neueren Bestimmungen des k. k. Eisenbahnministeriums bemerkenswerten Darlegungen sind weiters nichts als deutende Versuche, schiefe Ebenen zu schaffen, um vielleicht „pluften“ zu können.

Eine Personenhaltestelle ist also ebensowenig als eine Güterhaltestelle ein Stationsort, denn man kann in keiner solchen Haltestelle, alle die verkehrstechnischen Agenden abwickeln als in einem Stationsort, kann zu allererst nicht Güter transportieren. Die Markenfolli, die eingeführt worden sind, sind ein Notbehelf mit engem Wirkungsbereich und zeitigen manchmal recht drastische Wirkungen. Wenn in einer Personenhaltestelle ein Gepäck mit Markenfolli für eine andere Personenhaltestelle abgeht und das Maximalgewicht für die Markenfolli übersteigt, müssen die Bediensteten zweier Personenhaltestellen, die Aufgabe und die Abgabehaltestelle, amtsgemäß alle die Augen zudrücken, weil man einfach nicht wüßte, was man mit den Gepäckstücken, wenn sie nicht als Markenfolli gingen, in tariflicher Hinsicht anfangen sollte.

Noch eines kommt aber für die Reduzierung des Quartiergeldes in Betracht. Laut § 47 der Dienstordnung muß der Bedienstete, wenn der Dienstort in eine niedrige Quartiergeldklasse eingereiht wird, das höhere Quartiergeld erhalten, insoweit er nicht verfehrt wird. Laut dieses Paragraphen müßte also allen Bediensteten, wo Personenhaltestellen eingeschoben werden — vorausgesetzt, daß man diese Haltestellen als Dienstorte aufsaßt — das höhere Quartiergeld so lange ausbezahlt werden, als eben keine Verfehrung eintritt.

Aber auch dafür weiß der Jurist der hohen Behörde einen Rat. Er sagt, daß den Bediensteten das höhere Quartiergeld bisher ausbezahlt worden ist, beruht auf — einem Irrtum! Und, weil es auf einem Irrtum beruht, darum muß den Bediensteten, die trotz der eingeschobenen Haltestelle das höhere Quartiergeld erhalten haben, die Differenz zwischen dem höheren und dem 50prozentigen Quartiergeld wieder abgezogen werden. Und tatsächlich wird es schon einer Reihe von Bediensteten abgezogen! Das ist schon der höhere Kaffee! Und für die Bediensteten ist es wieder eine Schädigung. Denn, wenn ein Bediensteter verfehrt wird, taucht er, sieht er auch nach dem Quartiergeld, nach dem Preise der Wohnungen, und darauf baut er seine Entschuldigungen auf. Und nun muß er auf einmal erfahren, daß er durch eine willkürliche Verfügung der Direktion, ein niedrigeres Quartiergeld erhalten soll, als er in Aussicht hatte, als er auf den Posten verfehrt worden ist. Um ihn davor zu schützen, ist der § 47 der Dienstordnung da. Und nun wird den Bediensteten durch so einen nichtsnutzigen Dreh diese Sicherheit geraubt.

Das Schönste daran aber ist, die P. T. Direktionen kommen durch diese Bestimmungen selbst wieder in die Sackgasse. Einzelne Bedienstete erhalten schon jahrelang „irrtümlich“ den höheren Betrag ausbezahlt. Unmöglich kann man diesen den Betrag abziehen. So tritt dann sofort wieder die Willkür — mit welcher die Direktionen natürlich guten Bescheid wissen — als Recht auf. Die, die schon länger dem „Irrtum“ unterliegen, denen wird nichts abgezogen, die, die noch nicht so lange „irrtümlich“ behandelt werden, die erleiden Abzüge. Ist das nicht hübsch österreichisch?

Nehmen wir aber an, alles ist so, wie das k. k. Eisenbahnministerium sagt, die Haltestellen sind Stationsorte, die nur mit 50prozentigem Quartiergeld bemessen sind, den Bediensteten, denen mehr ausbezahlt worden ist, ist das irrtümlich ausbezahlt worden u. s. w. Glaubt man aber nicht trotz alledem, daß den Irrtum das k. k. Eisenbahnministerium begangen hat, dem es

nicht eingefallen ist, kundzutun, daß, seiner Ansicht nach, Haltestellen Stationsorte sind und nun als solche gelten sollen? Und wenn dem so ist, glaubt man denn nicht weiters, daß die Folgen dieses Irrtums darum auch ohne weiteres das k. k. Eisenbahnministerium zu tragen hat und daß es daher direkt eine ganz unglaubliche, oberflächliche und leichtfertige Verfügung ist, zu sagen, den Bediensteten müssen zumindestens auf eine gewisse Zeit zurück Abzüge gemacht werden? Dessenlieht sieht zu, wie das Eisenbahnministerium die Eisenbahner behandelt, und du wirst begreifen, wie berechtigten Grund diese Bediensteten haben, aufzuschäumen.

Mit obigen Ausführungen ist aber dargetan, daß die Sache nicht so ist, wie das Eisenbahnministerium nachweisen will. Es ist dargelegt, daß Haltestellen keine Stationsorte sind, daß sie es nur auf Grund einer jüngsten willkürlichen Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums geworden sind. Entscheidungen können, wenn die Eisenbahner es sich gefallen lassen, neue Zustände schaffen, sie können aber das alte nicht als „Irrtum“ erklären. Will das k. k. Eisenbahnministerium die Haltestellen als Quartiergeldorte bezeichnen, so soll es das tun; soll es aber im Amtsblatt veröffentlichen, soll dort erklären, jene Haltestelle, die so und so heißt, ist nun Quartiergeldort, mit diesem und diesem Quartiergeld. Dann können die Eisenbahner in jedem einzelnen Fall dazu Stellung nehmen, und schließlich ist es festgelegt, welches Quartiergeld dort zu erhalten ist. Alles andere, was das k. k. Eisenbahnministerium sonst tut, ist Willkür, eine Willkür, die sich die Eisenbahner nicht gefallen lassen. Denn das muß dem k. k. Eisenbahnministerium mit aller Deutlichkeit gejagt werden: So im Sandumdrehen, rein nach den Gelüsten derjenigen, die zu leiten berufen sind, lassen sich die Eisenbahner ihre wohlverworbenen Rechte nicht wegskamotieren. Dazu sind sie heute schon zu reif. Das k. k. Eisenbahnministerium muß natürlich anordnen, führen, aber es muß so führen und anordnen, daß die Bediensteten nicht vergewaltigt werden. So viel Größe muß es ausbringen oder es stößt auf den Widerstand der Massen. Also, Anspannung an das von der Entwicklung Geschaffene, unter Wahrung der den Eisenbahner zustehenden Rechte auch in dieser Frage, und das Personal wird begreifen und zufrieden sein. Während es andererseits sich aufbäumen muß und außerdem noch jederzeit nachweisen kann, daß es zu diesem Aufbäumen einen guten Grund hat, nämlich den, daß in verschiedenen Paragraphen niedergelegte, verbrieftes Recht, daß ihm durch willkürliche Machinationen des k. k. Eisenbahnministeriums nun genommen werden soll, gegen die Eingriffe dieses Eisenbahnministeriums zu verteidigen.

A. B.

### Eisenbahnerstreiks.

Land- und Wasserstraßen, Schienenstränge und Telegraphenleitungen sind das Adernetz der kapitalistischen Welt, deren Gesamtorganismus bedroht wird, sobald in diesen Zirkulationsgefäßen eine Störung eintritt; denn Blutstauung, das heißt Warenansammlung an einem Punkte hat naturnotwendig Blulleere, das heißt Warenmangel an einem anderen Punkte zur Folge. Wer den Verkehr in einem Lande und dadurch den mit der Außenwelt unterbindet, trifft das Kapital an seinem Lebensnerv. Das nationale Kapital wird vom Weltmarkt isoliert, dazu sind ihm auch noch in der „Heimat“ selbst die Hände gebunden. Nun hat aber die Bourgeoisie durch ihre Exploitation (Ausbeutung) des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch (weltbürgerlich-international) gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionsäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. (Kommunistisches Manifest.) Damit aber das Kapital seinen kosmopolitischen Anwendungen folgen könne, schuf es sich großartige Verkehrsmittel, mit denen es nun „ganz andere Bünde ausführen konnte, als Wälderwanderungen und Kreuzzüge“. Zu den Lebenselementen der modernen kapitalistischen Staaten gehört geradezu, wie die Werkzeugmaschine auch das Dampf- und der Dzeandampfer, das Telephon und der Telegraph. Zu deren Bedienung sind nun Arbeiter erforderlich; streifen diese, so wird dadurch nicht mehr ein Einzelunternehmer bedroht, sondern unsere ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung und mit ihr ihr getreuer Repräsentant, der Staat, mag er selbst als Unternehmer daran interessiert sein oder nicht. Streiks von Verkehrsarbeitern sind jedesmal ökonomische Streiks von politischer Tragweite, die breiteste Deffenlichkeit wird durch sie in Mitleidenschaft gezogen. Aber die häufigsten wie gesellschaftlich-politisch wichtigsten Streiks im Verkehrsweien liegen auf dem Gebiete des Eisenbahnbetriebes, denn die Verkehrsstörung auf einer einzigen, internationalen Linie pflanzt sich in immer weiteren Kreisen fort, wie die Welle des in Bewegung geratenen Wasserpiegels. Die Folgen eines vollständigen Eisenbahnerstreiks sind auch für einen Staat die furchtbarsten, in wenigen Tagen ist er gänzlich dezentralisiert und desorganisiert.

Es stoßt nicht nur der Verkehr der Güter und Personen, es stoßt auch der Verkehr der Gedanken, der Nachrichten. Die Regierungsgewalt, in der Hauptstadt konzentriert, verliert die Fühlung mit den Provinzen, die nun auf eigene Faust zu operieren gezwungen sind. Auch kann sie nicht mehr die Truppen dorthin dirigieren, wo sie sie braucht, in den entlegensten Gebirgstälern wird die Ohnmacht des Staates verspürt. Sein internationales Prestige sinkt. Lieferungsaufträge, Zahlungsforderungen und Zahlungen können an den Adressaten nicht mehr befördert werden, fällige Wechsel sammeln sich in den Portefeuilles der Banken und internationale Zahlungsschwierigkeiten entstehen. Beim Geld hört sich aber der Spaß auf, den Zahlungsschwierigkeiten können nur zu leicht internationale Verwicklungen folgen. Also Mobilisation! Würden doch ganze Eisenbahnlinien aus rein militärischen Gründen errichtet, sie sollen sich jetzt bewähren. Doch was bedeuten Schienen und Material ohne Eisenbahnarbeiter?

Loter Stahl und Eisen — mehr nicht! Der Streik der Eisenbahner stellt dem Staat die Unmöglichkeit der Mobilisation gegen den äußeren wie den inneren Feind vor Augen. Schließen der Staat oder die Unternehmer nicht Frieden mit den Eisenbahnern, so empört sich auch die öffentliche Meinung gegen jene; denn größere

Städte und Industriezentren sind ohne Lebensmittelzufuhr dem Verhungern preisgegeben. (Wien bezieht zum Beispiel Milch bis aus der grünen Steiermark, desgleichen Geflügel, Wild; aus der mährischen Hanna Gemüse und Obst.) Beim letzten erfolgreichen Streik der Eisenbahner in England, Anfangs Juli vorigen Jahres, drohte dieses Schicksal der Stadt Liverpool und veranlaßte die Regierung zu einem Druck gegen die Eisenbahnunternehmungen. Ein Eisenbahnerstreik verjagt daher die gesamte Bevölkerung in ängstliche Aufregung, wie die Tiere eine unermessliche hereinbrechende Sonnenfinsternis. Nie zeigt es sich so grell als bei ihm, daß unsere heutige Gesellschaft auf den Säulen der Arbeit ruht, daß, wenn eine derselben zu wanken beginnt, sie selbst ins Schwanken gerät. Dadurch schafft er urplötzlich eine revolutionäre Situation, die die bürgerlichen Klassen einschüchtern, das Proletariat mit Begeisterung erfüllt.

Ein Grund, weshalb Eisenbahnerstreiks immer integrierende Bestandteile großer, revolutionärer Massenbewegungen sind und am meisten deren Siegen oder Niederliegen beeinflussen. Bei dem zweiten belgischen Massenstreik (1902), der erfolglos abgebrochen werden mußte, und dem italienischen (1904) beteiligten sich jedoch die Eisenbahner nicht.

Man wird das begreiflich finden, wenn man weiß, mit welchen skrupellosen Mitteln die Regierung eine Bewegung gerade unter dieser Kategorie von Arbeitern niederzubringen sucht. Der Eisenbahnerstreik wird gefesselt als Verbrecher stigmatisiert und mit langjähriger Kerkerhaft bedroht, oder man beruft die Eisenbahner „unter die Fahnen“. In einzelnen Staaten bildet man schon im vorhinein eine Eisenbahnerbrigade zu Streikbrecherdiensten. Dies alles lehrt uns die Geschichte der Eisenbahnerstreiks und Versuche in Italien (1905), Holland (1903), Ungarn (1901), Frankreich (1910). Dagegen beteiligten sich mit Erfolg die Eisenbahner am schwedischen Generalstreik (1902) und griffen vor allem in die russische Revolution (1905) ausschlaggebend ein. Polen, der Kaukasus und Sibirien waren vom Regierungszentrum abgeschnitten und auf eigene Füße gestellt. Der Verlust an Getreide, das auf den Bahnhöfen verkauft war, betrug 100.000 Tonnen. Zuerst versuchte man der Bewegung durch die „Militarisierung“ Herr zu werden, als dies nicht gelang, durch wirtschaftliche Kompensationen: das alte Lied vom Zuckerbrot und der Peitsche. Die Eisenbahnerstreiks in Holland und Frankreich waren Solidaritätsstreiks mit anarcho-sozialistischem Einschlag. In Frankreich haben wir schon 1893 einen Eisenbahnerstreik, der nach Briand den Bürgerlichen großen Schrecken verursacht hat, desgleichen 1897/98 einen auf der schweizerischen Nordostbahn, bei dem um Mitternacht Züge in den kleinsten Stationen „bis auf weiteres“ stehen bleiben mußten. Neben der ausdrücklichen Verweigerung der Arbeit gibt es auch noch Arten des „verschleierten Streiks“. Seine legale Form bildet die passive Resistenz oder Dienstobstruktion, die in Oesterreich und Italien den Effekt eines Massenstreiks auszulösen vermochte, seine illegale der Sabot (aus dem Englischen = „Gemmischub“) das heißt „systematisch langsam arbeiten oder Fuscharbeit leisten“, nimmt aber in Frankreich unter syndikalistischem Einfluß oft die Form der „Unsichermachung des Betriebes, Zerstörung von Produktionsmitteln“ an. Auch aus diesen Ausführungen können wir ersehen, daß jeder Streik eine zweischneidige Waffe und daher nur anzuwenden ist, wenn kein anderes Mittel mehr verlangen will. Die Arbeiterschaft ist sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt, möge auch das Bürgertum die seine kennen.

### Eine Lohnregulierung bei der l. l. Nordbahn.

Gegenwärtig ist die Direktion der l. l. Nordbahn im Begriff, eine Lohnregulierung für ihre Arbeiter durchzuführen. Diese Lohnregulierung ist ein Teil jener Aktion, in welcher die Staatsbahnverwaltung eine Regelung der Löhne bei den neuerstaatlichen Bahnen vorzunehmen hatte, was bei der St. E. G. und teilweise bei der O. N. W. schon vor längerer Zeit durchgeführt worden ist. In den gegenwärtigen, für die Arbeiter besonders schwierigen Lebensverhältnissen ist eine solche Regelung der Löhne höchst an der Zeit. Bei der Nordbahn ist wohl im Jahre 1909 eine Lohnerhöhung eingetreten, welche aber die ganz ungeordneten Verhältnisse unregelmäßig weiterbestehen ließ, so daß die Wirkung der Lohnerhöhung ausbleiben mußte.

Bei den rapid immer weiter zu Ungunsten der Arbeiter entwickelnden Lebensverhältnissen war eine durchgreifende Regelung der Löhne und der Entlohnungsverhältnisse ein Gebot der Notwendigkeit, das in seinem ganzen Umfang auch den maßgebenden Faktoren nicht unbekannt sein kann. Bei Voraussetzung von etwas autem Willen seitens der maßgebenden Faktoren konnte man erwarten, daß bei einer neuerlichen Regelung alle Mängel des Lohnverhältnisses beseitigt werden. Bei der Durchsicht des die neue Lohnregulierung anordnenden Erlasses, sieht man sich aber in seinen Erwartungen arg enttäuscht. In dieser Enttäuschung bietet auch der Hinweis im Erlaß, daß diese Regulierung unabhängig von der allgemeinen Regelung erfolgt, welche bei allen Staatsbahnen vorgenommen wird, nur einen sehr schwachen Trost.

Aus dem Erlaß in seiner Gänge geht nur hervor, daß er von Mangelhaftigkeit und Ungezogenheit diktiert ist und aus lauter Kleinlichkeiten besteht, und daß er weit hinter dem zurücksteht, was einzelne Staatsbahndirektionen und andere Bahnen — denen man auch keine besondere Arbeiterfürsorge nachsagen kann — für ihre Arbeiter bereits vor Jahren verübt haben. Der Erlaß enthält nicht nur Mängel, sondern einzelne Punkte von für die Zukunft der Arbeiter geradezu beängstigender Bedeutung.

Es muß gewiß mit der Tatsache gerechnet werden, daß solche Maßnahmen immer bedeutende Beträge beanspruchen. Aber ebenso gewiß ist es auch unnötig, wegen artiger Maßnahmen die notwendige Wirkung zu nehmen. Artiger Maßnahmen die notwendige Wirkung zu nehmen. Es ist auch nicht am Platze, daß in ängstlicher Wahrung der Vorgeleitensautorität derselben im Lohnverhältnis

ein Einfluß offen geschaffen werde, der Willkürlichkeiten in einem Maße ermöglicht, daß die Arbeiterschaft mit Mikronen darüber erfüllt werden muß, ob der angegebene Betrag für sie tatsächlich zur Auswendung gelangt. Wenn die Arbeiterschaft die für sie so bösen Initiativen, welche im Erlaß vorhanden sind, zu verdanken hat, wird später zu besprechen sein; gegenwärtig soll die Tatsache ihres Vorhandenseins festgestellt werden.

Gleich im zweiten Absatz des Erlasses ist ein Passus enthalten, der nicht nur die Arbeiter der Nordbahn, sondern alle Arbeiter der l. l. Staatsbahnen stutzig machen muß. Dem Wortlaut des Erlasses nach erfolgt diese Lohnregulierung auf der l. l. Nordbahn. „Unter Zugrundelegung der für die zukünftige Lohnordnung in Aussicht genommene Lohnbemessungs- und Vorrückungsgrundsätze.“ Wenn damit zu verstehen ist, daß das, was der Erlaß enthält, identisch ist mit der zugesicherten allgemeinen Lohnregulierung auf den l. l. Staatsbahnen, dann sind alle Hoffnungen, welche die Arbeiter der l. l. Staatsbahnen in die in Aussicht stehende Lohnregulierung, besonders aber Lohnvorrückung setzen, eitel. Was von den maßgebenden Faktoren der Staatsbahnverwaltung bezüglich derselben sowie bezüglich der zu derselben erforderlichen Beträge gesprochen wurde, ist in diesem Falle nur Gespinnst gewesen. Denn das, was dieser Erlaß enthält, ist schlechter als das, was bei einigen Staatsbahndirektionen und anderen Bahnen als Lohnvorrückung besteht.

Das Bezeichnende ist, daß durch diesen Erlaß die Arbeiter der Werkstätten in Wien, Ostrau und Floridsdorf, ferner die im Affordverhältnis stehenden Arbeiter, die auf normierten Dieners- oder Unterbeamtenposten sich befindlichen Bediensteten, die weiblichen und die vorübergehend Beschäftigten von der Lohnregulierung sowie von der ganzen Regelung ausgeschlossen sind.

Die Werkstättenarbeiter werden wegen des Affordverhältnisses auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Ob dadurch die Abneigung der Werkstättenarbeiter gegen das Affordsystem geringer wird, muß man freilich den Weisen der Staatsbahnverwaltung zur Beurteilung überlassen.

Den im Afford arbeitenden Magazinsarbeitern hat man aber nicht einmal den Trost „eines späteren Zeitpunktes“ eröffnet, wie wohl gerade bei diesen Arbeitern, insbesondere in Wien, die skandalösesten Verdienstverhältnisse bei der größten Arbeitskraftausnutzung bestehen. Eine durchgreifende Regelung des Lohnverhältnisses dieser Arbeiter wäre längst notwendig gewesen, und es ist sicher, daß, wenn eine solche ausbleibt, die Nordbahn bittere Konsequenzen daraus zu tragen bekommen wird.

Bei den Grundlöhnen bemerkt man, daß einige Stationen von der Erhöhung, wie zum Beispiel Wien, vollständig ausgeschlossen sind, wo der Grundlohn von Kr. 2-80 bleibt. Beängstigend für die Zukunft Tausender von Arbeitern ist das bei den österreichischen Bahnen — und in Oesterreich überhaupt mit diesem Erlaß — ganz neu zur Einführung gelangende Zulagesystem für qualifizierte Arbeiter. Daß man für Arbeiter solcher Art, wenn sie nur vorübergehend und nicht dauernd geleistet werden, Zulagen festsetzt, kann hingegenommen werden und ist begreiflicherweise hingegenommen worden. Aber daß man einem Vorarbeiter, Partieführer, ständigen Verschiebern, Lampisten, Vorheizern, Pumpenwärtern, Kesselheizern u. s. w., also qualifizierten Arbeitern, auch bei dauernder Verwendung nur Zulagen gibt, das ist neu, solche Arbeiter höchst schädigend und kann nur als höchste Potenz ausbeuterischer Listerei bezeichnet werden. Dieses Urteil wird selbst dadurch nicht gemildert, daß diese Zulagen für die Krankenkassen- und Pensionsfondsabzüge in Betracht kommen. Die Zulage kann, wenn es beliebt, entzogen werden, dem Arbeiter verbleibt daraus nur das, daß er für den höheren Betrag die Beiträge bei einem niedrigeren Lohn leisten muß, das heißt wenn er kann. Ob die bestimmten Zulagen den einzelnen Leistungen entsprechen, sei hier gar nicht unterucht. Wie schon gesagt, findet dieser Beschluß auf die Werkstättenarbeiter keine Anwendung. Ebenso nicht auf die Affordarbeiter in den Magazinen. Das System der Grundlöhne, wie das der Lohnvorrückung wird also den Werkstättenarbeitern nicht zuteil. Wie es scheint, will die Staatsbahnverwaltung auch weiter bei diesen Arbeitern die individuelle Qualifizierung aufrecht lassen und den Beweis liefern, daß sie sich nicht darum gekümmert hat, wie ungerecht hierbei die Behandlung der Arbeiter ist.

Für die Professionisten der Bahnerhaltung werden Grundlöhne bestimmt, aber den Vorständen ein derart weiter Spielraum gegeben, daß die ganze Grundlohnbestimmung in sich zusammenfällt. Ein Professionist kann in Wien nach diesem Erlaß Kr. 3-30 bis Kr. 3-80 erhalten. Wer die Art der Professionistenarbeit bei der Bahnerhaltung kennt, wird sich leicht vorstellen können, wieweit weiter Spielraum hier für die „Lieb Rind“-Behandlung offen bleibt und nach welchen Grundsätzen die Qualifikation der Arbeiter erfolgen wird.

Weit hinter den Erwartungen, welche die Arbeiter hegen, bleibt die Lohnvorrückung zurück. Für die Professionisten alle drei Jahre 20 S., für die anderen Arbeiter alle drei Jahre 10 S. Dabei ist dieser Pappentitel noch abhängig von „befriedigender Arbeitsleistung“ und „entsprechendem Verhalten“. Da braucht man freilich nicht den Passus „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“, denn man kann die Leistung und das Verhalten nach den Mitteln taxieren, und sonach auch das Ausmaß der Mittel nach Belieben einschränken. Dieser Verdacht ist mehr als gerechtfertigt, nachdem mit keinem Worte erwähnt ist, daß der Arbeiter vom Grunde seiner Nichterwählung früher verständigt wird, und welche Mittel ihm zu Gebote stehen, gegen ein ihm zugesagtes Unrecht aufzutreten. Nach dem Erlaß geschieht das, was der Vorstand bestimmt, für den Arbeiter ist keine Wahrung seines Rechtes vorzulegen, so daß er, ob zu Recht oder Unrecht, der Verurteilte ist. Und das alles bei diesen geringfügigen Beträgen von 10 und 20 S nach erst drei zu drei Jahren. Andere Direktionen haben die Unzulänglichkeit derartiger Vorrückungen längst eingesehen und sie verbessert, wie Triest, Villach, Jansbrud und die

Südbahn. Das System Zeitlohes scheint bei der Nordbahn noch munter zu leben und sich auch bei dem Lohnerhältnis der Arbeiter dem Zeitgeist entgegenzustellen.

Bei der Regulierung der Löhne der älteren Arbeiter ist der Höchstbetrag mit 30 S. festgesetzt. Bis zu diesem Betrag rücken aber nur diejenigen Arbeiter im Lohne vor, deren Lohn den Grundlöhnen des Erlasses noch nicht entspricht. Zum Troste dafür ist angegeben, daß die Berechnung nach dem erhöhten Grundlohn erfolgt. Wo der Grundlohn nicht erhöht wird, fällt auch dieser Trost weg. Arbeiter, deren Lohn aber höher ist als in diesen Grundlöhnen, erhalten nicht nur nichts, sondern es ruht ihre Vorrückung die entsprechende Zeit. An der Vorrückung dieser Arbeiter wird also erspart.

Von den hauptsächlichsten Mängeln sind noch weiter zu erwähnen: Die Behandlung der „Invaliden“, die nur 10 S. aufgebessert werden, wenn ihr Lohn den neuen Grundlohn nicht beträgt. Die Invaliden aber, die gnadenweise in Verwendung oder im Bezug einer Rente stehen und einen minderen Taglohn insulgebessert beziehen, erhalten nichts. Als sie jünger waren, hat die Nordbahn für sie nichts gehabt, als das Bedürfnis, ihre Kraft auszunützen, als alte Arbeiter erhalten sie erst recht nichts. Man hat für sie kein Einsehen, das ist nunmehr die neue staatliche Fürsorge.

Für die Gepäckträger fallen 20 S. per Tag ab, aber nur für die in Wien und Krakau. Man hat sich auch jetzt nicht entschließen können, für die Gepäckträger als Entgelt für die von ihnen der Bahn zu leistenden Arbeiten endlich einmal einen entsprechenden Lohn festzusetzen.

Das, was hier erwähnt wurde, sind nur die hauptsächlichsten Mängel. Ein Vorteil für die Arbeiter wäre nur der, daß dieser Erlaß den Charakter einer Lohnordnung trägt, daß endlich eine Regel in den Entlohnungsverhältnissen eintreten würde, wenn nicht jede Bestimmung einen Passus enthielte, der sie wieder fast vollständig illusorisch macht.

Unzulänglich, kleinlich, engherzig und sich größtenteils wieder aushebend, so kann man kurz das Ganze bezeichnen. Nach dem, was dieser Erlaß anordnet, zu urteilen, ist es kaum anzunehmen, daß diese Maßnahmen den Betrag von 600.000 Kr. erforderlich würden.

Soll das Ganze für die Arbeiter wie für die Nordbahn von bleibendem Wert werden, müßten wesentliche Verbesserungen vorgenommen und sämtliche Mängel beseitigt werden.

Zur Verstärkung des Angeführten und zur näheren Bekanntmachung des Erlasses bringen wir denselben sowie die dazugehörigen Grundtabellen in ihrem genauen Inhalt zum Abdruck:

Nr. 2 ad Nr. 356/N. — I ex 1911.

Wien, am 20. Dezember 1911.

#### Erlaß.

An sämtliche Dienststellen der l. l. Nordbahndirektion.

(Inhalt: Lohnregulierung der Arbeiter.)

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1912 werden demnach in einer nach einheitlichen Gesichtspunkten für sämtliche l. l. Staatsbahndirektionen verfaßten „Lohnordnung“ die Grundsätze für die Lohnbemessung und Lohnvorrückung aller im Dienste der l. l. Nordbahndirektion stehenden Arbeiter (Tagelöhner) festgemacht werden.

Vor Einführung dieser Lohnordnung wird schon gegenwärtig, und zwar mit Wirksamkeit ab 1. Oktober 1911 nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel und unter Zugrundelegung der für die zukünftige Lohnordnung in Aussicht genommenen Lohnbemessungs- und Vorrückungsgrundsätze die Durchführung einer Regelung der Löhne sämtlicher ständigen Tagelöhner, das ist jener Arbeiter, welche in der Absicht auf längere, eventuell dauernde Beschäftigung in den Dienst genommen wurden, und zwar im Zentraldienst, dann im exekutiven Bahnerhaltungsdienst und Verkehrsdiens (Stations-, Fahr- und kommerzieller Dienst), im Zugförderungsdienst (einschließlich der Betriebswerkstätten, mit Ausnahme jener der l. l. Heizhausleitung in Wien), im Material-, Magazin-, Beleuchtungs- und Kraftübertragungsdienst und im Signalwerkstättendienst angeordnet.

Die Regelung der Entlohnungsverhältnisse der Arbeiter der l. l. Werkstättenleitungen in Floridsdorf, Mährisch-Ostrau, Oderfurt sowie jener der Betriebswerkstätten bei der l. l. Heizhausleitung in Wien, müssen mit Rücksicht auf die bei diesen Dienststellen bestehenden Affordlohnssysteme einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben.

Ebenso finden die nachstehenden Vorschriften keine Anwendung auf sämtliche intimeren Tagelohnbediensteten, das ist auf jene Bediensteten, die auf normierten Stellen als Ausführenden oder Ausfühlerbediensteten von der l. l. Nordbahndirektion mit einem bestimmt zugemessenen Taglohn aufgenommen sind, ferner auf die im Affordverhältnis stehenden Arbeiter, auf die weiblichen Arbeiter und auf jene Tagelöhner, die nur zur Bewältigung außerordentlicher Arbeiten aufgenommen und nach Beendigung dieser Arbeiten wieder entlassen werden.

Bei der hiermit verfügbaren Lohnregelung haben nachstehende Grundsätze zur Richtschnur zu dienen:

#### A. Lohnbemessungsgrundsätze.

##### I. Grundlöhne.

Die beiliegenden Tabellen:

I. für sämtliche Arbeiter des Zentraldienstes, des Verkehrsdiens (Stations-, Fahr- und kommerzieller Dienst), des Zugförderungsdienstes (inklusive Betriebswerkstätten, mit Ausnahme jener in Wien), des Materialdepots, Beleuchtungs- und Kraftübertragungsdienstes und des Signalwerkstättendienstes und

II. für sämtliche Arbeiter des Bahnerhaltungsdienstes entfallen jene neu ermittelten Lohnsätze, die für die künftige Entlohnung aller männlichen vollwertigen Arbeiter ohne Profession, das ist jener Arbeiter der obgenannten Dienstzweige, die lediglich ihre physische Kraft in den Dienst stellen, als Anfangsentlohnung festzusetzen zu gelten haben.

Die Löhne der jugendlichen Arbeiter (Arbeiter unter 18 Jahren), dann der weiblichen Arbeiter und jener nicht vollwertigen Arbeiter, die gnadenweise zu leichteren Arbeiten herangezogen werden, werden von den Dienstvorständen bestimmt und dürfen höchstens den örtlichen Grundlöhnen betragen.

Die Löhne der Arbeiter, welche nur zur Bewältigung außerordentlicher Arbeiten aufgenommen sind und nach Beendigung dieser Arbeiten entlassen werden, werden vom Dienstvorstand im Vereinbarungsvertrag festgelegt, wobei lediglich das Angebot- und Nachfrageverhältnis zu berücksichtigen ist.

Für temporäre Vermehrungen, Erfolge für frunkte und beurlaubte Bedienstete können nur die Grundlöhne der Tabelle I, II in Betracht kommen.

Für die Affordarbeiter kommen die in den Tabellen I und II niedergelegten Grundlöhne nur insoweit in Betracht, als diese zur Bemessung der Abzüge für die Krankenkasse und eventuell für die Versorgungsinstitute da von belang ist, wo kein Mindestverdienstlohn gewährleistet ist, in welchem letzteren Falle der garantierte Mindestlohn die Berechnungsgrundlage für die Krankenkassenbeiträge bildet.

II. Lohnzuschläge.

Den in solchen Verwendungen ständig oder vorübergehend beschäftigten Arbeitern, für welche gewisse Fachprüfungen erforderlich sind oder in welchen die Arbeiter schwierige, gefährliche und verantwortungsvolle Leistungen zu vollführen haben, wird zu dem in Tabelle I und II festgesetzten Grundlohn die Auszahlung eines Lohnzuschlages für den Arbeitstag in Aussicht genommen, welchen die Arbeiter behalten, solange sie in dieser Verwendung arbeiten.

Dieser Lohnzuschlag bildet bei allen Arbeitern der nachfolgend aufgezählten Verwendungen, die in dieser Verwendung dauernd beschäftigt werden, eine Erhöhung des Taglohnes, der für die Bemessung der Beiträge für die Krankenkasse und für den Provisionsfonds zugrundegelegt wird.

Bei den Arbeitern, die nur vorübergehend, substituionsweise oder abwechselnd zu solchen qualifizierten Beschäftigungsarten herangezogen werden, wird der Lohnzuschlag zur Bemessung der obbezeichneten Beiträge außer Betracht zu bleiben haben.

Als solche Verwendungen haben für die gegenwärtige Lohnregelung und bis zur Einführung der in Aussicht genommenen Lohnordnung nachstehend aufgezählte Verwendungsarten mit den nachfolgend bezifferten Lohnzuschlägen zu gelten.

Ständige Verwendungsgruppen.

a) Bei sämtlichen Dienstzweigen des Zentral- und Exekutivdienstes:

- 1. Lohnschreiber mit Unterbeamtenqualifikation . . . Kr. —50
2. die übrigen Schreibkräfte . . . —20

b) Beim Bahnerhaltungsdienst:

- 1. Vorarbeiter . . . Kr. —50
2. Wächter/substituten . . . —20
3. Kollwagen- und Drahtseilbegleiter . . . —20

c) Beim Verkehrsdienst

(Stations-, Fahr- und Sommerzieler Dienst):

- 1. Die beim Verschieben jener Stationen, in denen Verschieber normiert sind, ständig verwendeten geprüften Verschiebarbeiter . . . —20
2. Weichenwächter- und Blocksignaldienersubstituten . . . —20
3. Lampisten mit professioneller Vorbildung ohne Lehrbrief . . . —20
4. Ladesein- und Wagenschreiber und Magazinsdienersubstituten . . . —20

d) Beim Zugförderungsdiens:

- 1. Vorheizer (Anbrenner) . . . 1
2. Weichenwächter . . .
3. Pumpenwärter und Stabkesselheizer . . .
4. Kesselwächter . . .
5. Partieführer . . .
6. Wagenführer . . . —20
7. Kohlen- und Schlackenlader, sowie Zuggrubenreiniger, und zwar in jenen Stationen, wo der örtliche Grundlohn für die Arbeiter höchstens Kr. 2.20 beträgt in allen übrigen Stationen . . . —10

e) Beim Werkstättendienste:

Die professionellen Hilfsarbeiter, sogenannte Helfer, Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer, Schraubenschneider und Schleifer . . . —40

f) Beim Materialdepotdienste:

- 1. Partieführer . . . Kr. —20
2. Magazinsdienersubstituten . . . —20
Periodisch wiederkehrende einzelne Leistungen.
1. Räumen von Senkgruben mit Latrinensapparat . . . Kr. —50 ohne Latrinensapparat . . . 1—
2. Desinfektionsarbeiten und Räumen von Rohrleit- und Abzweiggruben . . . —20
3. Arbeiten im Wasser . . . 1—
4. Arbeiten, die vorchriftsgemäß am Seilwerkzeug gearbeitet werden müssen . . . 1—
5. Arbeiten mit dauerndem Aufenthalt in heißem Kessel- oder Ofenmauerwerk . . . 0.50

III. Löhne der Professionisten:

Den Professionisten, das ist Arbeitern, welche ihre Befähigung mittels eines Lehrbriefes (Gewerbeordnung § 14) nachzuweisen vermögen, und im Bahndienst eine ihrem Lehrbrief entsprechende Professionsarbeit leisten, wird der Anfangslohn nach Abschluss einer entsprechenden Probezeit, während welcher der provisorische Lohn mindestens den örtlichen Grundlohn (Tabelle I, beziehungsweise für die Professionisten des Bahnerhaltungsdienstes Tabelle II) betragen muß, endgültig vom Dienstvorstand festgesetzt.

Zu der Regel soll aber dieser Lohn je nach der Qualifikation des Professionisten den örtlichen Grundlohn nicht höher als um den Betrag von 50 % bis 1 Kr. übersteigen.

B. Lohnvorrückungsgrundsätze.

Bei Durchführung der gegenwärtigen Lohnregelung wird der für die Folge in Aussicht genommene Grundsatz zur Anwendung zu gelangen haben, daß einer Vorrückung nur die in ständiger Verwendung befindlichen vollwertigen männlichen Arbeiter teilhaftig werden können.

Demgemäß hätte:

- 1. die Arbeiter ohne Profession alle drei Jahre um den Betrag von 10 % täglich,
2. die Professionisten und die Lohnschreiber mit Unterbeamtenqualifikation alle drei Jahre um 20 % täglich vorzurücken.
Außerordentliche Lohnerhöhungen können in besonderen Fällen über Antrag des Dienstvorstandes von der Direktion bewilligt werden.

Lohnvorrückungen werden nur bei befriedigender Arbeitsleistung und bei entsprechendem Verhalten gewährt und haben solange zu unterbleiben, als diese Voraussetzungen nicht zutreffen, worüber der Vorstand jener Dienststelle zu entscheiden haben wird, bei welchem der Arbeiter in Verwendung steht.

Die Vorrückungen erfolgen immer nur am 1. Jänner und 1. Juli.

C. Durchführungsmodalitäten.

An den vorstehenden Grundsätzen festhaltend, haben nunmehr die Herren Vorstände des Zentraldienstes und der aufgezählten exekutiven Dienststellen unverzüglich das Erforderliche zu veranlassen, daß die neuen Löhne sämtlicher unterstellten, in dauernder Verwendung stehenden Arbeiter ermittelt und die ihnen gebührenden Nachtragsbeträge für die Zeit ab 1. Oktober bis Ende Dezember dieses Jahres unter Zugrundelegung der in dieser Zeit geleisteten Arbeitsschichten berechnet und mittels vorchriftsmäßiger Nachtragszahlungsdokumente vor Jahresabschluss, beziehungsweise zum nächsten Zahlungstermin zurechtlich ausbezahlt werden.

Hierbei ist folgendermaßen vorzugehen:

1. Sämtlichen zurzeit der Rundmachung, beziehungsweise faktischen Durchführung dieses Erlasses in ständiger Verwendung stehenden männlichen Arbeitern (mit Ausnahme der jugendlichen, das sind Arbeiter unter 18 Jahren, der Affordarbeiter und der intimierten Taglohnbediensteten), die weniger als drei Jahre im Dienste stehen und deren Lohn geringer ist, als der in der Tabelle I und II niedergelegte örtliche Grundlohn, muß der Lohn auf den Betrag des neu ermittelten Grundlohnes erhöht und hinfünftig in diesem Ausmaße ausbezahlt werden.

Arbeiter, die nach dem 1. Oktober d. J. noch in Verwendung gestanden, vor der Durchführung des Erlasses aber aus dem Dienste getreten sind, haben auf die Nachzahlung der Lohn Differenz keinen Anspruch.

Die Vorrückung dieser Arbeiter um den Betrag von 10 % findet nach Ablauf der normalen dreijährigen Wartefrist statt.

2. Bei allen mehr als drei Jahre im Dienste stehenden Arbeitern wird der neue Lohn auf Grund einer schlußmäßigen Berechnung folgender Art ermittelt:

Es wird zu dem neu ermittelten Grundlohn der Tabelle I und II der Betrag der Lohnvorrückungen à 10 oder 20 % plus einem eventuellen Lohnzuschlag addiert und diese Summe ergibt bei diesen Arbeitern den nach vorstehenden Grundsätzen rechnungsmäßig entfallenden Betrag, welcher den mehr als drei Jahre dienenden Arbeitern bei strenger Anwendung der obigen Grundsätze als Lohn gebühren würde und auf welchen Betrag der gegenwärtige Lohn des Arbeiters erhöht werden sollte.

Mit Rücksicht jedoch auf die für die Lohnregelung zu Gebote stehenden knappen Mittel und bei dem Umstande, als für die Einreihung der älteren Arbeiter in die neuen Lohnklassen der neu ermittelte höhere Grundlohn, nicht aber der ursprüngliche Anfangslohn des Arbeiters der Berechnung zugrundegelegt wird, um auf diese Art eine Benachteiligung der älteren Arbeiter zu vermeiden und eine gleichmäßige, gerechte Einreihung dieser Arbeiter zu erzielen, kann der rechnungsmäßig ermittelte Betrag nicht den neuen Lohn, sondern nur einen Schlüssel für eine gleichmäßige Einreihung der älteren Arbeiter und nur die Grenze bilden, bis zu welcher der gegenwärtige Lohn des Arbeiters erhöht werden darf, wobei als Grundsatz zu gelten hat, daß als Höchstbeträge der Lohnaufbesserung der älteren Arbeiter ohne Profession bei einer Dienstzeit bis zu sechs Jahren (inklusive) 10 %, bei einer Dienstzeit über sechs Jahre bis zu zwölf Jahren (inklusive) 20 % und bei einer Dienstzeit über zwölf Jahre 30 % zu gewähren sind.

Bei Professionisten und Lohnschreibern mit Unterbeamtenqualifikation kann die Lohnaufbesserung bei einer Dienstzeit bis zu zehn Jahren (inklusive) 20 %, bei einer Dienstzeit über zehn Jahre 30 % betragen.

Dieses Höchstmaß (30 %) der gegenwärtig zu gewährenden Lohnaufbesserung kann bei Arbeitern mit einer mehr als dreijährigen Dienstzeit nur dann überschritten werden, wenn der nach vorstehenderweisung aufgebesserte Lohn eines solchen Arbeiters den in Tabelle I oder II enthaltenen örtlichen Grundlohn nicht erreicht.

In solchen Fällen wird der Lohn bis zur Höhe des örtlichen Grundlohnes erhöht.

Es wird demnach mit dem rechnungsmäßig ermittelten Betrage der gegenwärtige Lohn des Arbeiters verglichen.

Ist der rechnungsmäßige Betrag höher als der gegenwärtige Lohn des Arbeiters, so wird ihm die Differenz in der obbestimmten Beschränkung, das ist der Betrag von 10, 20 oder 30 %, je nach der Dienstzeit des Arbeiters zum gegenwärtigen Lohn aufgerechnet; der so gewonnene Betrag bildet seinen neuen Lohn, der hinfünftig zur Berechnung und Auszahlung zu gelangen haben wird.

Ist dagegen der rechnungsmäßige Betrag ebenso groß oder geringer als der gegenwärtige Lohn des Arbeiters, so erhält er keine Lohnaufbesserung. Sein Lohn wird ihm auch nicht reduziert.

Der Lohnausgleich nach den neuen Grundsätzen im Verhältnis zu den übrigen Arbeitskollegen wird in solchen Fällen durch Hinausschiebung der nächsten Vorrückung erfolgen.

Während zur Ermittlung des rechnungsmäßigen Lohnes der Arbeiter ohne Profession zwecks Einreihung derselben in die neuen Lohnklassen nur die in den Tabellen I und II enthaltenen Grundlöhne zugrunde zu legen sind, wird zur Ermittlung einer gleichmäßigen Einreihung der Professionisten in die neuen Lohnstufen je nach der Dienstzeit derselben hiermit angeordnet, daß als Grundlohn ein Betrag der Berechnung zugrunde zu legen ist, welcher:

a) Im Bahnerhaltungsdienst: für die Professionisten:

- 1. mit Lehrbrief um . . . Kr. —50
2. ohne Lehrbrief um . . . —50
höher ist, als der örtliche Grundlohn der Tabelle II.

b) im Verkehrsdienst und im Materialmagazinsdienst

für die Kategorie der Spengler, Schneider und Tischler um . . . Kr. —50 höher ist, als der örtliche Grundlohn der Tabelle I.

c) im Zugförderungs-, Beleuchtungs- und Kraftübertragungsdienst sowie im Signalwerkstättendienste

für sämtliche Professionisten mit Lehrbrief: um den Betrag von . . . Kr. 1— höher ist, als der Grundlohn der Tabelle I.

Zur besseren Veranschaulichung des Vorganges bei der Ermittlung der neuen Löhne sind im beiliegenden Musterformular Beispiele für die bezügliche Berechnung enthalten.

Im einzelnen ist noch zu beachten:

1. Bei Ermittlung der Anzahl der Vorrückungen eines Arbeiters ist an den Terminen des 1. Jänner und 1. Juli festzuhalten und sind für die gegenwärtige Regelung jene Zeitabschnitte, zwischen dem faktischen Dienstantritt eines Arbeiters und den der Berechnung zugrunde zu legenden zwei Terminen des 1. Jänner und 1. Juli eines Jahres fallen, nicht zu berücksichtigen, sondern als Dienstantrittsdatum stets der dem Dienstantritt nächstfolgende Jänner- oder Juli-termin anzunehmen.

So werden zum Beispiel die Wartefristen eines Arbeiters, der am 5. März 1910 in den Dienst aufgenommen wurde, vom 1. Juli 1910, jene eines Arbeiters, dessen Dienstantritt der 26. September 1909 ist, ab 1. Jänner 1910 gerechnet.

2. Bei der gegenwärtigen Lohnregelung ist für die Berechnung der dreijährigen Wartefristen die Dienstzeit bis 1. Juli 1911 in Anrechnung zu bringen.

Die Dienstzeit, welche ein Arbeiter an diesem Termin über eine angeordnete volle dreijährige Wartefrist zurückgelegt hat, wird für die nächste Vorrückung eingerechnet sein, so daß zum Beispiel einem Arbeiter, der am 1. Juli 1911 7 1/2 Dienstjahre hat, für die Ermittlung des rechnungsmäßigen Lohnes zwei Wartefristen in Rechnung gezogen werden, die Restzeit von 1 1/2 Jahren hingegen für die nächste Vorrückung, die somit am 1. Jänner 1913 erfolgen wird, eingerechnet sein wird.

Ein Arbeiter, der am 1. Juli 1911 5 1/2 Dienstjahre hat, dem also bei der gegenwärtigen Lohnregelung eine Wartefrist in Rechnung gelangt, wird normalmäßig am 1. Jänner 1912 vorzurücken haben.

3. Unterbrechungen im Dienste, die infolge unvermeidlichen Aussetzens der Arbeit oder infolge Krankheit, Ableistung der Militärdienstpflicht von Reisen bis zur Höchstdauer von drei Monaten entstehen, werden für die gegenwärtige Lohnregelung bei Ermittlung der Wartefristen in die Dienstzeit eingerechnet.

4. Arbeitern mit geminderter Arbeitsfähigkeit (Invalide), die zur Verrichtung leichterer Dienstleistungen ohne Lohnreduktion im Dienst verbleiben sind, ist der Lohn bei der gegenwärtigen Lohnregelung ausnahmsweise um den Betrag von 10 % dann zu erhöhen, wenn ihr gegenwärtiger Lohn unter dem örtlichen Grundlohn der Tabellen I, II steht; selbstverständlich sind Arbeiter, die bloß einen zu einer an sich leichteren Dienstverwendung zählenden Posten voll ausfüllen, nicht als „Invalide“ zu behandeln.

Diese Arbeiter bleiben aber von weiteren Vorrückungen ausgeschlossen.

5. Invalide, die etwa im Bezug von Renten oder Versorgungsgewinnen aus dem Provisionsfonds stehen, oder auch ohne solche Bezüge nur gnadeweise zur Verrichtung eines leichteren Dienstes mit einem ihrer minderen Arbeitsleistung entsprechenden reduzierten Taglohn in Verwendung genommen wurden, bleiben von der gegenwärtigen Lohnregelung ausgeschlossen.

6. Den beim k. k. Bahnbetriebsamt in Krakau und Wien in Verwendung stehenden Gepäckträgern wird deren Grundlohn um 20 % täglich erhöht und sind auch diesen Arbeitern die Nachträge für die Zeit ab 1. Oktober 1911 auszubehalten.

Behufs Erleichterung für die rasche Durchführung der nach den vorstehenden Direktiven vorzunehmenden Lohnregelung werden den Dienststellen die erforderlichen Druckformen nach Musterformular I übersendet, in welche sämtliche einer Regelung teilhaftig werdenden Arbeiter nominativ auszuweisen sind.

Auf Grund dieser Ausweise sind sodann die vorchriftsmäßigen Nachtragszahlungsdokumente zu verfassen, und den Arbeitern die entfallenden Differenzbeträge für die Zeit ab 1. Oktober bis 31. Dezember, beziehungsweise hinsichtlich der Arbeiter des Bahnerhaltungsdienstes bis 26. Dezember 1911 unter Berücksichtigung der normalen Abzüge (Krankenkasse, Provisionsfonds) interimistisch zur Zahlung anzuweisen.

Die Verrechnung der Nachträge hat zu Lasten jener Verrechnungskapitel zu erfolgen, auf welchen die Löhne und Dienstbeiträge der Arbeiter in den bezeichneten Monaten verrechnet erscheinen.

Die Quoten der aus Anlaß von Herstellungen für fremde Parteien aufgelaufenen Lohnkosten, sind diesen Parteien vorchriftsmäßig zuzufakturieren.

Die Fakturierung an eigene Dienstzweige und an die k. k. Post- und Telegraphendirektionen haben zu erfolgen. Für die Richtigkeit der bezüglichen Berechnungen sowie für korrekte und rechtzeitige Durchführung der Nachtragszahlungen sind die Herren Amtsverwalter persönlich verantwortlich.

Die nach Musterformular I verfaßten Ausweise sind unabhängig von der Behandlung der Zahlungsdokumente den vorgelegten k. k. Bahnabteilungen, Zugförderungs- und Betriebsinspektoraten, jene der k. k. Materialmagazinsleitungen an die Abteilung VIII vorzulegen, welche Dienststellen die Ausweise nach Überprüfung unterweist an die Abteilung I der k. k. Nordbahndirektion zu leiten haben.

Die Abteilungen der k. k. Nordbahndirektion haben die bezüglichen Ausweise des Zentraldienstes gleichfalls der Abteilung I zu übergeben.

Jene Arbeiter, denen nach erfolgter Regelung schon zum Jännertermin 1912 eine weitere Vorrückung gebührt, sind von den Dienststellen in Ausweise nach Musterformular II zu verzeichnen.

Auch diese Ausweise sind diesmal den obgenannten vorgelegten Dienststellen spätestens bis zum 10. Jänner 1912 vorzulegen, denen die Überprüfung und unterzügliche weitere Vorlage an die Fachabteilungen der Nordbahndirektion obliegt.

Die Fachabteilungen haben sodann diesmal im Einvernehmen mit Abteilung I das Erforderliche zu veranlassen.

Um weiters aus Anlaß der bevorstehenden allgemeinen Zulagen an die Arbeiter des Staatsbahndienstes auch jene Arbeiter für eine eventuelle Lohnaufbesserung in Erwägung zu ziehen, die bei der gegenwärtigen Lohnregelung und Einreihung in die künftigen Lohnstufen infolge eines nach den jetzt angewendeten Grundsätzen entsprechend hohen Lohnes oder als intimierte Arbeiter ohne Aufbesserung in ihrem gegenwärtigen Lohn verbleiben, sind sämtliche männlichen Arbeiter dieser Art und auch jene weiblichen Arbeiter, die etwa in längerer oder dauernder Verwendung stehen, in einen Ausweis nominativ zu verzeichnen.

Für diesen Ausweis ist die Druckform Musterformular I zu gebrauchen.

Die zuletzt genannten Ausweise sind von den Dienststellen gleichzeitig mit den für die Jänner-Vorrückung zu erstellenden Ausweise im Wege ihrer vorgelegten Stellen an die Fachabteilungen der k. k. Nordbahndirektion vorzulegen, die im Einvernehmen mit Abteilung I das Nötige zu veranlassen haben werden.

Schließlich spreche ich die Erwartung aus, daß die Herren Vorgesetzten die kluge Durchführung der bezüglichen Aktion durch eine besonders intensive Bedachtnahme auf die in jeder Beziehung korrekte und ebenso gewissenhafte als rasche Befolgung der Erlaßvorschriften fördern werden.

Die beteiligten Arbeiter sind entsprechend zu veranlassen.

Der k. k. Direktor: Unseferlich.

Anfangslohne (Grundminimallöhne)

für die Tagelöhner im Verkehrs-, Stations-, Zugförderungs- (einschließlich der Betriebsmagazins-, Beleuchtungs- und Kraftübertragungs- und Signalwerkstättendienste).

Table with 4 columns: Dienstort, Kronen, Dienstort, Kronen. Lists various stations and their corresponding wages.

Angern und Stillfried . . . 2.40
Girlich-Turas . . . 2.20
Andradau . . . 2.—
Chroin . . . 2.20
Auspitz . . . 2.20
Gyranow . . . 2.10
Rabitz . . . 2.20
Gybi . . . 2.20
Balin . . . 2.—
Gieszlowice . . . 2.—
Balcha . . . 2.10
Czechowiz . . . 2.20
Bautsch . . . 2.10
Gzeisch . . . 2.10
Wediost . . . 2.20
Cernotin-Retzsch . . . 2.20
Dennisch . . . 2.10
Dietrich-Wagram . . . 2.50
Bernhardtsthal (Ausweiche) 2.30
Dielbau . . . 2.20
Biala . . . 2.20
Dobrua . . . 2.10
Bielitz . . . 2.10
Dombrau, trf. . . 2.50
Witnbaum . . . 2.20
Drahotusch . . . 2.30
Witzsch-Witzsch . . . 2.30
Drobing . . . 2.30
Worzetz . . . 2.—
Dubnian . . . 2.—
Wranitz . . . 2.10
Därnrot . . . 2.30
Bronowitz . . . 2.20
Dietz . . . 2.30
Braesbrunn . . . 2.20
Ederdort . . . 2.10
Prodel . . . 2.20
Gisquib . . . 2.20
Bränn . . . 2.60
Grsndorf-Geingendorf . . . 2.10
Pragezge . . . 2.—
Gruanowitz . . . 2.20
Witzsch . . . 2.20
Reibsdorf . . . 2.20
Charottenhütte . . . 2.10
Kloibsdorf . . . 2.50
Chelmei . . . 2.10
Ranladort . . . 2.20



Dienstort	Kronen	Dienstort	Kronen
Freiheitsau	2-20	Mientichy	2-20
Freiherrsdorf	2-10	Nitolsburg	2-30
Freistadt in Schlesien	2-30	Ober-Gerspitz	2-40
Friedel-Wüstel	2-20	Oberweiden	2-40
Friedland	2-20	Oderberg	2-50
Fulnek	2-10	Odrau	2-10
Gänserndorf	2-40	Olmütz	2-40
Gaya	2-10	Oppala's-Stettin	2-20
Göding	2-30	Ostra-Wittowiz	2-50
Golleschau	2-20	Oswierim	2-20
Granica	2-20	Ostrowitz	2-30
Grätz	2-20	Paschau	2-20
Grätz	2-10	Perhoren-Wulzeshofen	2-10
Grosz-Aulowitz	2-20	Petrowitz	2-30
Grosz-Kuntzichy	2-20	Pohl	2-30
Grosz-Pambowitz	2-20	Popersich	2-10
Grosz-Teelowitz	2-20	Prebitz	2-20
Grübau	2-20	Prebitz	2-20
Gumwisch	2-20	Premba	2-50
Hainfau	2-10	Pretau	2-50
Hang ooc	2-10	Pretau	2-40
Hauso	2-10	Prudna	2-20
Hno, nit	2-10	Przibitz-Ostrowitz	2-10
Hohenau	2-30	Rabwanig-Prössenig	2-30
Holbein	2-20	Raigern	2-20
Holubitz	2-20	Ra nodowiz	2-10
Hopendort	2-20	Rausnig-Slawitowiz	2-20
Honitz	2-10	Rattimau	2-20
Hruschau	2-50	Rohatze	2-30
Hulten	2-30	Rohrbach	2-20
Hutopetich	2-10	Roppitz	2-10
Habanka	2-10	Rouditza	2-10
Jarowiz	2-10	Roznau	2-20
Jowisch	2-50	Rzikowiz	2-30
Jadobitz-Kallberg	2-10	Saiz	2-30
Kainmarja-Georg-dowiska	2-20	Sandbude-Spytec	2-20
Kaiz	2-20	Schönbrunn-Witowiz	2-10
Kleez-gorna	2-20	Schonhof	2-20
Klobitz	2-20	Schöndorf	2-20
Kobitz	2-20	Seitenort	2-40
Komorau	2-20	Stiebnitz	2-30
Kojetin	2-20	Stotischau	2-20
Kostel	2-30	Sotofitz	2-20
Kowiz	2-20	Stauding	2-30
Klatau	2-40	Steinitz	2-20
Krasna	2-20	Sternberg	2-20
Kremsier	2-30	Stramberg	2-20
Krasowitz	2-10	Strahow	2-50
Krasowice	2-10	Strawowitz	2-20
Krummiz-Lautza	2-10	Sucha	2-20
Kunzendort	2-20	Swaubowitz	2-20
Kwank-Lumatschau	2-20	Szafarowa	2-20
Kaa	2-20	Tschachen	2-20
Leonsitz	2-30	Tschachen-Obertthal	2-20
Libiaz	2-10	Thermswald	2-20
Lidowitz	2-20	Tobitschau	2-20
Lissa-L. u. Choritz	2-10	Trojanow	2-40
Lissa-Karlsbütze	2-20	Trzebinia	2-10
Lobnitz	2-10	Uhrig-Rafedowitz	2-20
Lobowitz	2-10	Ungarisch-Grabisch	2-30
Lodowice	2-20	Unter-Loebenau	2-20
Lösching-Obertal	2-10	Utron	2-20
Lustitz	2-10	Wesetz	2-10
Lundenburg	2-30	Wesowitz	2-20
Luschitz	2-20	Wagladitz	2-10
Maternowitz	2-10	Wallachisch-Meseritsch	2-20
Marchegg	2-40	Weißkirchen-Stadt	2-30
Mährisch-Neudorf	2-20	Wernsdorf	2-20
Mährisch-Odrau-Montan	2-50	Wien	2-80
Mährisch-Odrau-Oberurt	2-30	Wigstadt-Johannesbrunn	2-10
Mährisch-Weißkirchen	2-30	Witowiz-Ostrowitz	2-20
Milchau	2-20	Wischau	2-20
Mittau	2-10	Witowiz	2-10
Mladetz	2-10	Wetin	2-20
Müritz	2-30	Wrbatel	2-20
Mutenitz	2-20	Wabersdorf	2-10
Mysowitz	2-20	Wachau	2-10
Napagedl	2-30	Wachtel	2-30
Nennowitz	2-20	Wadowitz	2-10
Neusiedl-Dürnholz	2-30	Wadowitz	2-10
Neusiedl-Prattitz	2-50	Waldersdorf	2-20
Neustädtlein	2-20	Waldersdorf	2-20
Nezamitz	2-20	Waldersdorf	2-10

Anmerkung.

Die Professionisten im:

a) Stations- und Materialmagazinsdienste, b) Zugführungs-, Beleuchtungs-, Kraftübertragungs- und Signaldienstleistungen erhalten in der Regel einen Anfangslohn, der bei den sub a) bezeichneten Dienststellen um 50 bis 80 D., bei den sub b) genannten Dienststellen um 60 D. bis 1 Kr. höher ist, als der für den betreffenden Stationsort normierte Anfangslohn der Angestellten.

Dieser Anfangslohn kann ausnahmsweise den besonders qualifizierten Professionisten in den sub b) bezeichneten Dienststellen in der ersten Dienstjahre um einen weiteren Betrag bis 50 D. erhöht werden.

Lehrlinge für die Bahnerhaltungsdarbeiter.

Bahnerhaltungsektion	Strecke	Bahnmeister	Lehrling	
Wien II	Wien: Kahlen- und Donau- uerbahnhof	I	2-80	
	Wien bis Floridsdorf inklusive, Jedersdorf inklusive samt Wertstätten- ragon	II, III, IV		
Gänserndorf	Floridsdorf exklusive bis Strahhof inklusive	I, II, III	2-50	
	Strahhof exklusive bis Dürnkrut exklusive	IV, V, VI, VII, VIII		
	Dürnkrut inklusive bis Lundenburg inklusive bis Landesgrenze	I, II, III, IV, V, VII		2-40
	Lundenburg exklusive bis Mährisch-Neudorf, exklusive	V		
Göding	Döbling exklusive bis Biskupsdorf inklusive	VI	2-30	
	Mährisch-Neudorf inklusive bis Rohatze exklusive	I, II		
Lundenburg	Saiz exklusive bis Göding exklusive	III, IV	2-20	
	Mutenitz bis Gaya inklusive	IV		
	Gätzsch bis Steinitz inklusive	V		
	Waldersdorf inklusive bis Biskupsdorf exklusive	I, II		
Lundenburg	Lundenburg exklusive bis Mährisch-Neudorf, exklusive	V	2-30	
	Döbling exklusive bis Biskupsdorf inklusive	VI		
Göding	Mährisch-Neudorf inklusive bis Rohatze exklusive	I, II	2-20	
	Saiz exklusive bis Göding exklusive	III, IV		
	Mutenitz bis Gaya inklusive	IV		
	Gätzsch bis Steinitz inklusive	V		

Bahnerhaltungsektion	Strecke	Bahnmeister	Lehrling
Nikolsburg	Lundenburg exklusive bis Grubbad exklusive	I, II, III	2-20
	Lundenburg exklusive bis Eisgrub inklusive	IV	
Laa	Neusiedl-Dürnholz exklusive bis Jedersdorf exklusive	I, II, III	2-20
	Lundenburg exklusive bis Auspitz exklusive	I, II	
Bräun	Auspitz inklusive bis Raigern inklusive	III, IV, V	2-20
	Raigern exklusive bis Ober-Gerspitz inklusive	VI	
Ungarisch-Grabisch	Ober-Gerspitz exklusive bis Bräun inklusive	VII	2-60
	Rohatze inklusive bis Biskupsdorf exklusive	I	
Preran	Rohatze exklusive bis Subotitz-Preran inklusive	II	2-30
	Biskupsdorf inklusive bis Biskupsdorf exklusive	III, IV, V, VI, VII	
Mährisch-Weißkirchen	Biskupsdorf inklusive bis Biskupsdorf exklusive	I, II	2-30
	Weißkirchen exklusive bis Pohl exklusive	III, IV	
Zauchtel	Weißkirchen exklusive bis Pohl inklusive	V, VI, VII	2-10
	Pohl inklusive bis Zauchtel inklusive	I, II	
Kremsier	Zauchtel exklusive bis Weiskirchen inklusive	III, IV	2-20
	Weiskirchen exklusive bis Krasna exklusive	V, VI, VII	
Kojetein	Pohl inklusive bis Zauchtel inklusive	I, II	2-30
	Zauchtel exklusive bis Weiskirchen inklusive	III, IV	
Olmütz	Kojetein exklusive bis Pohl exklusive	I, II	2-20
	Pohl exklusive bis Bräun inklusive	III, IV	
Schönbrunn-Witowiz	Kremsier exklusive bis Biskupsdorf inklusive	V	2-20
	Bräun exklusive bis Gyanowitz inklusive	I, II, III, IV	
Oberberg	Gyanowitz exklusive bis Preran exklusive	I, II, III	2-20
	Nezamitz exklusive bis Weiskirchen inklusive	IV	
Dzieditz	Kojetein exklusive bis Trojanow inklusive	V	2-20
	Weiskirchen exklusive bis Olmütz inklusive	I, II, III	
Oswierim	Olmütz exklusive bis Sternberg inklusive	IV	2-10
	Zauchtel exklusive bis Schönbrunn inklusive	I, II, III	
Oberberg	Zauchtel exklusive bis Fulnek inklusive	IV, V	2-30
	Stauding exklusive bis Wagladitz inklusive	VI, VII	
Dzieditz	Schönbrunn exklusive bis Mährisch-Odrau-Oberurt inklusive	I, II, III, IV, V, VI, VII	2-30
	Mährisch-Odrau-Oberurt bis Montanbahn	VI, VII	
Dzieditz	Mährisch-Odrau-O. exklusive bis Petrowitz inklusive	I, II, III	2-40
	Oberberg bis Annaberg Petrowitz exklusive bis Karwin inklusive	IV, V	
Dzieditz	Petrowitz exklusive bis Dzieditz inklusive	I, II, III, IV	2-20
	Dzieditz exklusive bis Bieltz exklusive	V	
Oswierim	Dzieditz exklusive bis Oswierim inklusive	I, II	2-20
	Oswierim exklusive bis Trzebinia exklusive	III, IV	
Kratau	Kratau inklusive bis Zabierzow exklusive	I, II	2-20
	Zabierzow inklusive bis Szafarowa inklusive	III, IV, V, VI, VII	
Troppau	Szafarowa exklusive bis Granica und Ostrowitz exklusive	V, VI, VII	2-30
	Schönbrunn exklusive bis Troppau inklusive	I, II	
Troppau	Troppau exklusive bis Bennisch inklusive	III	2-30
	Troppau exklusive bis Grätz inklusive	III, IV	

Die Aufbesserungen der Zugbegleiter im Lichte der Tatsachen.

Sparsystem oder Betrug?

Bis zu welchen Ausdehnungen die durch Unkenntnis des praktischen Eisenbahndienstes entstandenen Sparverfügungen gedeihen, beweist wieder einmal ein L. L. „Verfügungsmittel“ der Staatsbahndirektion Wien, welches folgendes verfügt:

Zirkular 1095/1-V, betreffs Verwendung der Zugbegleiter bei den Güterzügen, Güter- und Arbeitszügen.

In Abänderung der bisherigen Norm wird bestimmt: Grundsätzlich dürfen nur solche Zugbegleiter im Dienste verwendet werden, als zur Deckung des Bremsbruttos, des Beschubs, Lademanipulation u. s. w. tatsächlich benötigt werden. Dementsprechend darf nur dieses das Stundengeld für die Fahrtdauer im Dienste zuerkannt werden. Es ist daher im Interesse einer ökonomischen Beherrschung Aufgabe der Dispositionen, dass jede überflüssige Heranziehung der Begleiter für die Bedienung der Bremsen auf der Strecke entbehrlich gewordenen Personals zu sonstiger Dienstleistung vermieden wird. Aufgabe der Dispositionen ist es somit, bei Verwendung von Turnuspartien festzustellen, ob die ganze Partie zu belassen oder ob einzelne vom Dienst ferngehalten sind. Diese Maßnahme hat sich nur auf die eigene Dispositionstrecke zu beschränken. Nur mit Zustimmung der anderen kann eine Verfügung auch für weitere Strecken getroffen werden. Derart vom Dienst entbundene Zugbegleiter sind unter Wahrung des weiteren Turnus in Regie in die nächste Verwendungsbegleichungsweise Domizilstation zu entsenden. Dies hat grundsätzlich mit den entsprechenden, die Wahrung der Ruhezeit gewährleistenden, personalführenden Zügen zu erfolgen, eventuell mit dem Turnuszug selbst. Die Verwendung bei einem anderen Zug darf nur im Einverständnis mit der Domizilstation erfolgen. Die L. L. Betriebsämter Wien I und Wien II haben im Einvernehmen mit Penzing beziehungsweise Brigittenau wegen eventuell überzähligen Zugbegleitern bei den in diesen Strecken verkehrenden Zügen und Entsendung der Zugbegleiter zum Dienste ab Penzing beziehungsweise Brigittenau Vor schläge zu erstatten.

Der einzige Zweck dieses Erlasses ist also nur, Stundengeld zu ersparen. Auf welche Art und ob mit Erfolg, soll nun auf Kosten der Zugbegleiter erprobt werden. Grundlag ist, von einer Güterzugspartei nur so vielen Begleitern die Fahrt als im Dienste verrechnen zu lassen, als von Strecke zu Strecke zur Deckung des Bremsbruttos unbedingt notwendig sind. Zu diesem Zwecke wird die Zugbegleiter dauernd auf das Mindestmaß herabgedrückt. Alle übrigen dürfen sich, obwohl sie mit demselben Zuge mitfahren, oft schon Kilometerweite Fußmärsche zur Zugübernahme nach Penzing, Brigittenau oder diverse andere Rangierbahnhöfe gemacht haben, jeder Bitterung ausgesetzt sind, stets dienstbereit sein müssen, meistens bei der Zugaufnahme und Übernahme schon Dienst geleistet haben, und bei der Regiefahrt nicht einmal einen Platz zum Sitzen haben, und genau so lange auf der Strecke sind wie die übrigen, nur das Stundengeld als Ruhe außer Haus verrechnen. Daß die Zugbegleiter neben den oft mehrere Kilometer weiten Schleppen der Signallaternen, Reingieren der Dienstwagen, Mitheilen bei der schriftlichen Zugaufnahme, Zusammen schließen und Kuppeln der Züge — Arbeiten, die nicht in ihre Kompetenz fallen, bei vielen Bahnen auch von denselben nicht verlangt werden, die ihnen aber, da Lampisten, Wagenputzer, Knippler und in der letzten Zeit auch Wagenführer auf den Güterbahnhöfen der L. L. Staatsbahnen unbekannt sind, noch und nach aufgebürdet wurden — auch noch laut der Instruktion XX, Artikel 93 bis 106, sowohl vor der Abfahrt als auch während der Fahrt und der Aufenthalt viele und im Interesse des Verkehrs wichtige Pflichten zu erfüllen haben, für deren Unterlassen oder Uebersehen die Zugbegleiter immer wieder gestraft werden, das brauchen doch diese Spar-

fanatiker nicht zu wissen, daß im letzten Jahrzehnt bei allen Zügen die Fahrzeiten gewaltig verkürzt wurden, die Aufenthaltzeiten ausreichen, die Züge eine früher einfach unermessliche Belastung und Länge aufweisen, die schriftlichen Arbeiten immer mehr werden und die Zugbegleiter nur mit Ueberanstrengung und Ueberhastung die Züge auf eigenes Risiko rechtzeitig fortzubringen vermöchten, ist aus einem Salomwagen oder Coupé erster Klasse vom Schnellzug aus nicht leicht wahrzunehmen. Vergessen diese übereifrigen Reformer doch sogar auf die rechtliche Seite dieser Maßregel und glauben in ihrer Einnahme (oder ist es Absicht), das Stundengeld der Zugbegleiter sei eine Art Affordverdienst für das Handhaben der Bremsen.

Unter Dienstvertrag, die Dienstordnung für Bedienstete der k. k. Staatsbahnen, enthält im § 40 folgende Rechte, die den Bediensteten gewährleistet sind: „Absatz 4. Die besondere Vergütung der aus Anlaß des Dienstes erwachsenen Auslagen, vornehmlich bei Dienstreisen, Verwendung außerhalb des Stationsortes und Ueberführungen.“ Bei einer Dienstprüfung droht jedem Kandidaten ein Durchfall, wenn er nicht weiß, daß das Stundengeld laut § 67 der Dienstordnung eine Entschädigung für Dienstauswand ist. Der § 69 bestimmt, daß die außergewöhnlichen Auslagen, welche den Bediensteten aus Anlaß des Dienstes erwachsen, vergütet werden, und § 77 bestimmt klar und deutlich, daß den Zugbegleitern an Stelle der Bezahlungen der Stundengelder gebühren. Daß dieses Stundengeld der Güterzugbegleiter normal weit hinter dem Bezahlungen zurückbleibt und zur Deckung der erwachsenen Auslagen nicht mehr ausreicht, wurde in diesem Blatt oft genug bewiesen. Wie aber nun die Vergütung eines solchen Scheinbar außer Dienst gestellten Zugbegleiters aussieht, davon nur zwei Fälle: Ein Kondukteur in Wien II hatte die Turnustour 74-112. Er fuhr Regie nach Brigittenau, Dienst Brigittenau-Rudsdorf, 6 Minuten, Regie bis Tulln, Dienst Tulln-Abtsdorf, 28 Minuten, dann Regie bis Gmünd. Retour wurde er, weil beim Zug 112 nicht benötigt, zurückgehalten und zum Zug 66 kommandiert. Hier fuhr er Regie bis Göpfritz, Dienst Göpfritz-Sigmundshöheberg, 1 Stunde 2 Minuten, Regie bis Wien. Der Mann war von 8 Uhr 30 Minuten abends bis 12 Uhr 30 Minuten mittags des dritten Tages, genau 40 Stunden auf der Strecke und darf verrechnen 1 Stunde 36 Minuten Dienst à 18 S., 38 Stunden 30 Minuten Ruhe à 6 S., zusammen Kr. 258 Vergütung für drei Tage. Ein Kondukteur von Wien I fuhr die Tour 69 bis Linz, 212 retour bis Wien. Er durfte weder hin, noch zurück als im Dienst geführt werden, obwohl er immer mit seinem Zug fahren mußte, da so die nächste Dispositionsstation über ihn verfügen kann. Dieser Mann war von 8 Uhr abends bis 7 Uhr früh am dritten Tage auswärts und erhält für die ganzen 35 Stunden à 6 S., zusammen Kr. 210.

Viele Zugbegleiter werden von den in der Nacht abgehenden Güterzügen sowohl von Wien als auch von Peuzing und Brigittenau, nachdem dieselben bereits bei der Uebernahme tätig waren, mitten in der Nacht einfach weggelassen, ohne zu berücksichtigen, daß dieselben weder mit einem Zug ihre Wohnung erreichen können, noch auf dem Bahnhof eine Unterkunft haben und auch in ein Obdachloshaus zu spät kommen.

Die enorme Schädigung und die Umgehung der Dienstordnung wird erst recht klar, wenn man die Vorschriften des Gebührenregulativs, die diesen Zugbegleitern in jedem solchen Falle das Bezahlungen zuerkennen, mit diesen Entschädigungen vergleicht. Bezahlungen gebührt jedem Diener bis 1000 Kr. Gehalt 3 Kr., von 1100 Kr. Gehalt aufwärts 4 Kr. per Tag. Für diese Fülle würden also gebühren 6, respektive 8 Kr. Daß ein Beamter der IV. Dienstklasse, dessen Dienstreise im Salomwagen an Bequemlichkeit gewiß nicht hinter einer von einem Zugführer und Manipulanten im Dienstwagenkammerl zugebrachten 10- bis 16stündigen Dienstfahrt zurücksteht, per Tag 18 Kr., also 36 Kr. erhält, mehr als ein Zugbegleiter das ganze Monat, sei nur nebenbei bemerkt.

Solche Erlässe lassen Zweifel darüber aufkommen, ob diese Bureaukraten wissen, wie eine Eisenbahn aussieht, geschweige denn wie sie betrieben wird. Wenn diese Herren glauben, daß die Zugbegleiter unnötig sind, sollen sie einfach abgekauft werden, vielleicht genügen als Ersatz ein paar neuen Direktionen oder auch nur Direktionsabteilungen. Aber solange man die Güterzugbegleiter auf die Strecke schickt, haben dieselben ein Recht, die vorgeschriebenen Vergütungen in unverkürzter Weise zu erhalten, Taggeld oder Bezahlungen zu beanspruchen, und man mache doch nicht auf Kosten dieser armen Bediensteten und deren Familien solche Experimente. Die Wissenschaft verwendet zu ihren Studien Tiere, Mäuse, Kaninchen u. s. w., bei der Bahnverwaltung wird die Durchführbarkeit einer Neuerung mit einer Hungerkur an den Bediensteten erprobt. Die Verwaltung treibt die Zugbegleiter durch solche kleinliche Schikanen zur Verzweiflung und gefährdet die ohnehin nur mit der größten Anstrengung mögliche Regelmäßigkeit und Sicherheit des Zugverkehrs. Versprochen wurde den Bediensteten schon im Jahre 1878 und seither immer wieder, daß der Dienst nicht verschlechtert wird, während das Gegenteil versucht wird. Versprochen wurde eine Regelung der Urlaubsfrage, den meisten Zugbegleitern wird derselbe aber verweigert.

Dazu noch die Schandfälle und häufig geradezu von Bosheit diktierte Behandlung von Dienstkommandierenden und vielen Beamten in den Dispositionsstationen, die geflissentlich alle Vorschriften über Dienst und Ruhezeiten ignorieren, die von der Direktion genehmigten Turnusse absichtlich ohne Notwendigkeit umstoßen, und man wird begreifen, daß die Unzufriedenheit unter den Zugbegleitern immer größere Fortschritte macht.

### Die Zglauer Reichsbundortsgruppe in Nöten.

Der Reichsbund deutscher Eisenbahner hat nicht viel Stationen aufzuweisen, in denen seine Ortsgruppen nennenswerte Mitgliederzahlen besitzen. Zu diesen wenigen Stationen zählte auch Zglau. Wir

sagen absichtlich „zählte“, weil auch in Zglau die Herrlichkeit des Reichsbundes zu schwinden beginnt, und das will viel bedeuten, denn es sind nicht so bald wo die Verhältnisse für den Reichsbund deutscher Eisenbahner so günstig, als in Zglau. Der Einfluß des Reichsratsabgeordneten dieser Stadt, des Abgeordneten Groß, sorgt für die Befehung von mißliebigen Bediensteten. Wir berichteten im Vorjahre über eine Befehung von tschechischen Eisenbahnbediensteten, von der auch tschechische Mitglieder unserer dortigen Ortsgruppe betroffen waren. Die schamhaft betriebene Protektion bringt vorwiegend deutschnationalen Arbeiter in den Eisenbahndienst unter, namentlich Professionisten in die Heizhauswerkstätte, und die deutschnationalen Eisenbahnerorganisation Zglaus vermag sich an die vielfach von den Beherrschern der Stadt geförderte deutschnationalen Arbeiterbewegung anzulehnen, die auf keinem Boden besser gedeihen konnte als auf dem Zglauer.

Diese Verhältnisse mußte der deutschnationalen Eisenbahnerführer, der ichtige Maschinenkommissär Jung, vortrefflich zu nutzen, als er von Reichenberg nach Zglau versetzt wurde. Er bemühte sich bald der Führung der deutschnationalen Eisenbahner Zglaus sowie der Führung der Zglauer deutschnationalen Arbeiter überhaupt. In der Station Zglau feierte bald das Entem Draien, dem der Reichsbund vorwiegend seine Existenzmöglichkeit zu danken hat: das System, durch dienliche Vorgesehte die Bediensteten dem Reichsbund als Mitglieder zuzutreiben. Die deutschnationalen Bahnbeamten Zglaus nötigten bei der Aufnahme die Bediensteten zum Beitritt in den Reichsbund, und dafür, daß diese Mitgliedschaft erhalten bleibe, sorgte der regelmäßige Abzug der Beiträge von den Dienstbezügen, der auch bei angemeldeten Austritten gegen den Willen der Bediensteten weiter erfolgte.

Ein günstiger Wind brachte ein Schreiben auf unseren Redaktionstisch, das Jung an den Stationsvorstand von Zglau, Langelos, richtete und in welchem, bei Beachtung einiger Höflichkeitsformalitäten, der Adjunkt dem Oberoffizial, als wären die Zglauer Bahnämter der Reichsbundleitung oder dem Volksrat unterstellt, auftrug, einen „Volksgenossen“ im Staatsdienst unterzubringen. Das Original des Schreibens, das wir nachstehend wiedergeben, ist in unseren Händen. Es lautet:

Wien, den 6. November 1908.

Sehr geehrter Herr!

Wenngleich Ihnen persönlich unbekannt, bin ich doch in Zglauer völkischen Kreisen sowie allgemein in völkischen Kreisen der Osmark nicht unbekannt. Ich wage es daher, Ihnen, mein Herr, der Sie mir als frommer Deutscher oft geschätzter wurden, unseren Volksgenossen Rudolf Pinhart, den Ueberbringer dieses Schreibens, aus wärmste zu empfehlen. Da Sie selbst in leitender Stellung sind, ist es Ihnen so immerhin leichter, den Mann unterzubringen.

Ich verlaute in allen drei Hauptwerkstätten ihn als Lokführer unterzubringen, wofür ich einige Schreiben, leider ohne Erfolg Wite, tun Sie Ihr möglichstes. Mit dem besten Danke verbleibe ich mit deutschem Grusse

Jug, Rudolf Jung.

(Neben der Unterschrift die Zirkel zweier Studentenverbindungen mit den Buchstaben: a. H.)

Maschinenadjunkt der O. N. B. D.

Dritter Vorsitzender des Reichsbundes deutscher Eisenbahner.

Die Nichtberücksichtigung derart empfohlener Protektionsfinder macht einen Zglauer Stationsvorstand des Mangels an nationaler Gesinnung verdächtig und damit ist ein solcher als Stationsvorstand von Zglau auf die Dauer unmöglich. Wir können nicht mitteilen, ob im vorliegenden Falle die Empfehlung Erfolg hatte, halten aber Herrn Langelos derartigen Einwirkungen zugänglich.

Mit den geschilderten Mitteln vermochte Jung wohl nicht unserer Organisation in Zglau den Boden abzugraben, aber er vermochte immerhin den Mitgliederstand der Zglauer Reichsbundortsgruppe, namentlich mit den willkürlichen Abzügen der Monatsbeiträge, auf einer verhältnismäßig ansehnlichen Höhe zu erhalten. Das scheint nun anders werden zu wollen. Die Bediensteten, die wohl, wenngleich unwillig, das Abziehen der Monatsbeiträge hinnehmen, nehmen seit sie auf die Wohlheit der Phrosen Jung's gekommen, an der Vereinstätigkeit des Reichsbundes keinen Anteil mehr, und da sah sich dessen Ortsgruppenleitung schon im November des vorigen Jahres zu nachstehendem Appell veranlaßt, der eine Einladung zu einer Mitgliederversammlung einleitete:

Kameraden!

Die letzten Monatsversammlungen waren schlecht besucht. Dieser Umstand ist zum Teil auch wohl, das darf nicht verhehrt werden, zurückzuführen auf die geradezu unglaubliche Teilnahmslosigkeit, welche manche Mitglieder unserer Gewerkschaft und ihrem Streben entgegenbringen.

Gerade solche, die sich immer von jeder Arbeit drücken, nörgeln am meisten herum! Die Monatsversammlungen dienen nicht dem Zweck, Fragen einzelner Gruppen zu besprechen, sondern das Ganze zusammenzufassen. Zu ihnen drängen sich wenige, Unterhaltungen aber sind massenhaft besucht. Gruppenbesprechungen wurden nur von den Werkstättenarbeitern und Arbeitern für den Fahrtdienst abgehalten. In den anderen Gruppen versagen die Vertrauensmänner leider fast völlig. Eine von uns geplante Abendkurse für die Zugbegleiter konnte mangels an Teilnehmern nicht ins Leben treten.

Erste Einkehr tut not! Das mögen die Mitglieder, das mögen aber vor allem die Vertrauensmänner, denen die Schulung und Aufklärung der Mitglieder obliegt, sich vor Augen halten. So manchen Kameraden sah man noch nie in einer Versammlung; wenn er aber etwas brauchte, war er sofort da!

Dieser Aufruf läßt einen tiefen Blick in das Getriebe des Reichsbundes tun. Der Aufruf zeigt, daß selbst dort, wo die Verhältnisse für den Reichsbund am besten stehen und wo für ihn eine seiner besten Auktionskräfte, Ingenieur Jung ist, dies zweifellos, am Werke ist, seine ganze Arbeit unfruchtbar ist; es zeigt, daß der Reichsbund nichts ist als ein von den deutschnationalen Beamten mit dem Gelde der niederen Bediensteten erhaltener Organismus, der ganz unfähig ist, im Interesse der Bediensteten auszubringen zu wirken, und der nur aus politischen Motiven erhalten wird. Der Reichs-

bund vermag wohl in der nationalen Koalition Stoff abzugeben und Notizen in bürgerlichen Blättern von erkämpften Millionen zu verbreiten, an seinen Teilen, wie an der Zglauer Ortsgruppe, vermag man aber zu erkennen, was er als Eisenbahnerorganisation bedeutet.

Den Zglauer Mitgliedern des „Reichsbundes“ beginnt das Licht anzugehen. Als ein im Mai 1911 ausgetretenes ehemaliges Reichsbundmitglied, dem man auch noch im Dezember 1911 den Beitrag von seinen Dienstbezügen abzog, Herrn Jung um Rückzahlung dieser Abzüge schrieb, die dieser Bedienstete ganz zutreffend „eigenmächtige Geldabzüge“ nannte, erhielt er von Herrn Jung und dem Reichsbundkassier Nowak nachstehendes Schreiben. Wir lassen es der Beurteilung der Leser anheimstellen, zu beurteilen, ob Jung mit seiner prologischen Antwort oder ob der Arbeiter eine Flegelie beging, der sich um sein Geld wehrte. Die Schreiben, deren Originale gleichfalls in unserem Besitz sind, haben folgenden Wortlaut:

Herrn Wenzel Ulricher, Arbeiter für den Fahrdienst,

Zglau.

Der Betrag, von dessen Abzug mir nichts bekannt ist, steht Ihnen zur Verfügung. Ich bitte, ihn da mir Ihre Anschrift unbekannt ist, beim Zahlmeister, Herrn Adjunkt Nowak, abzugeben.

Im übrigen ersuche ich, sich eines anderen Tones zu bedienen, da ich Flegelien, wie „Eigenmächtigkeit“ und dergleichen, nicht gewohnt bin.

Zglau, den 2. Dezember 1911.

Jug, Rudolf Jung, Maschinenkommissär, Zglau 2.

Ich ersuche, sich zu mir zu begeben und Ihre Lohnauszahlungszettel mitzubringen. Sie erhalten dann das Ihre zurück! Es fällt niemandem ein, Sie schädigen zu wollen. Ich habe Ihren Austritt seinerzeit zur Kenntnis genommen und Ihre Abmeldung ordnungsgemäß veranlaßt; wenn Sie bis heute noch Abzüge für den Reichsbund hatten, so kann das nur ein Irrtum in den Abzugslisten der Station sein.

Erwin Nowak.

Das Beispiel dieses Arbeiters verdient Nachahmung. Die meisten Mitglieder des Reichsbundes lassen sich die Abzüge nur aus Furcht vor Schikanierungen gefallen. Ohne dieser Furcht wären die Herren deutschnationalen Beamten in der Zglauer Reichsbundortsgruppe schon lange unter sich allein.

Andere Zeichen des Verfalls der Zglauer Reichsbundortsgruppe mehrten sich, die Mitglieder erhielten im Oktober und bis zum 25. November 1911 ihr Fachblatt nicht zugestellt und Jung ist mandatsmüde geworden. Er hat die Obmannstelle niedergelegt. Ob er wohl eingesehen hat, daß aus dem Reichsbund nicht zu machen ist? Der fröhlichere Obmann des Reichsbundes und drei weitere Stützen des Reichsbundes haben vor der Monatsversammlung im Dezember 1911 die Fahnenflucht ergriffen.

Ob unter solchen Umständen das Abziehen der Monatsbeiträge an der Stationskasse die Zglauer Ortsgruppe am Leben erhalten wird, ist fraglich. Wir haben, durch Veröffentlichung obiger Briefe den Nachweis erbracht, daß sich hierbei Mißbräuche ergaben und Stationsvorstand Langelos hätte um so mehr Ursache, seinen Tisch zu machen, als wir auch unwiderprochen den Vorwurf erhoben haben, daß den ihm unterstellten Bediensteten, gegen deren Willen, Abzüge von ihren Bezügen gemacht wurden, die zur Bestreitung der Kosten eines Geldenters für seine Perion verwendet wurden.

### Inland.

Graf Stürgkh sucht eine große Majorität.

Die Regierung soll nach Meldungen ihrer Presse beabsichtigen, das Parlament früher einzuberufen, als zuerst beabsichtigt war. Vorher will Graf Stürgkh den Versuch machen, die großen Parteien des Abgeordnetenhauses, also die Deutschnationalen, Tschechischnationalen, Polen, Merikalen und Agrarier auch zu einer politischen Mehrheit zu einigen, um auf diese Weise für die Erledigung der „großen Aufgaben“ der Frühjahrsession — das sind nämlich die neuen Steuern und die neuen Militärausgaben — eine feste Grundlage zu schaffen. Zu diesem Zwecke soll die Tagung der Landtage dazu benutzt werden, um in den einzelnen Kronländern die zwischen den nationalen Parteien bestehenden Reibungsflächen möglichst zu verringern für das Budgetprovisorium und zum Niederstimmen der sozialdemokratischen Steuerungsanträge genügt das lose Zusammengehen der Arbeiterfreunde, für die Steuererhöhungen und die erhöhten Militärkosten braucht man schon eine fester gestützte Mehrheit — „Arbeitsmehrheit“, wie die Regierungspresse mit unbewußtem Hohne sagt.

Eine „-ende Anklage.

gegen die österreichische Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden folgende Ziffern. In den Jahren 1904 bis 1910 sind aus Oesterreich-Ungarn 2.350.000 Menschen ausgewandert. Daß dies kein normaler Zustand ist, der etwa aus der natürlichen Fluktuation der Bevölkerung hervorgeht, beweist am besten der Umstand, daß aus dem viel volkreicheren Deutschen Reich im selben Zeitraum nur 341.000 Personen ausgewanderten. Warum verlassen so viele Oesterreicher ihr „Waterland“, um sich jenseits des Ozeans eine neue Heimat zu suchen? Weil Oesterreich ein Nothenwaterland ist, das dank seiner Regierer und Politiker den traurigen Ruhm hat, unter allen Großstaaten Europas die höchsten Lebensmitelpreise und die niedrigsten Löhne zu haben und das auch bei den Ausgaben für Sozialpolitik und Volksbildung so ziemlich in letzter Reihe markiert. Hier, und nicht bei den oft recht lächerlichen nationalen Dingen mühten alle jene den Dabel ansetzen, die vorgeben, um das Wohl ihres Volkes besorgt zu sein. Aber statt dieses zu tun, jammern sie wohl über die Notlage des Volkes, tun aber alles, was in ihren Kräften steht, um zuantzen der oberen Zehntausend diese Notlage noch zu vermehren. Und leider gibt es noch immer eine große Anzahl Menschen, die das nicht einsehen und sich mit leeren, nationalen Schlagworten über die wirklichen Ursachen der Not der Nationen dieses Staates hinwegtäuschen lassen.

Der Parteitag der Separatisten.

Die tschechoslawische „Sozialdemokratie“ hat zu Weihnachten in Prag-Smichov ihren Parteitag abgehalten. Er bot sehr wenig bemerkenswertes, die ganze Tagung verlief genau so, wie es zu erwarten war: die Kampfbühne des Separatismus nahmen den Mund gewaltig voll, sie schimpften, logen, verleumdeten — konnten aber doch nicht verbergen, daß dem Separatismus in seiner stolzen Einsamkeit gar nicht behaglich zu Mute ist und daß die separatistische Politik auf das tschechische Proletariat die verderblichsten Wirkungen ausübt.

Die Verhandlungen des Parteitages über „die internationale Solidarität des Proletariats und die tschechoslawische Sozialdemokratie“ — also über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung! — standen auf einem unglaublich niedrigen Niveau. Leeres Geschwätz, bombastische Veteuerungen, dummspreche Verdrehungen von Tatsachen, wüßtes Geschimpf — das war der Inhalt der Referate und der meisten Debattereden. Dr. Meißner, der bei aller Begeisterung für den Separatismus auf die Gefahren des Separatismus, auf die Durchdringung des tschechischen Proletariats mit chauvinistischen Ideen, hinwies, stieß auf heftigen Widerspruch. Es wurde folgende Resolution beschlossen:

„Der zehnte Kongreß der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärt mit Verurteilung auf die Resolutionen, die auf der Konferenz der Parteivertretung im März 1910 beschlossen wurden, ferner auf die Erklärung der Partei auf dem Kongreß der Internationale in Kopenhagen und schließlich auf die Beschlüsse der Parteivertretung vom 29. September 1910 in Prag folgendes:

1. Indem wir auf dem Prinzip der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse beharren, beharren wir zugleich auch auf der Forderung der Einheit der klassenbewußten Arbeiterbewegung in jener Nation, wie sie von den internationalen Kongressen betont wurde, und auf der Forderung ihrer Selbständigkeit und Eigenberechtigung. Wir sprechen die feste Ueberzeugung aus, daß die internationale Solidarität den Bestrebungen nach Unabhängigkeit der Nation nicht im Wege steht.

2. Mit Rücksicht darauf verurteilen wir den Versuch, die tschechoslawische Arbeiterpartei zu spalten, der durch die Gründung der abtrünnigen Partei (Das ist die tschechische Sozialdemokratie, Die Red.) durchgeführt wurde, und bedauern, daß dieser vergebliche Versuch durch die öffentliche Anerkennung in den Beschlüssen des deutschen und polnischen sozialdemokratischen Parteitages Unterstützung und Sanktion gefunden hat.

3. Der Kongreß der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei billigt das bisherige Vorgehen der Partei und ihrer verantwortlichen Institutionen, erklärt, daß sie trotz aller Verleumdungen und trotz aller auf sie unternommenen Angriffe auf der brüderlichen Solidarität mit der Arbeiterklasse aller Nationen fest beharrt. Sie wird alle Kräfte und alle ihre Fähigkeiten einsetzen, damit die Sozialdemokratie in der tschechischen Nation siege und so ihren Sieg auf dem weiten Kampffeld der Weltinternationalen mit vorbereiten könne.

Der Separatismus wird also zum Schaden des tschechischen, des gesamten Proletariats sein zerstörerischer Werk mit gesteigerter Wut fortgesetzt.

Ein deutschnationales Urteil über die Separatisten.

Die deutschnationalen Reichsbündler freuen sich sehr wie kleine Schuljungen, daß es in der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation unter den Tschechen endlich Separatisten gibt. Darauf haben sie schon lange gewartet, um ihre Theorie von der gewerkschaftlichen Organisation auf nationaler Grundlage bestätigt zu finden. Und der „Deutsche Eisenbahner“ verkündet jetzt sogar, daß eigentlich sie, die Nationalen, die richtigen Internationalen sind. Jawohl, es ist so. Denn, so meint der „Deutsche Eisenbahner“, sie, die Nationalen, haben ihre Koalition, in der Deutschnationale und die tschechisch-nationale brüderlich geeint sind. Man könnte nun freilich, um diese „Brüderlichkeit“ nachzuweisen, die Rede hervorsuchen, in der der Abgeordnete S e i n e im Staatsangestelltenausschuß mit Bezug auf die Tschechen von „Post- und Bahnwenzeln“ sprach, so daß auf Grund dieser „Entgleisung“ nicht viel fehlte, und Herr B u r k h a l d e hätte seinen kognationalen Brüdern die Freundschaft gekündigt. Daß die Deutschnationalen die Tschechen gerade dort loben, wo sie daran sind, die Organisation zu zersplittern und damit die Stokkraft der Arbeiter zu schwächen, begreift man übrigens schon. Hier ist nämlich das gemeinsame Ziel, das die beiden feindseligen Brüder eint, und das darin besteht, dem Chauvinismus unter der Arbeiterschaft zum Gaudium der Unternehmer die Wege zu ebnen. Wenn die tschechischen Separatisten noch nichts zur Besinnung gebracht hat, die Schmach, von den Nationalen gelobt zu werden, zeigt deutlich genug, wohin der Weg führt, den sie in ihrer Verblendung eingeschlagen haben.

Ausland.

Eisenbahnerstreik in Argentinien.

Wir haben über die Bewegung unter den argentinischen Eisenbahnern bereits berichtet. Nun ist es — wie aus Buenos Aires berichtet wird, — doch zu einem Streik gekommen. Die Streikenden verlangen vor allem einen wöchentlichen Ruhetag, gewisse Ruhepausen im Laufe des Tages, die einen weiteren halben Tag ausmachen, Lohnerhöhungen, die je nach dem Rang zwischen 40 und 50 Prozent schwanken, und schließlich die Festsetzung einer Höchstzahl der täglich zurückzulegenden Meilen. Es sind so gut wie alle Leute ausständig, jedoch wird ein vorläufiger Personenverkehr mit Hilfe von Bureaubeamten und anderen Angestellten aufrecht erhalten, die im Hinblick auf den Zustand im Fahrdienst ausgebildet worden sind. Der Ministerrat befaßte sich gestern mit der Lage, die dadurch, daß die ersten in dieser Woche zur Verfrachtung bestimmten Wagenladungen der Weizenerte nicht von der Eisenbahn befördert werden können, ernst geworden ist. Ein Telegramm meldet

noch: Unter dem Vorsitz des Präsidenten Saen-Pena wurde ein Ministerrat abgehalten, der sich mit dem Eisenbahnerstreik beschäftigte. Es wurde beschlossen, die Eisenbahngesellschaften zeitweilig von den laufenden Verpflichtungen zu entbinden und sie zu ermächtigen, Ersatzmannschaften einzustellen, selbst wenn diese nicht den sonst gestellten Bedingungen entsprächen. Die städtische Garnison wird verstärkt. Die Bahngesellschaften bewilligten den Ausständigen eine Frist von drei Tagen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Angestellten, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen, werden nach Ablauf dieser Frist entlassen.

Ungesunde Symptome in der bulgarischen Eisenbahnerbewegung.

Von Janco Ivanoff (Sofia).

Wir berichteten bereits über die Unstimmigkeiten zwischen den Eisenbahnern in Bulgarien. Ganz besonders wendet sich der Unmut der Eisenbahner des Verbandes der Transportarbeiter gegen eine Demonstration, die vom „Verband der Eisenbahner Bulgariens“ am 16. November vor dem Parlament unternommen wurde, um die Regierung zu zwingen, die eingereichte Lohnskala anzunehmen. Diese Demonstration soll sehr unüberlegt gewesen sein, denn der „Verband“ hatte weder an seine eigene Angriffs- und Widerstandskraft noch an die des Gegners gedacht. An der Demonstration beteiligten sich von rund 1200 in Sofia beschäftigten Eisenbahnern kaum 350, welche von Studenten und arbeitslosen Personen begleitet, einen Zug von kaum 400 Personen bildeten. Bei der Rückkunft waren noch 250 Personen im Zuge. Die Leitung der Eisenbahner des Verbandes der Transportarbeiter Bulgariens teilt nun mit, daß weder die Demonstration noch die Forderungen die Zustimmung der Masse der Eisenbahner hatten, weil sie schlecht begonnen und schlecht formuliert waren. Berücksichtigt hatte man einzig und allein die Interessen der hohen Beamten, der Betriebschefs und ihrer Assistenten der Ostbahn; darum hat sich auch die Majorität der Eisenbahner nicht beteiligt und die „Demonstration“ scheiterte. Der Minister hat die Demonstration mit einer Geldstrafe in der Höhe eines Tagelohnes belegt. Darauf sind die Vertreter des „Verbandes der Eisenbahner Bulgariens“, anstatt zu protestieren, zum Minister gegangen, um Gnade und Verzeihung zu erlangen. Der bürgerliche Minister hat dann folgendes Rundschreiben an die Chefs der Eisenbahnverwaltungen erlassen:

„Nr. 106.103, 19 Dezember 1911. In Anbetracht der Tatsache, daß die Schuldigen, die am 16. November an der Demonstration teilgenommen haben, ihr Vergehen eingesehen und durch ihre Vertreter um Verzeihung gebeten haben, habe ich angeordnet, daß die Geldstrafe in einen Verweis umzuwandeln ist. Minister Franquia.“

Diese Erniedrigung ist skandalös. Sie beweist uns von neuem, daß unsere verrückten Brüder, die sich in den Kampf stürzen, ohne an ihre eigenen Kräfte und an die Stimmung unter den Arbeitern zu denken, unverzeihliche Handlungen begehen. Wir protestieren lebhaft gegen dies unbedachte, unvorbereitete und verfrühtes Vorgehen, von dem nur unsere Gegner profitieren und das uns den Mut raubt, um unseren Kameraden immer und immer wieder beizubringen, daß wir erst eine mächtige Organisation haben müssen, ehe wir ernste Kämpfe gegen den Staat unternehmen können. In dem Klassenkampf hat derjenige, der die Macht hat, auch das Recht. Wir müssen erst stark werden, um unsere Rechte zu erlangen. Dies sind die leitenden Ideen des Verbandes der Transportarbeiter Bulgariens.

Das Verhandlungsreglement der Eisenbahner in Dänemark.

Von Christophersen (Kopenhagen).

Unsere Organisation entwickelt sich ganz gut. Im letzten Jahre war eine Mitgliederzunahme von 800 zu verzeichnen. Mit den Resultaten geht es nicht so wie gewünscht. Seit Juli 1910 haben wir ein Ministerium, welches der gemäßigten Richtung angehört, auch hat unsere Staatskasse kein Geld. Wir haben durch die Lohnregulierung, die 1908 und 1909 stattfand, solche gute Resultate erreicht, daß wir in den ersten Jahren danach noch nicht viel mehr erwarten konnten. Aber eine andere Sache verdient unsere Aufmerksamkeit um so mehr: das Verhandlungsreglement. Dieses Reglement ist nun seit anderthalb Jahren als ein allgemeiner, dienstlicher Befehl einregistriert, aber noch ist es unserem gemäßigten Minister nicht gelungen, die Generaldirektion zur Anerkennung dieses Befehls zu zwingen. Im Post-, Zoll- und Telegraphenamt wird das Reglement respektiert, die Generaldirektion der dänischen Staatsbahnen leistet so viel Widerstand wie nur möglich. Zunächst ließ sie durch den Minister erklären, daß unsere Organisation das Reglement nicht erfüllen könnte, weil wir nicht die Werkstättenarbeiter (diese gehören dem Arbeitsmännerverband an) aufnehmen, aber als wir dies dann in Ordnung gebracht hatten, da schwieg man ganz. Unsere Eingaben werden meistens erst nach einer langen Zeit beantwortet und mündliche Verhandlungen haben wir überhaupt noch nicht gehabt. Konferenzen haben wir genug, aber wirkliche Verhandlungen, wie im Reglement ausdrücklich bestimmt ist, keine. Durch einen Abgeordneten ist nun der Minister im Parlament angegriffen worden, weil er dieser wunderbaren Situation kein Ende macht, so daß wir wohl die Erwartung hegen dürfen, daß es dem Minister endlich gelingt, der Generaldirektion den nötigen Respekt für seinen Befehl beizubringen.

Die Reichstagswahlen in Deutschland

brachten einen gewaltigen Sieg der Sozialdemokraten, die über vier Millionen Stimmen ausbrachten. Die Wahlergebnisse der Hauptwahl sind folgende: Definitiv gewählt 208 Abgeordnete, und zwar 27 Konservative, 5 der Reichspartei, 2 der Wirtschaftlichen Vereinigung, 79 vom Zentrum, 15 Polen, 4 Nationalliberale, 1 Bund der Landwirte, 64 Sozialdemokraten, 7 elsässisch-lothringisches Zentrum, 1 unabhängiger Vorkämpfer, 1 Däne, 1 Vertreter des Bauernbundes, 1 Wilder. An den 189 Stichwahlen sind beteiligt: 42 Konservative, 17 Reichspartei, 3 Deutsche Reformpartei, 13 Wirtschaftliche Vereinigung, 29 Ken-

trum, 10 Polen, 64 Nationalliberale, 4 Bund der Landwirte, 33 oder 54 Fortschrittliche Volkspartei, 120 oder 121 Sozialdemokraten, 2 bayerische Liberale, 2 elsässisch-lothringisches Zentrum, 2 unabhängige Vorkämpfer, 6 Welfen, 3 Bauernbund und 5 Wilder.

Bei den ersten allgemeinen Reichstagswahlen in Deutschland im Jahre 1871 wurden für die Sozialdemokratie 124.000 Stimmen abgegeben. Am 12. d. M. waren es 4.225.000 rote Stimmzettel! Ein in der Geschichte beispielloser Aufstieg einer Partei der Besitzlosen und Unterdrückten! Unaufhaltsam steigt die Flut, die die Fundamente der kapitalistischen Ausbeutungsordnung unterwäscht.

In Groß-Preußen allein sind 308.800 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Daß trotzdem bloß fünf Mandate dafür geerntet wurden, zeigt die Ungleichheit und Ungerechtigkeit der alten Wahlkreiserteilung.

In Sachsen allein wurde über eine halbe Million roter Stimmzettel in die Urne geworfen, genau: 514.964!

Mehr als ein Drittel aller Wähler Deutschlands hat sich für die Sozialdemokratie erklärt! Die Industrialisierung schreitet unaufhaltsam fort und mit ihr die Organisation des Proletariats. Nach einige Wahlen und aus dem roten Drittel wird die Hälfte und die rote Mehrheit des deutschen Volkes werden!

Aus dem Gerichtssaal.

Unfall infolge Versagens der Bremse. Am 20. August 1911 gegen 9 Uhr abends ließ auf dem Wiener Staatsbahnhof der Verkehrleiter Max zwei Waggon, auf deren ersterer der Bremser Matthias Corenica stand, auf den vor kurzem aus Hainburg eingelangten Personenzug abrollen. Die Wagen fuhren mit einiger Festigkeit auf den Schlußwagen, den Postambulanzwagen, des Zuges auf, wodurch zwei in diesem manipulierende Postbeamte zu Boden geworfen und verletzt wurden.

Der wegen dieses Vorfalls beim Bezirksgericht Favoriten wegen Uebertretung des § 432 St.-G. angeklagte Bremser Matthias Corenica gab, verteidigt von Dr. Gustav Garpner, an, es habe die Bremse seines Wagens, eines ungarischen (M. A. B.) Wagens, obwohl er sie vorher ausprobiert hatte, plötzlich versagt. Der Oberverrichter Max gab an, daß er Corenica vor dem Abrollen beauftragt habe, die Bremse zu untersuchen, und daß letzterer ihm von dem tadellosen Funktionieren der Bremse ausdrücklich Mitteilung gemacht habe.

Ueber Verfragen des Verteidigers gab der Oberverrichter an, daß ein Versagen der Bremse bei den ungarischen Wagen häufiger vorkomme als bei anderen.

Der Richter sprach sodann den Angeklagten, folgend den Ausführungen des Verteidigers, der auf die Unwiderlegbarkeit der Aussage Corenicas hinwies, von der erhobenen Anklage frei.

Streiflichter.

Die Niedauer am Semmering. Die Welt der Tappschädel und anderer Funktionäre pflegt in diesen Tagen wieder einmal eingehend darüber Beratung, wie man dem Fortschritt und der wissenschaftlichen Erkenntnis ganz gründlich die Wege verarmeln könnte. Und das kam nämlich so: Ein humaner Menschenfreund, Dr. Kuppelwieser, will einen Teil seines Vermögens dazu verwenden, daß am Semmering ein Heim für tuberkulöse Kinder errichtet werden soll. Soziale Einsicht und Menschengüte will in der gesunden Höhenluft des Semmering, wo sonst nur die Reichen sich von ihren Strapazen erholen, eine Stätte für arme Kinder schaffen, die in der Stadt, fern von Luft und Licht und ohne genügend Nahrung, den Todeskeim aufgenommen haben und bei denen eine Genesung nicht ausgeschlossen ist, wenn man ihnen dazu Gelegenheit gibt. Armen Proletarierkindern soll das Leben und die sonnige Freude an der Genesung wiedergegeben und der menschlichen Gesellschaft der Nationalwert an Arbeitskraft erhalten werden. Aber am Semmering tobt dagegen eine Revolte. Die „Semmeringinteressenten“ — wie das schöne Wort für die dort heimischen ledernen Krämerseelen heißt — haben entdeckt, daß die Errichtung eines Tuberkulosenheims dem Fremdenzug Abbruch tun und somit den Profit der ehrenwerten Händler gefährden könnte. Zwar ist die Befürchtung ganz grundlos, denn die Wissenschaft ist darüber längst einig, daß die Unterbringung Tuberkulöser in einer geschlossenen Heilstätte nicht die geringste Gefahr für die Umgebung bildet, zumindest aber nicht größer ist, als die gemeine Gefahr des tödlichen Lebens, wo wir ja auch unausgesetzt von Bakterien aller Art umgeben sind. Aber die „Semmeringinteressenten“ schreien, als ob sie alle am Spieß steckten. Am Sonntag waren sie wieder „zum Protest versammelt“, und die bürgerliche Presse, die, anstatt den Niedauern am Semmering ordentlich die Leviten zu lesen, diese Antimenschlichkeitsbewegung wader unterstützt, erzählt, „daß der ganze Semmering auf ist“. Man könnte sich schließlich solchen von keinem Humanitätsfing getriebenen Idiotismus von den diversen bürgermeisterlichen Blunzenhubern und Restaurateuren noch gefallen lassen. Aber daß sich dieser „Protestbewegung“, von der man nicht recht weiß, ob sie mehr dumm als inhuman ist, auch, wie man aus den Blättern erfährt, der Vertreter der Südbahn angegeschlossen hat, das hätte man kaum erwartet. Wir muten der Südbahn gewiß nicht zu, daß sie ihr kapitalistisches Interesse hinter das allgemein menschliche Empfinden zurückstellen soll. Denn schließlich ist auch die Südbahn nicht auf Humanität, sondern auf Dividenden berechnet. Aber in der Südbahnverwaltung sitzen schließlich Männer von Bildung und mit wissenschaftlicher Erkenntnis. Das ist es. Sie hätte nicht unter die Niedauer gehen müssen, und hätte die diversen Blunzenhuber schon unter sich lassen können.

Verfälschte Maßregelungen von Bediensteten der Lokalbahn Innsbruck-Dall. Im Juli 1911 haben die Innsbrucker Lokalbahnbediensteten die erste Lohnbewegung geführt, die mit einem Erfolg abschneidet, und seit dieser Zeit ist eine übertriebene Geizigkeit der Leitung dieser Bahn gegenüber dem Personal wahrzunehmen. Als vier Vertrauensmänner des Personals, durch den Beschluß einer Versammlung der Bediensteten hierzu beauftragt, eine Eingabe an die Betriebsleitung um Einrechnung der Mittags- und Abendpause in die Dienststunden, um Befreiung der Weichen durch Weichenmacher, um Verminderung zu lange ausgedehnter Dienstzeit in einem Tag sowie um die Ablösung des sechsständigen ununterbrochenen Dienstes auf der Linie I und um Verteilung sämtlicher Kondukteure mit den Signalmitteln machen, ergielten sie am 1. Jänner 1912 mittels eingeschriebenen

Briefes die Kündigung. Es handelte sich hierbei um den Zugführer Frühwirth, der verheiratet und Vater von vier Kindern ist und der seit dem Jahre 1891 im Dienste dieser Bahn steht, ferner um den Zugführer Weyer, der ebenfalls verheiratet und Vater von vier Kindern ist und der bei dieser Bahn seit dem Jahre 1894 dient und gewählter Vertrauensmann im Pensionsinstitut ist, dann um die beiden Konduktoren Seyerl und Kindlmann, die beide seit dem Jahre 1905 im Dienste dieser Bahn stehen, beide sind verheiratet. Ersterer ist gewählter, letzterer ernannter Delegierter für die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt. Die Frau des Genossen Kindlmann lag im Sterben als ihrem Mann von der Betriebsleitung der Dienst aufgekündigt wurde. Sie starb wenige Tage nach der Kündigung. Genosse Kindlmann ist Vater von zwei Kindern.

Man hatte also weder auf die Vertrauensstellung noch auf die Familien der vier Bediensteten Rücksicht genommen, als man gegen diese mit der Kündigung lediglich aus dem Grunde vorging, weil sie namens ihrer Kollegen ein Gesuch um Abstellung von Hebelständen und um Erfüllung einiger Wünsche gefertigt hatten.

Im Auftrag der Organisation interbienenen Abgeordneter Genosse Abram, der Obmann unserer Innsbrucker Ortsgruppe Genosse Scheibein und Generalsekretär Genosse Flödingler beim Verwaltungsrat dieser Bahn wegen Zurückziehung dieser Maßregelungen, wobei es sich im Verlauf der Verhandlungen herausstellte, daß der Verwaltungsrat vom Betriebsleiter Inspektor Tordy und vom Oberreferenten Bloch in dieser Angelegenheit falsch informiert worden war. Der Verwaltungsrat hielt am Tage vor jenem eine stürmische Sitzung ab, für welche eine Versammlung der Lokalbahnbediensteten einberufen worden war. In dieser Verwaltungsratssitzung gewann der einschlägigere Teil der Verwaltungsräte die Ueberhand und man nahm schließlich die Kündigungen zurück.

Eine so massenhaft besuchte Versammlung der Lokalbahn hat Innsbruck noch nicht gesehen, wie jene, die Mittwoch den 10. Jänner 1912, 11 Uhr nachts, beim „Bierstüdl“ abgehalten wurde, und in welcher dem Lokalbahnpersonal über den Verlauf der Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat berichtet werden sollte. Selbst während der Lohnbewegung im Juli 1911 konnte ein so vollzähliger Besuch nicht konstatiert werden. Trotzdem die Empörung über die Maßregelung von vier Kollegen auf allen Gesichtern zu lesen war, verlief die Versammlung in Ruhe und sehr würdevoll. Der Verwaltungsrat, der den Vorschlägen der Betriebsleitung folgte und ohne Rücksicht auf Alter und Familie vier Angestellte brotlos machte, hätte der Versammlung anwohnen sollen, um zu hören, wie über sein Vorgehen geurteilt wurde. Genosse Scheibein referierte sachlich über die ganze Angelegenheit, und besprach die sofort von der Organisation eingeleiteten Schritte, die zur Zurücknahme der Entlassenen führte. Er verlas sodann das Schriftstück, in welchem der Verwaltungsrat in der am 9. Jänner 1912 abgehaltenen Sitzung die Kündigung, beziehungsweise Entlassung annullierte.

Genosse Scheibein verwies auf die Härte der erfolgten Maßregelung, die nur eine teilweise Erklärung durch die Haltung der Betriebsleitung finde, da durch die Herren Oberreferent Bloch und Inspektor Tordy der Verwaltungsrat ungenügend und unrichtig über den Inhalt der geäußerten Wünsche eines Teiles des Personals informiert wurde. Genosse Scheibein äußerte seine Genugtuung darüber, daß der Verwaltungsrat durch die erfolgten Interventionen den Ernst der Situation richtig erfaßte und daß in einer stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates die bessere Einsicht oblagte. Schließlich äußerte er den Wunsch, daß die Betriebsleitung gegenüber dem Personal in Zukunft lokaler vorgehen möge, daß sie das heute bestehende drakonische Strafsystem bedeutend mildern und das notwendige Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Personal herstellen möge, damit die Disziplin keinen Schaden durch die Schuld der Vorgesetzten selbst erfährt.

An der Debatte beteiligten sich mehrere Bedienstete sowie Generalsekretär Flödingler, der in warmen Worten die Wiederaufgenommenen beglückwünschte und zum strammen Festhalten an der Organisation aufforderte. Zum Schluß wurden sehr viele Beschwerden vorgebracht, die der Organisationsleitung zur weiteren Behandlung überwiesen wurden. Damit fand die denkwürdige Versammlung, die von der Leistungsfähigkeit der Organisation ein glänzendes Zeugnis ablegte, ihr Ende, nicht ohne daß gebührenderweise dem Genossen Scheibein und den übrigen in den Konflikt einschreitenden Genossen der Dank der Versammlung ausgedrückt wurde.

Das Vorgehen der Betriebsleitung der Lokalbahn Innsbruck-Hall war nur geeignet, auch den indifferentesten Bediensteten von der Notwendigkeit einer einheitlichen, alle Kategorien umfassenden Organisation zu überzeugen. Es hätte noch vieler Agitationsarbeit bedurft, diese Aufklärungsarbeit zu verrichten, die die Betriebsleitung besorgte.

**Vom Arbeiterausschuß der Südbahn.** Mittwoch den 17. d. M. wurden die in Wien domicilierenden Arbeiterausschußmitglieder zur Generaldirektion berufen. In Anwesenheit des Herrn Direktors Fall und des Herrn Generaldirektors wurde ihnen eröffnet, daß am Dienstag den 6. Februar l. J. alle Arbeiterausschußmitglieder zu einer Sitzung nach Wien (im Saale der Handels- und Gewerbelammer) einberufen werden.

Zur Verhandlung gelangen voraussichtlich Lohnfragen (Grundlöhne, Lohnstabellen und Bestimmungen etc.), Lebensmittelmagazinangelegenheiten, Lohnbehandlung während der Abwesenheit infolge Waffenübung, Stabilisierungen, Fahrbegünstigungen. Die Tagesordnung ist jedoch noch nicht endgültig festgesetzt.

Zur Vorbesprechung wird den Arbeiterausschußmitgliedern ein Tag vor der Sitzung (der Vortag) eingeräumt.

Ferner wurde den Arbeiterausschußmitgliedern mitgeteilt, daß in der Zirkulariensammlung A am Samstag den 20. d. M. die prinzipiellen Grundzüge entfallen sein werden, nach welchen die Südbahn in der Lohnregulierung nach der bei den l. l. Staatsbahnen durchgeführten folgen wird.

Nachdem die Arbeiten bezüglich der Lohnregulierung bei den l. l. Staatsbahnen bis zum Tage dieser Sitzung von den Staatsbahnen voraussichtlich fertig sein werden, ist zu erwarten, daß dem Arbeiterausschuß in dieser Sitzung auch die näheren Details, wie die Südbahn die Lohnregulierung durchführen wird, zur Beratung gestellt werden.

**Zustände auf den Friedländer Bezirksbahnen.** Es wird uns aus Eisenbahnerkreisen geschrieben: Schon sehr oft sind die Zustände auf dieser Bahn in der Öffentlichkeit in Bezug auf die Verkehrssicherheit und auch bezüglich der Behandlung des Personals durch die Verwaltung besprochen worden. Seit

dem der Direktor Freund allein am Ruder ist, haben diese skandalösen Zustände eine Höhe erreicht, wie noch nie zuvor. Er ist eifrig bemüht, preussische Zustände einzuführen, aber nicht vielleicht in der Bezahlung des Personals oder in der Ordnung im Verkehr, sondern nur in der Behandlung des Personals. Wenn ein Angestellter nur das geringste verzieht und vielleicht gegen einen unsinnigen Befehl des Herrn Direktor Freund, dessen großartigen Fachkenntnisse im Eisenbahnwesen schon zu wiederholtenmalen in der Presse geschildert werden mußten, Einspruch erhebt, fliegt er sofort hinaus, unbekümmert darum, ob er pensionsberechtigt ist oder nicht. Diesem ledigen Herrn muß es wirklich ein besonderes Vergnügen bereiten, die Existenz von Familien zu vernichten. Davon zwei Beispiele: Ein Weichenwächter wurde vom Direktor aufgefordert, da gerade kein Zug kam, beim Heizhaus Schläde aufzuladen. Das Heizhaus liegt außerhalb der Station in Friedland. Der Wächter erhob Einspruch dagegen. Sofort flog er hinaus. Dabei hat dieser Mann über zehn Jahre in den Pensionsfonds eingezahlt, ist schon pensionsfähig und hat auch im Bahndienst einen Bruch sich zugezogen. Er bekam die eingezahlten Gelder heraus und konnte gehen. — Der Stationsvorstand von Weißbach hatte achtzehn anrechenbare Pensionsjahre. Er war gerade zum Mittagessen (er besitz Naturalwohnung im Stationsgebäude), als der Direktor mit einem Herrn von Berlin die Kanzlei betrat. Der Vorstand wurde wegen des ungeheuren Verbrechens, daß er sich unterfangen hatte, zu speisen, wenn so hoher Besuch kommt, zur Rebe gestellt. Es entspann sich ein Wortwechsel und der Stationsvorstand wurde ohne Pension entlassen. Diese russische Maßregel trifft diesen um so härter, weil Genannter eine zahlreiche Familie besitzt, die sich ihrer Existenz beraubt sieht. Mancher dürfte vielleicht glauben, daß der Herr Direktor ein zu peinliches Ordnungsgefühl hat. Mit der Ordnung sieht es aber auf den Friedländer Bezirksbahnen sehr windig aus. So stehen zum Beispiel in den Wartefälen ganz hübsche Oefen. Aber wenn jemand glaubt, daß auch geheizt wird, der täuscht sich gewaltig. Der darf nur einmal eine Reise auf den Friedländer Bezirksbahnen unternehmen, wenn es kalt ist und er wird ganz sicher mit erfrorenen Knochen nach Hause kommen. Oder der Direktor Freund glaubt wahrscheinlich, daß es doch noch besser ist, als wenn die Leute gar im Freien auf den Zug warten müßten. Auch die Zugverspätungen sind ein chronisches Leiden auf den Friedländer Bezirksbahnen. In diesen Zuständen kommt noch die Spartan der Verwaltung. So ist zum Beispiel auf Stationen, wo früher vier Mann waren, nur noch ein Mann beschäftigt und der soll die gleiche Arbeit auch fertig bringen. Daß bei einer solchen eingerissenen Sparwut direkt mit Menschenleben gespielt wird, ist klar. Wir können dem Herrn Direktor nur den einen guten Rat geben, diese Sachen nicht auf die Spitze zu treiben, sonst könnten sehr leicht einmal Ereignisse eintreten, die er in seinem engen Gesichtskreise nicht vorausgesehen hat.

**Zur Lage der Kontrollwächter der Südbahn.** Bei der Südbahn gibt es Wächter, die Kontrollwächter heißen, Kontrolldienst versehen und die als Kontrollwächter bei eventuellen Unfällen und Unterlassungen zur Verantwortung gezogen werden, jedoch nicht die Bonifikation dieser Kategorie genießen, wiewohl ihr Dienst ein verantwortungsvoller ist. In den meisten Stationen sind 15 bis 20 und noch mehr Weiden mit Sperrriegelung eingerichtet, da erheißt es für den Kontrollwächter große Anforderungen und Aufmerksamkeit, so daß gewiß die Forderung derselben eine gerechte und beschöne ist, wenn sie die Gleichstellung gegenüber ihren Kollegen, den Wächterkontrolloren der l. l. Staatsbahn, verlangen, und zwar die Einreihung in das Schema B der Diener. Bei der l. l. Staatsbahn sind die Kontrollwächter und Blocksignaldienner im Schema B und werden gleich behandelt. Die Kontrollwächter der Südbahn haben schon im vergangenen Jahr die Vertreter der Personalkommissionsmitglieder auf der Wächterkonferenz in Marburg ersucht, sie möchten bei der Personalkommission darauf hinwirken, daß die Südbahnverwaltung diesen Bediensteten das gibt, was ihnen schon lange gebührt. Von seiten unserer Vertreter, der Personalkommissionsmitglieder, wurde diesbezüglich interveniert. Die Direktion lehnte aber die Schaffung der Kategorie der Kontrollwächter mit dem Hinweis auf die fortschreitende Ausgestaltung der Sicherungsanlagen ab. Es ist dies aber kein stichhaltiger Grund. Wenn auch die Sicherungsanlagen mit der Zeit ausgebaut werden, so kann man doch diese Kategorie später als Blocksignaldienner verwenden; oder will man diese Kategorie so lange schädigen oder dafür strafen, daß sie zu diesem Dienst herangezogen wird? Es heißt doch in den Vorschriften, daß zu dem Kontrollwächterdienst nur besonders verlässliche Bedienstete herangezogen werden dürfen. Und diese verlangen ihr Recht und werden nach diesem so lange rufen, bis ihnen Gerechtigkeit zuteil wird, und zwar durch die Schaffung der Kategorie der Kontrollwächter und durch ihre Einreihung in das Schema unter die Gruppe B der Diener. Es soll dies auch ein Appell an alle fernstehenden und indifferenten Kollegen sein, zum Beitritt in die Organisation, um so zu erreichen, was den Kontrollwächtern schon lange gebührt.

**Sagt acht! — Rechts richt' euch!** Ein Nordbahrer schreibt uns: „Unter diesem Titel erschien in Nummer 2 des Eisenbahners ein Angriff auf Dr. D. als den Vorsitzenden einer Disziplinarkommissionsitzung. Ueber die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieses Angriffes will ich nicht sprechen, schon weil ich nicht dabei war. Aber diesem Angriff ist eine Geschichte angehängt, die irgendeine Sache handelt, die nach den Andeutungen der Notiz in Zell am See ihren Anfang genommen und in Wien ihre Fortsetzung gefunden haben soll. Ich teile Ihnen nun mit, daß Dr. D. seit 10 Jahren nicht in Zell am See war und keinen Anlaß hat, so Tag für Tag über die Affäre von Zell am See und ihre katastrophalen Wiener Konsequenzen nachzugrübeln. Entweder wurde die Redaktion böswillig hinter's Licht geführt oder es liegt eine Verwechslung vor, die gewiß die Redaktion am meisten bedauern wird. Ich teile Ihnen dies mit, damit Sie im eigenen Wirkungskreis gutmachen können, was hier Böswilligkeit oder die Tüde des Zufalls angerichtet haben.“ — Wir danken dem Einsender, dessen Name und Adresse uns bekannt ist, für seine Aufklärung und stellen gerne fest, daß hier eine bedauerliche Verwechslung vorliegt, die nur durch eine unglückliche Verkettung von Umständen möglich war und nur durch solche in die Öffentlichkeit kommen konnte.

**Korrespondenzen.**

**Vieltz.** Seitdem ein großer Teil der Eisenbahner zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Vertretung ihrer Interessen nur durch eine starke Organisation möglich ist, ist es auch in Bezug auf Behandlung des Personals von seiten der Vorgesetzten besser geworden. Leider gibt es noch immer Gruppen von Bediensteten, denen die Ueberzeugung nur sehr schwer beizubringen ist, was insbesondere auf die Lokomotivheizer und Kohlenlader zutrifft. Die zwei Kategorien, die sozusagen die Lasttiere der Eisenbahn sind, werden auch infolge ihrer Indifferenz als solche von seiten ihrer Vorgesetzten behandelt. Nehmen wir zum Beispiel einen Lokomotivheizer. Für 2 bis 3 Mr. Taglohn muß er sich oft fünf, ja sogar zehn Jahre plagen, um definitiv angestellt zu werden. Meidet sich einer der durch Ueberanstrengung ausgemergelten Slaven marod, so gibt es noch immer Mittel, um demselben die Lust zum Dienstmachen beizubringen. In dieser Beziehung scheint der ehemalige Heizhausexpediturleiter in Vieltz und jetzige Vorstandstellvertreter

in Dzeditz, Oberkommissar Maher, nicht in Verlegenheit zu kommen. Als sich vorigen Winter einige Heizer infolge Ueberanstrengung marod melken mußten, gab er ein Zirkular heraus, in dem er den sich marod melkenden Heizern, soweit sie definitiv sind, mit Abziehen vom Fahrdienst, den im Taglohn stehenden mit Entlassung drohte. Ganz besonders schlecht scheint er auf die definitiven Heizer zu sprechen zu sein, denn er erklärte deshalb: „Keine Heizer zur Stabilisierung vorzuschlagen, um denselben keine Gelegenheit zum Simulieren zu geben.“ Er ist ein Mann von Wort und hält sein Versprechen. Ueberall werden Heizer stabilisiert, nur nicht in Vieltz. Als provisorischer Heizhausleiter in Dzeditz an Stelle des verstorbenen Inspektors Weizner wollte er das Staatsbahnbesitz dadurch aus der Welt schaffen, indem er den Pumpenwärtern die Ersparnisprämien freitrag machte. So mußte zum Beispiel der Pumpenwärter Richter einen wahren Kampf um die paar Kronen führen, um zu seinem Geld zu kommen. Der Pumpenwärter Ticha versteht mit dem Pumpenwärter Boretta und anderen im Heizhaus in Vieltz Dienst. Ticha pumpt zwei Drittel, die anderen zusammen ein Drittel des nötigen Wassers, trotzdem erhielt Ticha 68 H., Boretta aber 10 H. an Prämien ausgezahlt. Wo ist da die Logik? Arbeitet Ticha vielleicht unökonomischer als Boretta? Dem Ticha handelt es sich nicht um die paar Kronen allein, sondern um die Gerechtigkeit. Ticha schickte die 68 H. an den Rechnungsführer mit dem Vermerk retour, er möge sich das Geld für die gute Berechnung behalten. Dafür wurde Ticha wegen angeblicher Beamtenbeleidigung im eigenen Wirkungskreis mit 3 Kr. bestraft. Herr Maher, wenn Sie wirklich bestrebt sind, zur Verminderung der Ausgaben der Staatsbahnen beizutragen, so tun Sie nur Ihre Pflicht. Aus moralischen Gründen dürfen Sie dies aber nicht auf Kosten des Personals tun. Wenn Sie sich wirklich als „Oesterreicher“ fühlen, dann gehen Sie in sich und sehen Sie die während Ihrer Tätigkeit als Heizhausleiter in Dzeditz vorgelegten Reisepartikulare durch, vielleicht leisten sich dort manche Kronen, die Sie auf Grund vorgeschütteter Reisen eingesezt haben, streichen. Gute Verurung, Herr Maher!

**Oberfurt. (Nordbahnwerkstätte.)** Ein Komitee verwendet Einladungen und Ehrenurkunden für einen demnächst stattfindenden „Werkstättenball“. Um der Sache eine günstige Aufnahme zu sichern, gibt das Komitee bekannt, daß der eventuelle Reingewinn zu wohltätigen Zwecken verwendet werden soll. Da wir die Veranstalter sowie deren Tätigkeit noch von den früheren „Werkstättenbällen“ genau kennen, so gebietet uns die Pflicht, die Genossen und die Kollegen von dem Besuch dieses Balles abzuraten. Selbstredend hat weder die Organisation noch die Arbeiterschaft mit den Veranstaltern irgendwelche Beziehungen.

**Gzudin. (Bedenkliche Unfallsereignisse.)** Am 27. November 1911 wurde der Stationsarbeiter Leon Woloszczuk in der Station Gzudin von einem Konreuter beim Verschleiben auf die Bremse einer auf das Magazinsgleise rollenden Wagengruppe gejagt. Kurz nach dem Nollen der ersten Wagengruppe wurde eine zweite auf dasselbe Magazinsgleise ohne Bremser rollen gelassen, welche die erste mit einem starken Anprall einholte, ob dies absichtlich oder aus Nachlässigkeit geschehen ist, wird erst die kommissionelle Erhebung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt ergeben. Der Stationsarbeiter Woloszczuk wurde vom Nollen der zweiten Wagengruppe nicht verständig, und so kam es, daß durch den starken Anprall Woloszczuk mit dem Kopf an die Kanten der Bremse schleudert wurde und bewußtlos von der Bremse zu Boden gefallen ist. Der Stationsarbeiter Woloszczuk war insgesamt acht Monate bei der Bahn beschäftigt, als Stationsarbeiter seit ungefähr drei Monaten. Er ist verheiratet, hat ein Kind und wurde mit dem Schundlohn von Kr. 160 täglich entlohnt. Die rechte Seite des Kopfes ist gänzlich empfindungslos, das Bein oberhalb des rechten Auges verletzt, die Stirn und der Brustkorb schwerer ihn. Es muß im allgemeinen als eine grobe Pflichtverletzung der Aufsichtsorgane der l. l. Betriebsleitung bezeichnet werden, wenn man ungeschulte Leute derart leichtsinnig ins Unglück hineinragt. Am 19. Dezember 1911, um 9 Uhr abends, wurde Woloszczuk durch zwei Stationsarbeiter zur protokollierten Einvernahme in das Bahnstationsamt vor den Referenten der l. l. Betriebsleitung Czernowiz, den Herrn Karl Moskalku, vorgeführt. Die Herren machen es, wenn sie eine unangenehme Sache aus der Welt schaffen wollen, kurz, Querst werden alle anderen befragt, dann kommt der Verunglückte, welcher den Kürzeren zu ziehen hat. Er wird formell etwas befragt, muß dann das Erhebungprotokoll eigenhändig unterschreiben, und dann geht's los. Woloszczuk wurde vom Herrn Referenten Moskalku mit den Worten: „Gauener“, „Lügner“, „Dieb“, „Marsch hinaus“, Ich werde dich noch einsperren lassen“ u. s. w. beschimpft und hinausgewiesen. Ein zweites Kulturbild konnte man am 21. Dezember 1911 in der l. l. Betriebsleitung Czernowiz erblicken. An diesem Tag wurde der Stationsarbeiter Leon Woloszczuk zur ärztlichen Untersuchung vor den Universitätsprofessor Doktor Maher geladen. Kurz und bündig behandelt der Herr Professor Dr. Maher frange Leute. Seine Fragen und Aufseherungen lauteten ungefähr: Von wo bist du? Aus Gzudin? Bist du gesund? Nein? Hast ein gutes Stück Brot? Geh in die Arbeit! Bist gesund! Wenn du nicht in die Arbeit gehst, wirst du zum Teufel gejagt! Marsch hinaus! Woloszczuk mußte die Kleider in die Hand nehmen und sich im Korridor ankleiden. Auch das Urteil des Bahnarztes Dr. Auhdörfer in Gzudin lautet: Der Mann ist gesund. Ob wohl Dr. Auhdörfer, wenn ihm dieser Unfall passiert wäre, auch bei der ärztlichen Untersuchung des Professors Dr. Maher als gesund und auf den Korridor gejagt worden wäre? Zu dem Ganzen hat sich auch der Stationsvorstand Herr Kundl recht fleischlich benommen. Damit der Arbeiter sich nicht vielleicht in Czernowiz Recht suchen soll, wurde ihm auf der Vorderseite der Freitarte folgendes geschrieben: „A r t e, gültig für den 21./XII. 1911 für die Züge 1251/304 und retour für Züge 311/1253. Kundl.“ Soffentlich genügen diesmal diese Angaben, um den Herren im Bahnstationsamt in Gzudin und in der l. l. Betriebsleitung zu zeigen, daß die organisierten Eisenbahner in der Bukowina offene Augen haben, und daß sie sich nicht nasführen lassen werden.

**Czernowiz. (Wahnbetriebsamtskandal.)** Die Station Czernowiz besitzt 30 Weichenwächter, von welchen 26 definitiv angestellt sind. Vier Weichenwächter befinden sich noch im provisorischen Dienstverhältnis. Wir werden auf die Dienstverhältnisse aller Weichenwächter noch zurückkommen, diesmal wollen wir nur eine Angelegenheit herausgreifen, die in den westlichen Provinzen bei den Eisenbahnen gewiß einen ersten Widerstand hervorgerufen hätte, und die bei uns in der Bukowina etwas allgemeines ist, aus der sich niemand etwas machen will. Die Esclamerei des Bahnbetriebsamtes und der Betriebsleitung wird gleichzeitig als eine Sache oder ein System betrachtet, welches nicht anders sein kann, weil es die Herren Inspektor Illich und der Personalsekretär in der l. l. Betriebsleitung Mersch so haben wollen. Vier seit Jahren Weichenwächterdienst versehenende Bedienstete müssen hier den Titel Ausschilfweichenwächter aus Nachlässigkeit der vorgesetzten Behörde führen, sie müssen zu Hause mit Weib und Kindern am Hungertuch nagen, sind nicht gegen Krankheit und Unfall entsprechend versichert und beziehen einen Taglohn, der geringer ist als jener, den ein Bucherer aus der Jubengasse seinen Anechten bezahlt. Die l. l. Betriebsleitung in Czernowiz zahlt Männern, welche seit 7 bis 13 Jahren im Bahndienst stehen, einen Taglohn von Kr. 2.10 bis 2.20. Leute, die das Vermögen des States und das privater Per-

sonen ehrlich hüten sowie die Sicherheit des Lebens der Reisenden bei Tag und Nacht, an Sonn- und Feiertagen, wie an Werktagen bewachen müssen, werden derart ausgebeutet. Nachstehend die Namen der derart ausgebeuteten: Ladislav Sobottka (im Jahre 1873 geboren) ist im Jahre 1898 zur Bahn in den Dienst mit dem Taglohn von Kr. 1.20 getreten, jetzt bekommt der Mann täglich Kr. 2.20; er ist weder als ständiger Arbeiter aufgenommen noch zur Abiegung von Prüfungen zugelassen worden. Der zweite ist Johann Zielinski, der (im Jahre 1879 geboren) im Jahre 1898 zur Bahn in den Dienst mit dem Taglohn von Kr. 1.40 getreten ist; jetzt bekommt der Mann Kr. 2.10 täglich, ebenfalls ohne Aufnahme und ohne Prüfungen. Der dritte ist Philipp Palczak (geboren im Jahre 1882), dieser ist im Jahre 1903 zur Bahn in den Dienst mit dem Taglohn von Kr. 1.40 getreten; jetzt bekommt er den Lohn von Kr. 2.20, auch keine Aufnahme und keine Prüfungen. Der vierte ist Michael Krasnowski (geboren im Jahre 1873). Er ist im Jahre 1905 mit dem Taglohn von Kr. 1.60 in den Dienst getreten; jetzt hat der Mann Kr. 2.20 täglich, er ist auch ohne Aufnahme und ohne Prüfungen. Die Leute waren seinerzeit mit der Bitte beim Inspektor Herrn Ulrich erschienen, daß sie nicht zurückgeschickt werden mögen. Herr Ulrich schickte, um sich der Leute zu entledigen, diese in die l. l. Betriebsleitung zum Personalreferenten Herrn Merz, welcher ihnen zur Antwort gab, daß ihre Angelegenheit in den nächsten Tagen erledigt werden wird. Es sind nicht nur Tage seither verfloßen, sondern Monate. Es wurde aber bisher nichts gemacht. Von den Leuten wurden Dokumente eingezogen, wohl nur, um sie zum Narren zu halten, wie es die Herren in der Betriebsleitung mit dem Personal zu tun pflegen. Andere Bedienstete, welche gleichzeitig mit den oben Zitierten in den Dienst kamen, wurden schon längst zu Prüfungen zugelassen, es erfolgten Aufnahmen und definitive Anstellungen; nur hier wird die Schlampe so offenkundig betrieben. Die definitiv angestellten Weichenwärter und Verschieber beklagen sich, daß sie zumeist keinen Erholungsurlaub von Herrn Inspektor Ulrich bekommen können. Es wurden gestempelte Gesuche um Bewilligung von Erholungsurlauben durch das l. l. Bahnbetriebsamt Czernowitz der l. l. Betriebsleitung vorgelegt. Die Herren in der Betriebsleitung scheinen es nicht zu verstehen, daß mit der Notwendigkeit der Vorlage eines gestempelten Gesuches um Erholungsurlaub, die Bahnbehörden ein Armutzeugnis ausgestellt erhalten. Es wird dem Personal auf solche gestempelte Gesuche keine Antwort gegeben. Der Herr Inspektor Ulrich überschüttet die Petenten mit einem Haufen Grobheiten, warum sie Gesuche vorlegen. Er droht auch, daß trotz der Gesuche keine Urlaube gegeben werden. Der Vorstandstellvertreter, Herr Oberoffizial Stefan Sabinski, treibt es mit dem Personal ins Grenzlose. Die Kondukteure werden als Kaufburschen in diesem Herrn benützt. Aber dies alles ist ein anderes Mal in Arbeit genommen werden. Es mühen bei uns in Czernowitz alle Amtsblätter, seien es die der l. l. Betriebsleitung oder des Eisenbahnministeriums, nichts. Erlasse, Aufträge, Dienstverträge und Zirkulare, alles ist bei uns für die Katz. Maßgebend sind in Czernowitz nur Petitionen. Auch dieses System wird und muß von Czernowitz verschwinden gemacht werden. Es liegt die Macht hierzu den Eisenbahnern in den Händen. Mit Hilfe einer starken und zielbewußten Organisation lassen sich auch solche Dinge bekämpfen. Somit, Eisenbahner in Czernowitz, hinein in die zentrale Eisenbahnerorganisation!

**Triest-St. Andra.** Die Zugbegleiter von Triest schreiben uns: Es war vor kurzer Zeit, als der Herr Fischeli, Schulbeamter in St. Andra an der Stan, zum Ergötzen des reisenden Publikums am Bahnhof in St. Andra eine kleine Abwechslung in der sonst stillen Station brachte. Durch ein obenbelebendes Geschrei wurden die Reisenden auf Herrn Fischeli aufmerksam gemacht, der sich sichtlich bemühte, einige in Freiheit dressierte Eisenbahner dem P. T. Publikum zu demonstrieren. Auf viele der Reisenden sowie auch auf die Bediensteten, die Herrn Fischeli nicht näher kennen, machte diese unentgeltliche Zirkusvorstellung den Eindruck, als ob der Beamte Fischeli zuviel Druck in seinem Manometer hätte. Ganz erstaunt waren die Reisenden, als sie hörten, daß dieser unfreiwillige Zirkusdirektor als Schulbeamter für das Personal in St. Andra an der Stan aufgestellt sei. Ganz offen wurde ausgesprochen, daß so ein Mensch, der selbst die primitivsten Regeln des Anstandes nicht kennt, sich niemals als Lehrer für erwachsene Männer eignen kann.

**Staubing.** (Dienstjubiläum.) Am 16. Dezember 1911 waren es 25 Jahre, seitdem unser Freund und Genosse Josef Berner in den Bahndienst getreten ist. Als 42jähriger, rüstiger Mann wurde Genosse Berner am 16. Dezember 1886 als Maschinenpuffer bei der St. G. aufgenommen. Sein Anfangslohn betrug Kr. 1.80 täglich. Nach elfjähriger treuer Dienstleistung wurde er zum Lampendienst verwendet und erhielt im Jahre 1898 seine erste Lohnerhöhung von — 10 H. per Tag. Nach weiteren neun Dienstjahren wurde Berner über eigenes Ansuchen in die Werkstätte als Arbeiter übernommen. Im Jahre 1911 wurde der brave Mann das zweitemal mit einer Lohnerhöhung von sage und schreibe 10 H. per Tag überhäuft. Infolge dieser zweimaligen Lohnaufbesserung hat heute Berner nach mehr als 25jähriger, treuer Dienstleistung einen Taglohn von 2 Kr. Wahrhaftig, ein herrliches Avancement!

**Kallensau an der Eger.** (Deutschnationale Wohltäter der Menschheit.) Immer um die Jahreswende beginnt hier ein Gesandter unserer wackeren Reichsbändler über die Wohltaten, die sie armen Eisenbahnern zugute kommen lassen.

Alle Errungenschaften unserer Organisation, ja, jedes Avancement, werden da gewissenhaft unter „Erfolgreicher Tätigkeit des Reichsbündlers“ gebucht. Aber um die Weihnachtszeit, da wird von Seiten dieser Wohltäter der Menschheit ganz besonders gearbeitet. Alle Erfolge (?) des Reichsbündlers sind nämlich nicht imstande, einen besonderen Zuwachs zu zeitigen, und da muß man eben mit Mitteln arbeiten, die offiziell sichtbar und greifbar sind.

Und das Weihnachtsfest bietet ja allen derartigen Seuchlern und Wohltätern die beste Gelegenheit, zu beweisen, daß man eben noch ein Herz für die notleidende Menschheit und für die armen Eisenbahner hat. Deshalb denn auch von unseren Reichsbändlern alljährlich eine Weihnachtsunterhaltung veranstaltet wird, deren Reinertrag den Kindern armer Eisenbahner zugewendet werden soll. Wegen dergleichen Wohltätigkeitsveranstaltungen, die ja im Grunde genommen gar nichts anderes sind, als ein wenig Wohltätigkeitsgestank unserer Bürgerlichen, hätten wir im Prinzip eben nichts einzuwenden.

Wenn aber die Sache einerseits in gerabete etelchaste Fräselei, andererseits wieder in ganz unverdächtige Beitelchensariet, so leider darunter nicht nur das Ansehen der Reichsbändler, sondern das des gesamten Personals. Und dagegen müssen wir uns ganz entschieden verwahren. Wir wollen nun kurz das Treiben unserer Reichsbändler in dieser Angelegenheit registrieren. In erster Linie erstreut sich unser Reichsbündler eine ganz besondere Spezialität eines Obmannes. Unter der Zeit als noch Heberlein sein Unwesen unter den Eisenbahnern trieb, war dieser Herr, Franz Tausch, der Nachbar der Reichsbändler, als diese infolge mangels an Mitgliedern ein „Vollständiges Volksvereines“, ja, früher war er sogar einmal ein ganz revolutionärer Demokrat, und als vor etwa zwei Jahren der Reichsbündler keinen passenden Obmann mehr auftrieb, da paßte eben der in allen Farben schillernde Tausch zum Obmann des Reichsbündlers. Verspricht haben die Reichsbändler allerdings nichts an ihm, wenigstens er noch als Reichsbündler-Obmann auf der Generalversammlung des katholischen Volks-

vereines als Redner brillierte. Neben einer ganzen Reihe solcher Eigenschaften, die ihn als vollwertigen deutschen Mann erscheinen lassen, ist er noch ein gewaltiger Trinker, und wenn gar etwas von ihm in der Presse steht, da kommt er drei Tage lang nicht aus dem Delirium. Über gegenwärtig ist er wieder einmal recht tätig. Immer, wenn der Reichsbündler seine Weihnachtsunterhaltung feiert, ist die Not der armen Eisenbahner in großer Gefahr. Da gibt's immer eine große Weihnachtsbescherung, und im Vorjahre sollen sogar zwei Kuben von armen Reichsbändlern von der Sohle bis zum Scheitel bekleidet worden sein. (Arme Sozialdemokraten! Verhüllt ob solch einer Tat euer Antlitz oder bestreut euer Haupt mit Asche.) Diesmal wird es aber noch besser. Der Dreikönigstag wird in der Geschichte der Reichsbändler mit goldenen Reitern verzeichnet werden, und uns ist angst und bange, ob uns nicht alle Mitglieder nach dem 6. Jänner, dem Festtag des Reichsbündlers, den Rücken kehren. Sollte doch auf der heutigen Weihnachtsfeier die Bescherung ganz besonders groß ausfallen, und dies hat wieder der tüchtige Obmann Tausch auszuheben gebracht. Wie der feinerzeitige Ablaßträger Tegel schwang er seit Wochen den Betselack, um den Kindern der armen Reichsbändler Hofen, Schuhe, Strümpfe und dergleichen kaufen zu können. Alle Geschäftsleute in Kallensau hat er abgefrachtet, ja an alle Betriebsleitungen der gesamten Schicht des Kallensau-Obmannes Hofenwebers hat er Betselbriefe geschickt, um nur das diesmalige Fest, respektive die Christbescherung recht großartig zu gestalten. Diese etelchaste Fecterei und darnach das noch etelchastere Gesunkener von der gereizten Tätigkeit des Reichsbündlers sollten nun der Reim sein, an dem sich die Eisenbahner fangen lassen sollten. Wir vermahren uns und nun deshalb gegen das Treiben der Reichsbändler, weil Herr Tausch bei seiner Fecterei den Glauben erweckt, es handle sich um eine allgemeine Bescherung armer Eisenbahnerkinder, und weil gerade dadurch die Spenden etwas besser ausfallen. In Wirklichkeit ist es ein Aktion zum Mitliefersfang für den Reichsbündler. Wir als Sozialdemokraten unterstützen unsere Genossen aus eigenen oder aus den Mitteln der Zentrale alljährlich mit Tausenden von Kronen, doch davon erfahren nur die betreffenden Genossen. Wir würden uns einfach schämen, zuerst einen ganzen Bezirk abzufischen, um dann damit die Wohltäter der armen Eisenbahner zu spielen. Doch wenn dies deutsche Art und deutsche Wohltätigkeitsstunerei ist, dann haben wir eben für solche Handlungen nur ein Psui Teufel!

**Verjammlungsberichte.**

**Vertrauensmännerversammlung der Wächter und Blocksignaldienner des Wiener Direktionsbezirks.** Am Dienstag, 9. Jänner l. J., fand in Ribitsch Gasthaus, XIII, Reingasse, eine von den Genossen Sommerfeld und Schöderböck einberufene Vertrauensmännerversammlung statt, in der sämtliche dienstfreien Vertrauensmänner der Blocksignaldienner und Wächter des Wiener Direktionsbezirks erschienen waren. Von Seiten der Organisation waren der Abgeordnete Genosse Tomtschik und Genosse Adolf Müller anwesend.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Sommerfeld ein Referat über jene nichterfüllten Wünsche der Wächter, welche in dem Subkomitee des Eisenbahnausschusses verhandelt und im Plenum des Abgeordnetenhauses dem l. l. Eisenbahnministerium vorgelegt wurden, speziell über die Nachdienstzulage und die zweijährigen Vorrückungsstrafen sowie die Wünsche der Blocksignaldienner. Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Genosse Sommerfeld verwies in seinen Ausführungen auf das Versprechen der Vertreter des Eisenbahnministeriums anlässlich der Einreichung der Wächter in die Dienergruppe III, wobei von jenen Faktoren die Zulage gemacht wurde, daß alle Verbesserungen, welche im Laufe der Jahre für die Diener der Gruppe III durchgeführt werden, auch auf die Wächter als Diener der Gruppe III ausgedehnt werden.

Er führte weiter aus, daß die Wächter schon im Jahre 1908 bei Gewährung der Nachdienstzulage an das übrige gesamte Nachdienst machende Dienerpersonal übergegangen wurden, und daß dieselben auch in anderen Punkten (Uniformierung in puncto Quantität und Qualität) weit hinter den Dienern der Gruppe III zurückblieben. Nachdem Genosse Sommerfeld noch viele solche Punkte gestreift hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 9. Jänner 1912 in Ribitsch Gasthaus, XIII, Reingasse 11, versammelte Vertrauensmänner der Wächter und Blocksignaldienner des Wiener Direktionsbezirks, konstatieren mit Zustimmung sämtlicher Vertrauensmänner der Wächter und Blocksignaldienner der l. l. Staatsbahnen, daß bei der Einreichung der Wächter in die dritte Dienerkategorie im Jahre 1908 den Vertretern dieser Kategorie bekanntgegeben wurde, daß alle Benefizien der Dienerkategorie III auch den Wächtern gewährt werden.“

Im Jahre 1899 gänzlich übergangen, mußten diese aber bei der Einführung der Nachdienstzulage im Jahre 1908 neuerlich wie allen anderen Dienern diese Zulage gewährt werden. Die jedoch die Wächter von dieser ausgeschlossen wurden. In Anbetracht des Umstandes, daß auch in puncto Uniformierung noch die alten Mäntel herrschen und daß die Wächter sowohl in Qualität, wie in Quantität bezüglich der Uniformierung weit zurückblieben, glauben die Wächter, daß endlich die Zeit gekommen ist, wo das hohe l. l. Eisenbahnministerium den Wünschen der Wächter näherzutreten soll.

In der Zeit der zunehmenden Teuerung bildet die Nachdienstzulage eine Einnahme, welche diese Teuerung doch weniger schwer fühlbar macht. Indem man neuerlich den Wächtern diese Zulage verweigerte, verweist man sie darauf, daß sie weiter hungern müssen und sich gegenüber den übrigen Dienern in ihrer Lebensweise derart einschränken müssen, daß es kaum mehr möglich ist, die Dienstleistung zu vollbringen, die von ihnen verlangt wird.

Einem hohen l. l. Eisenbahnministerium wird darum von den Wächtern neuerlich die Bitte unterbreitet, auch dieser Kategorie die Nachdienstzulage zu bewilligen, indem auch der Dienst der Wächter einer der anstrengendsten im Exekutivdienst ist.

Die Vertreter der Organisationen werden beauftragt, dahin zu wirken, daß dieser bescheidene Wunsch, welcher nur eine Gleichstellung den übrigen Dienern der dritten Kategorie bedeutet, und vom hohen l. l. Eisenbahnministerium bereits im Jahre 1908 zugesagt wurde, endlich in Erfüllung gebracht wird.

Ferner verlangen die heute versammelte Vertrauensmänner der Blocksignaldienner in Anbetracht ihres eminent verantwortungsvollen Dienstes, welcher von Seiten des hohen l. l. Eisenbahnministeriums sowie auch von der l. l. Staatsbahndirektion wiederholt als verantwortungsvoll anerkannt wurde, daß auch ihren bescheidenen Wünschen nach gegebenen Verhältnissen, welche in den Anträgen der Zentralpersonal-Kommission dem hohen l. l. Eisenbahnministerium unterbreitet wurden, in Erfüllung gebracht werden. Auch in diesem Punkt wird die Organisation aufgefordert, dahin zu wirken, daß obigen Wünschen in absehbarer Zeit Rechnung getragen wird.

Nachdem zum ersten Punkt der Tagesordnung noch die Genossen Brandstätter (Gaisfeld), Baumgartner (Wien), Ganslitz (Wien), Grach (Siegwundherberg), Schotterböck (Wien), Gittenberger (Wien), Schnobrich (Penzing), Kiefer (Hütteldorf), Dunkl (Kirchstetten) und Genosse Schafrauel (Währing) gesprochen, ergriff Abgeordneter Genosse Tomtschik das Wort

und schilderte in überzeugenden Worten die Tätigkeit des Aktionskomitees und der Zentrale sowie die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Forderungen der Eisenbahner. Die trefflichen Ausführungen des Abgeordneten Genossen Tomtschik fanden den Beifall der Versammelten, und es gewannen die Vertrauensmänner die Überzeugung, daß die Zentrale bei dieser Bewegung ihr Möglichstes geleistet habe. Daß sich immer wieder Elemente unter den Eisenbahnern finden, welche keiner Organisation angehören, in puncto der Forderungen aber nie Maß und Ziel finden, die Vertrauensmänner und die Organisationen beschimpfen; die Erscheinung, welche nach einem jeden Lohnkampf in frasser Weise zu Tage tritt, kann die ehrlieh denkenden Eisenbahner nicht aufhalten, ihren geraden Weg einzuhalten, um ihre und die triste Lage ihrer Familien zu verbessern.

Nachdem Abgeordneter Genosse Tomtschik seine Rede beendet und mehrere Anfragen zur Zufriedenheit beantwortet hatte, und nachdem Genosse Sommerfeld an die Zentrale die Aufforderung richtete, sich der Wächter und Blocksignaldienner stets anzunehmen, schloß Genosse Sommerfeld die jedem Anwesenden in Erinnerung bleibende Vertrauensmännerversammlung.

**Ein Studienausflug der Signalmeister nach Böhmischem Brod.** Das Aktionskomitee der organisierten Signalmeister in Prag veranstaltete am 10. Dezember v. J. mit der Bewilligung der l. l. Direktion der St. G. einen Studienausflug für die Signalmeister in die Station Böhmisches Brod zwecks Beschäftigung der dortigen Sicherungsanlagen. An dieser Exkursion beteiligten sich unter der Führung des Schriftführers des Aktionsausschusses Genossen Vanáček 20 Kollegen. In der Station Böhmisches Brod eingetroffen, wurden diese durch den Revidenten der Fachgruppe bei der l. l. Direktion, Herrn Roháček, auf das freundlichste begrüßt, welcher von der l. l. Direktion mit der Führung dieser Exkursion betraut war. Herr Roháček erläuterte auf leichtfaßliche Art den Verfall der elektrischen Einführung, die elektrisch automatische Stellung der Ein- und Ausfahrtsignale auf „Halt“ und die Einführung der Federweichen System A, welches letzteres jetzt allgemein auf den Strecken der l. l. St. G. zur Einführung gelangen. Die Exkursionsteilnehmer besahen sodann alle anderen Einführungen, deren tadelloses Funktionieren diese sehr interessierte. Diese neuen Einführungen, welche sich sehr gut und zuverlässig bewähren, sind durch die Firma Siemens u. Halske eingeführt worden, bedürfen jedoch einer fortwährenden ziemlichen Obfuge.

Nach Beendigung dieser Beschäftigung bedankte sich Genosse Vanáček dem Vortragenden Herrn Revidenten Roháček im Namen des Aktionsausschusses sowie der Teilnehmer für seine leichtfaßliche und gediegene Belehrung sowie für das freundliche Entgegenkommen gegenüber den Signalmeistern. Der Aktionsausflug der Signalmeister wird im Interesse der fachlichen Ausbildung der Signalmeister auch weiters belebende Vorträge und Ausflüge veranstalten. Am Sonntag den 14. Jänner fand abermals eine Exkursion der Signalmeister in die städtische elektrische Zentrale in Holešovice statt.

**Jinnsbruck.** (Große Lokalbahnerversammlung.) Eine so massenhafte besuchte Versammlung der Lokalbahnler hat Jinnsbruck noch nicht gesehen, wie jene, die am 10. d. M., 11 Uhr nachts, beim „Wierhindi“ abgehalten wurde. Selbst während der Lohnbewegung im Juli 1911 konnte ein so vollzähliger Besuch nicht konstatiert werden. Trotzdem die Empörung über die Maßregelung von vier Kollegen auf allen Gesichtern zu lesen war, verlief die Versammlung in Ruhe und sehr würdevoll. Der Verwaltungsrat, der den Vorschlägen der Betriebsleitung folgte und ohne Rücksicht auf Alter und Familie vier Angestellte brotlos machte, hätte der Versammlung anwohnen sollen, um zu hören, wie über sein Vorgehen geurteilt wurde. Das Unterschreiben eines Gesuches namens der Kollegen wegen Abstellung verschiedener Missetände und Erfüllung einiger Wünsche genügte einflussreichen Leuten, die Vernichtung der Existenz der „Verbrecher“ zu beantragen. Diese Falschheit wirkte wirklich aufreizend.

Der Obmann der Eisenbahnerorganisation, Genosse Scheibelin, referierte sachlich über die ganze Angelegenheit, besprach die sofort von der Organisation eingeleiteten Schritte, die zur Zurücknahme der Entlassenen führte. Er verlas sodann ein Schriftstück, in welchem der Verwaltungsrat in der am 9. d. M. abgehaltenen Sitzung die Kündigung, beziehungsweise Entlassung annullierte.

Genosse Scheibelin besprach eingehend die Härte der erfolgten Maßregelung, die nur eine teilweise Erklärung durch die Haltung der Betriebsleitung finde, indem durch die Herren Oberrevident Bloch und Inspektor Terechy der Verwaltungsrat ungenügend und unrichtig über den Inhalt der geäußerten Wünsche eines Teiles des Personals informiert wurde. Genosse Scheibelin äußerte seine Genugtuung darüber, daß der Verwaltungsrat durch die erfolgten Interventionen den Ernst der Situation richtig erfaßte und sofort in einer stiftgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates die bessere Einsicht oblagte. Redner äußerte schließlich den Wunsch, daß die Betriebsleitung gegenüber dem Personal in Zukunft loyaler vorgehe, das heute bestehende draconische Straffsystem bedeutend milder und das notwendige Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Personal herstelle, damit die Disziplin keinen Schaden durch die Schuld der Vorgesetzten selbst erfährt.

An der Debatte beteiligten sich mehrere Bedienstete sowie Gewerkschaftssekretär Höckinger, der in warmen Worten die Wiederaufgenommenen beglückwünschte und zum strammen Festhalten an der Organisation aufforderte.

Zum Schluß wurden sehr viele Beschlüsse vorgebracht, die der Organisationsleitung zur weiteren Behandlung überwiesen wurden.

Außerdem fand die denkwürdige Versammlung, die von der Leistungsfähigkeit der Organisation ein glänzendes Zeugnis ablegte, ihr Ende, nicht ohne daß gebührenderweise dem Genossen Scheibelin und den übrigen in dem Konflikt einschreitenden Genossen der Dank der Versammlung ausgedrückt wurde.

**Salzburg.** Am Dreikönigstage nachmittags fand im „Pflanzensaal“ in Zellng eine von der Ortsgruppe Salzburg I des Allgemeinen Reichsbündlers und Gewerkschaftsvereines einberufene öffentliche Vereinsversammlung statt, deren Zweck die Stellungnahme zu dem vom Parlament einstimmig bewilligten, vom Eisenbahnministerium jedoch in weit geringerem Ausmaß durchgeführten Zugeständnissen war. Der zahlreiche Besuch bewies schon, welche reges Interesse die Bediensteten an dieser Angelegenheit nehmen. Bekanntlich hat das Parlament, auf Grund der Bewegung unter den Eisenbahnern und mit Rücksicht auf die unhaltbaren Zustände infolge der wirtschaftlichen Notlage, den Antrag des Staatsangestelltenausschusses, die Bezüge des Gesamtpersonals um 38 Millionen zu erhöhen, einstimmig beschlossen, demgegenüber die Regierung beziehungsweise das l. l. Eisenbahnministerium jedoch nur die Summe von 21 Millionen Kronen im Verordnungsweg zur Verteilung bringt. Genosse Adolf Müller, als Vertreter der Zentrale unseres Vereines in Wien, schilderte in sachlicher Weise den Verlauf der Bewegung, erklärte die Zugeständnisse für die einzelnen Bedienstetenkategorien und betonte insbesondere, daß das Eisenbahnministerium durch die halbe Durchführung des Parlamentsbeschlusses wieder neue Härten geschaffen und unter den Bediensteten abermals Unzufriedenheit gesät, was ganz gut für eine Zeit unterblieben wäre, wenn der Betrag von 38 Millionen zur Verwendung gelangt wäre. Der Redner schilderte dann eingehend die Beweggründe, welche das Aktionskomitee

der koalitierten Vereine, dem Vertrauensmänner aller größeren Stationen Österreichs angehören, veranlaßt, trotzdem die Stimmung im Personal selbst dafür gewesen wäre, von der Anwendung der härtesten Mittel, die den Eisenbahnern zur Verfügung stehen, Abstand zu nehmen. Es wäre, sagte Müller, fastlich unklug gewesen, dies zu tun, in dem Zeitpunkt, wo das Parlament, das doch zum Großteil aus bürgerlichen und agrarischen Vertretern besteht, einstimmig für die Minimalforderungen der Eisenbahner votiert hat, wo doch bei ähnlichen Forderungen vor zwei und noch vor einem Jahre bedeutend niedrigere Beträge niedergestimmt wurden. Aus diesem mehrfach erwähnten Beschluß unseres Reichsparlamentes erwächst dem Eisenbahnerpersonal auch in der öffentlichen Meinung ein unbedingtes Anrecht auf die restlose Durchführung der 35 Millionen Kronen und die Vertreter der sozialdemokratischen Partei werden nicht versäumen, im Budgetausschuß den Antrag auf Einsetzung der fehlenden 17 Millionen in das Budget per 1912 zu stellen, die bürgerlichen Parteien aber werden bei diesem Anlaß zeigen müssen, ob ihre so oft und laut genug hinausposaunte Liebe zu den Eisenbahnern auch noch bis dorthin anhält. Den Eisenbahnern aller Kategorien aber erwächst die Pflicht, ihre Vereinigungen noch fester und strammer auszubauen, so daß wir allen Eventualitäten gegenüber geschlossen dastehen. In der hierauf folgenden Debatte kam durch eine Anzahl unserer bekannten Vertrauensmänner die Stimmung aller Kategorien des Eisenbahnerpersonals zum Ausdruck es schloß auch nicht an Stimmen, die sich mit der Verschleppungstaktik nicht einverstanden erklärten, alle Anwesenden waren jedoch sich darüber einig, daß von unserer Zentrale und den Vertrauensmännern nichts unterlassen wurde, was den Interessen des Personals dienlich war. Nach einem Schlußworte des Genossen Müller wurde folgende, die Situation klarlegende Resolution angenommen:

„Die am 6. Jänner 1912 im Gasthaus zum Pflanzmanns tagende Eisenbahnerversammlung bezieht die vom E. L. Eisenbahnministerium bis jetzt durchgeführte Aktion der Quartiergelderhöhung in Bezug auf Verbesserung hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der definitiven Bediensteten als vollkommen ungenügend, sieht weiters der Regelung der Tagelohnerhöhung der Arbeiter mit Mißtrauen entgegen, bezieht hingegen auf der Durchführung der Verbesserung hinsichtlich der Arbeiter und definitiven Bediensteten in der von der Koalition der organisierten Eisenbahner überreichten Anträge und der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Summe von 38 Millionen Kronen. Die Versammlung fordert weiters die Zentrale des Allgemeinen Reichs- und Gewerkschaftsbundes im Vereine mit den übrigen koalitierten Organisationen auf, zur Durchführung dieser Forderungen die geeigneten Mittel — mit Ausschluß jener des Petitionierens und Entsendens von Deputierten — zur Anwendung zu bringen. Insbesondere hat die Organisation mit allem Nachdruck auf eine Verbesserung der zum Härteausgleich in Aussicht genommenen Maßnahmen für die älteren Diener hinzuwirken.“

Die heute anwesenden Eisenbahner und Frauen sehen alles daran, die Organisation so auszubauen, daß sie im geeigneten Moment kampfbereit gerüstet ist, und verpflichten sich, geschlossen hinter den Vertrauensmännern zu stehen; denn nur in einer einheitlichen Organisation auf Grund des Klassenstandpunktes erblicken dieselben eine wirksame Durchführung ihrer berechtigten Forderungen.“

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurden einige Vereinsangelegenheiten behandelt, worauf der Vorsitzende die von neuem die Einigkeit der sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner Salzburger so klar zehende Versammlung schloß.

Am 4. Jänner sprachen hier in einer gut besuchten Versammlung die Genossen Reichratsabgeordneten Polke und A. Müller.

### Aus den Organisationen.

**Lobositz.** (Generalversammlung.) Am 7. Jänner L. J. fand die Generalversammlung der Bahnstelle Lobositz im Gasthaus „am Weintraube“ statt. Nach dem Bericht der Funktionäre wurde zur Renewal geschritten, die folgenden Resultate ergab: Anton Dostal, Vorsitzender; Karl Sandler, Kassier; Anton Kolof, Schriftführer. Die Mitgliederversammlung wird am 4. Februar um 4 Uhr nachmittags abgehalten und es ist Pflicht aller Mitglieder, dieselbe zu besuchen.

**Steinbrud.** Bei der am 7. Jänner 1912 stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Steinbrud wurden folgende Ausschussmitglieder gewählt: Anton Fierz, Obmann; Andreas Sattler und Johann Bediksel, Stellvertreter; Franz Moziß, Kassier; Franz Zupan, Schriftführer; Eduard Stokschitzky, Schriftführer; Johann Strubl, Stellvertreter; Andreas Modivnik, Kontrolleur; Anton Gorjal, Stellvertreter; Alois Wenzel, Bibliothekar; Karl Lokar, Stellvertreter; Josef Lisonil, Matthias Zelobek und Michael Topolovec, Ausschussmitglieder.

Vertrauensmänner für die Strecke und Station: Trifail: Franz Martinsel, Anton Vizjak; Sager: Franz Jinißel, Anton Gorkel, Michael Urb; Steinbrud: Stefan Tusar, Josef Logar, Viktor Muser und Alois Krohne.

Subkassiere für die Strecke: Trifail: Karl Zablaz; Sager: Michael Urb; Grafmigg: Johann Zolner; Steinbrud: Subkassiere für die Strecke: Alois Krohne.

Alle Zuschriften sind zu senden an: Anton Fierz, Verschieber in Steinbrud.

Alle Geldsendungen sind an Franz Moziß, Wagenaufseher in Steinbrud, zu senden.

**Böckelsdorf.** Bei der am 7. Jänner L. J. stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Josef Bauer, Obmann; Johann Wiedner, Stellvertreter; Franz Geber, Kassier und Schriftführer; Josef Vaar, Stellvertreter; Johann Schneider und Karl Hasklinger, Kontrolleur; Josef Gnadenberger, Bibliothekar; Franz Bod und Alois Pufker, Ordner; Franz Machar und Leopold Richter, Subkassiere.

**Ubertensdorf.** Am 7. Jänner hat die Generalversammlung stattgefunden, wo folgende Genossen gewählt wurden: Josef Bohmann, Kondukteur, Fabriksgasse 520, Obmann; Ludwig Parla, Stellvertreter; Bohuslav Kandler, Schriftführer; Franz Knaff, Stellvertreter; Heinrich Dergel, Kassier; Andreas Smola, Stellvertreter; Peter Wenzel und Franz Strnad, Revisoren; Josef Malý und Wenzel Alinger, Bibliothekare; Mraz, Dujer sen., Bencha, Dergel sen., Josef Crust, Fischer und M. Silbernagel, Ausschussmitglieder. Ferner wurden als Stredenassistenten gewählt: für Eisenberg: Bedenkthaler; für Obergeorgenthal: Dujer.

**Tüppels.** Die Bahnstelle hielt am 6. Jänner ihre diesjährige Generalversammlung ab. Als Leiter der Bahnstelle wurde Genosse Anton Wobler, Oberbauarbeiter in Gsell 37, gewählt. Als Kassier wurde Genosse Wenzel Gahn, als Subkassier für die Strecke Schönwehrl Elbogen Genosse Anton Kempi bestimmt. Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen stets pünktlich und zahlreich zu besuchen. Neue Mitglieder, welche den Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, wollen sich sofort beim Kassier Wenzel Gahn melden.

**Mährisch-Schönberg.** Bei der am 7. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt:

Johann Seczko, Obmann; Alois Böß, Stellvertreter; Emil Heide, Schriftführer; Emil Sturm, Stellvertreter; Paul Palik, Kassier; Alois Schön, Stellvertreter; Johann Laß, Bibliothekar; Jakob Prochaska, Stellvertreter; Konrad Weiser, Adolf Hilbert, Anton Reimer, Josef Welsky, Ausschussmitglieder; Franz Karger, Quvert Blamal, Leopold Gihl, Kontrolle.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Obmann Johann Seczko, Oberkondukteur, Mährisch-Schönberg, Mühlfeldstraße Nr. 23, in Geldangelegenheiten an Genossen Kassier Paul Palik, Josefstädterstraße 12, zu richten.

**Reichenberg.** (Sterblichkeitsverein in Reichenberg.) Die Hauptversammlung findet am 4. Februar um 3 Uhr nachmittags im Schießhausaal in Reichenberg statt. (Ein Mitglied kann 100 Legitimationen auf sich vereinen.)

**Selzthal.** Bei der am 6. Jänner 1912 stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Simon Kaiser, Obmann; Franz Holz-müller, Stellvertreter; Thomas Anderwald, Kassier; Franz Eberl, Stellvertreter; Hermann Meindl, Schriftführer; Rupert Auer, Stellvertreter; Johann Steiner, Kontrolleur; Franz Stangl, Stellvertreter; Johann Gassenbauer, Bibliothekar; Bartholomäus Wassertheurer, Stellvertreter.

Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann Simon Kaiser, Neulassing 64, Post Selzthal, zu richten. Geldangelegenheiten an Thomas Anderwald, Selzthal 94. Die Einzahlungen erfolgen vom 1. bis 5. jeden Monats von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 6 bis 8 Uhr abends im Vereinslokal. Die Bibliotheksangelegenheiten findet nur an Sonntagen von 8 bis 10 Uhr vormittags statt.

**Grubbach.** Bei der am 6. Jänner 1912 abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Johann Stühr, Obmann; Josef Eder, Stellvertreter; Max Schleifer, Kassier; Josef Brandl, Schriftführer; Josef Secht, Stellvertreter; Johann Branešić, Bibliothekar; Johann Secht und Johann Brühl, Revisoren; Karl Wolf, Johann Leiß, Rudolf Galt, Vinzenz Göth und Josef Dagen, Ausschussmitglieder.

Alle Zuschriften sind an den Obmann Genossen Johann Stühr, Grubbach 359, zu richten.

**Krems a. d. Donau.** In der am 6. Jänner 1912 in Frau Kubers Gasthof stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Hans Wendt, Obmann; Johann Gausler und Anr. Stahn, Stellvertreter; Raci Schmidinger, Kassier; Alois Weghuber, Stellvertreter; Karl Schiller, Schriftführer; Leopold Dürauer und Anton Uhl, Stellvertreter; Johann Führer und Josef Ringswirth, Bibliothekare; Hans Krobath und Julius Dorninger, Kontrolleur; Johann Graf, Josef Sainböhl, Paul Ehabera und Ernst Sorger, Subkassiere. Die Zentrale war durch Genossen Fr. Smoboda vertreten, welcher über das Thema „Warum organisieren wir uns?“ referierte.

Alle Zuschriften sind an Genossen Hans Wendt, Krems, Ufergasse 10, in Geldangelegenheiten an Genossen Karl Schmidinger, Krems, Wienerstr. 23, zu richten.

Weiters wurde beschlossen, daß jeden Dienstag nach dem Ersten im Vereinslokal bei Frau Huber, ein Vereinsabend stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich zu beteiligen.

**Jägerndorf.** In der am 6. Jänner L. J. stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Mitglieder in den Ausschuss gewählt: Alois Burek, Obmann; August Sattler, Stellvertreter; Mar Achaga, Kassier; Adolf Rofe, Stellvertreter; Franz Kriitel, Schriftführer; Johann Kuben, Stellvertreter; Anton Cernin, Rudolf Schwabala, Anton Martinek, Alois Wied, Josef Pobucký, Ausschussmitglieder; Heinrich Thomke, Alois Schmidt, Gustav Dvorak, Revisoren. Als Subkassiere für die Werkstätten: Abteilung I, Rudolf Vink; Abteilung II, Adolf Vier; Abteilung III, Anton Nowotny; Abteilung IIIb, Rudolf Klotz. Für die Strecke und Hauptbehalter: Karl Lieder-mann; Fahrverhaltung: Josef Schmidt; Magazin: Eduard Keller; Verladung: Eugen Machala; Heizhaus: Josef Scheithauer.

Alle die Ortsgruppe betreffenden Schreiben sind an den Obmann Alois Burek, Jägerndorf, Marktplatz 14, (Arbeiterheim), in Geldangelegenheiten an den Kassier Mar Achaga, Jägerndorf, Josef Wünsch-strasse 6, zu senden.

Ferner geben wir den Genossen bekannt, daß jeden zweiten Dienstag im Monat, 10 Uhr abends, im Arbeiterheim Monatsversammlungen stattfinden. Die Zentralbibliothek, die über 1000 Bände umfaßt steht jedem Genossen zur unentgeltlichen Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Mittwoch und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends.

**Verzogenburg.** Bei der am 6. Jänner stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Anton Deggel, Bahnstellenleiter; Karl Toder, Kassier. Sämtliche Zuschriften sind an Genossen Anton Deggel, Stabenndorf 38, zu richten.

### Eingefendet.

(Für Ihre Subskription übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

### Im Paradies der Diden.

Unter dieser fatirischen Ueberschrift brachte jüngst ein hervorragendes Blatt aus der Feder eines Deutschamerikaners eine Schilderung über das Leben und Treiben in Marienbad, dem Weltbadort gegen die Korruption.

Mit dem Pechagen des Nichts wird da eine große Laus von Egoismus und Schadenfreude über diejenigen ausgegossen, die die Last der Fülle mit sich und an sich herum-schleppen. Schon wenn man im Zuge nach Marienbad die Gänge abwärts von Wagon zu Wagon, begreift man reich die Tragik des Wortes von den armen Reichen, die entsagen müssen, um ihre Lebensmaschine wieder in Ordnung zu bringen. Tief seufzend essen sie sich noch einmal, das letzte Mal, im Speisewagen wirklich satt, denn sind sie verurteilt zu drei bis vier Wochen Kurarrest, verschärft durch teilweises Fasten und durch die schreckliche Unfreiheit, nicht nach eigenem Willen leben zu dürfen. Alles streng geregelt, wie in einem wirklichen Gefängnis! Zur bestimmten Stunde auf, zur bestimmten Stunde nieder! Bei der Abreise hat jeder von seinem Arzt für den „Herrn Kollegen“ einen verschlossenen Brief in die Hand gedrückt bekommen, der ungefähr das Gegenteil dessen enthält, was man einst sein sünderlich für den Weihnachtsmann aufgeschrieben hatte. Der „Herr Kollege“ ist niemals für Milderung, denn nur er, der Vadearzt, beherrscht die letzten grausamen Rinessen der Vadekur.

Unwillkürlich und mit Recht fragt man sich all dem gegenüber: Geht es denn nicht ohne Marienbad und ähnliche Entsetzungsanstalten? Ohne die damit verbundenen Entbehrungen, Lasten und Kosten?

Zum Glück der armen Diden ist auch für diese Frage die Antwort und die Lösung — man kann auch sagen Erlösung — gefunden worden. Professor Dr. v. Gaunting hat sie mit dem

von ihm erfundenen „Vitalito“ in dankenswerter Weise gebracht, denn „Vitalito“ beseitigt die Wurzel und Folgen der Korruption, die Ueberfettung der inneren Organe, verbessert die Zusammensetzung des Blutes und ist, während sonst alle bekannten Entfettungskuren umständlich, un bequem und an-greifend sind, einfach und zweckmäßig. „Vitalito“ besteht aus Fruchtzucker, Kräuterextrakten und Fruchtzucker, wie sie teilweise auch im feinsten Obst und Gemüse enthalten sind. Seine zahlreichen Hauptvorteile gipfeln in folgendem:

- Es ist absolut unschädlich,
- es ist von dauernder Wirkung,
- nicht nur der übermäßige Fettanfang verschwindet, sondern der ganze Organismus wird durch „Vitalito“ regeneriert,
- es ermüdet nicht und verursacht keine Schlaflosigkeit und keine Nervosität,
- es erfordert keine schweißtreibenden Touren oder meilenweiten Märsche,
- es erfordert keine Hunger- und Diäten,
- es verursacht nicht Krämpfe oder Gelenks,
- es ist von angenehmem Geschmack und leicht und unauf-fällig anzuwenden,
- es erfordert keine strenge Diät, Berufsänderung oder Vadekur,
- es ist sehr billig. Die ausgezeichnete Wirkung ist durch zahlreiche Atteste von Ärzten und Laien einwand-frei festgelegt.

.... „Vitalito“ ist ein Präparat, das nicht nur die all-gemeine Körperfülle herabsetzt, sondern auch Fettsäuren an einzelnen Stellen schon nach verhältnismäßig kurzem Ge-brauch zum Schwinden bringt....

24. Oktober 1910. Dr. Kalman, Wien II.

.... „Vitalito“ hat mir in Fällen, wo es auf die Ver-seitigung ungesunder Körperfülle ankam, selbst dort gute Dienste geleistet, wo durch andere Maßnahmen kein Erfolg zu er-zielen war....

24. Oktober 1910. Dr. G. Helfert, Wien VIII.

Professor Dr. v. Gaunting G. m. b. H. in Berlin 33, Postfach A 131, sendet auf Verlangen an jeden Interessenten eine Probeflasche ganz kostenlos, bezgleichen eine interessante auflärende Broschüre. Zu einer Vadekur entschließt man sich wegen der damit verbundenen ungeheuren Kosten und Unannehmlichkeiten nur schwer, zu dieser einfachen und o-fenen Kur und zu diesen kostenlosen Versuchen bedarf es keines großen Entschlusses und es sollte sie deshalb jeder sofort be-ginnen. Eine Korrespondenzkarte genügt, um sofort ohne Kosten und ohne jede Kaufverpflichtung Probe und Broschüre zu erhalten.

### Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

Als Gründer und Mitglieder sind bis jetzt be-treten die Genossen:

Rudolf Müller mit .....	Kr. 21-
Ferdinand Miska mit .....	21-
Anton Körner mit .....	21-
Florian Bur'a mit .....	21-
Josef Schwab, Obmann, mit .....	21-
Wenzel Kovarovsky mit .....	21-
Franz Wetscha mit .....	21-
Rudolf Weigl mit .....	21-
Josef Reimer mit .....	21-
Franz Scholz mit .....	21-
Eduard Goreschitzky mit .....	21-

### Bekanntmachung der Administration.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden bereits an sämtliche Ortsgruppen, respektive Bahnstellen, Formulare zugesandt, in welchen der Mitgliederstand nach Kategorien und, wo mehrere Bahnen in Betracht kommen, auch nach Bahnen anzugeben sind. Die verstaatlichte D. N. B., St. E. G., Nordbahn und B. N. B. sind, so wie bisher, getrennt anzugeben.

Dieser statistische Vogen ist spätestens bis zum 10. Jänner 1912 an die Zentrale einzusenden.

### Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauschuss-Sitzung am 11. Jänner 1912. — Beratung über die Durchführung der Verbesserungen für die Eisenbahner und Fassung diesbezüglicher Beschlüsse. — Bericht über die Einarbeitung der Fahrbeschlüssen. — Bericht über den gegenwärtigen Stand der tschechi-schevarenarischen Bewegung unter den Eisenbahnern in Böhmen. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

**Proffnun ist pföndlich.**

*Lebtschütz des Ojst „Loffnun“,  
sein Ojnniß naid soindan singt  
Linspfitz sintmofagt.*

**Proffnunnes Omringg-  
Wolzkoffnun**

*ist das Inuuliffhafefort, nia-  
mond lößt von ihm noch  
Kineznos Ojnnöjnung.*

**Proffnunne  
bringt Ojnn in Ojnn.**

2.

Sprechsaal

Achtung, Kanzleidiener!

Nachdem Genosse Barta in der letzten Sitzung der Vertrauensmänner sein Mandat als Hauptvertrauensmann der Kanzleidiener niedergelegt hat, wurde Genosse Hartl von den Wiener Vertrauensmännern beauftragt, die Funktion des Hauptvertrauensmannes der Kanzleidiener bis zur nächsten Konferenz auszuüben. Alle Zuschriften in Kanzleidienerangelegenheiten sind an Genossen Franz Hartl, Wien, XIV., Sturzgasse 19, zu richten.

Offene Anfragen.

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft in Wien!

Die Oberkondukteure, Kondukteure und Bremser der Station Grubbad bitten um Ausfolgung der gebührenden Uniformen und Dienstkleider. Die Streckenwächter der Strecke Grubbad-Fischau beschweren sich, daß dieselben keine Amtsblätter zur Einsicht bekommen. Da nun der Inhalt so mancher Amtsblätter auch für den Streckenwächter von großer Wichtigkeit sein kann, so bitten die betreffenden Streckenwächter, die k. k. Direktion möge anordnen, daß die Amtsblätter dem Personal bestimmt und rechtzeitig zur Einsicht aufgelegt werden.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Wien!

Die Streckenwächter der Strecke Alsdorf-Sippersdorf-Krems an der Donau haben am 1. Juli 1911 ein Gesuch um Abänderung der Diensterteilung an die k. k. Bahnerhaltungssektion Krems zur Weiterleitung an die k. k. Staatsbahndirektion in Wien vorgelegt. Da bis heute in dieser für die Streckenwächter so dringenden Angelegenheit keine Antwort erfolgt ist, so bitten die Gesuchsteller, um ehebaldige Erledigung.

An das hohe k. k. Eisenbahnministerium!

Die Parteiführer und Professionisten der Bahnerhaltungswerkstätte Wien I haben bereits im Jahre 1907 ein Gesuch um Stabilisierung eingebracht. Dieses Gesuch wurde abschlägig beschieden. Auf eine neuerliche Eingabe im Jahre 1909 wurde den Gesuchstellern mitgeteilt, daß die Professionisten als Werkmänner stabilisiert werden. Bis heute ist jedoch keiner der dort beschäftigten Arbeiter stabilisiert. Da nun in dieser Bahnerhaltungswerkstätte sehr komplizierte Arbeiten ausgeführt werden, die nur qualitativ gut ausgebildete Schlosser und Schmiede leisten können, so stellen die Befertigten an das hohe k. k. Eisenbahnministerium die ergebenste Bitte, man möge sich an maßgebender Stelle über die Leistungen der Professionisten in der Bahnerhaltungswerkstätte Wien I (Westbahnhof) genauestens informieren. Das Resultat dieser Information wird gewiß den Beweis erbringen, daß die langjährige Bitte der qualifizierten Arbeiter um Gleichstellung und Stabilisierung mit den Werkmännern der übrigen Werkstätten nicht weiter unberücksichtigt bleiben darf.

An die k. k. Nordwestbahndirektion in Wien!

Die Bediensteten der Station Deutschbrod erlauben sich an eine hohe k. k. Direktion die Anfrage zu richten, warum diese beim Kohlenfassen nur die nasse Kohle bekommen. Dieselbe lagert den ganzen Winter im Freien, während im zugewiesenen Schuppen die trockene Kohle aufbewahrt wird. Durch diesen Vorgang von seiten des Heizhauses erleiden sämtliche Bediensteten einen beträchtlichen Schaden, und bitten dieselben, das Heizhaus anzuweisen, dem Personal eine trockene Kohle zu verabsorgen. Die Ausgabe in der Zeit vom 4. bis 12. jeden Monats von 2 bis 4 Uhr nachmittags ist für den Personalstand der Station Deutschbrod unzureichend, und bitten die Bediensteten, um Abhilfe dieser Uebelstände.

An den Zugförderungs Vorstand der Spangbahn!

Im Herbst 1910 wurde dem Maschinenpersonal die Zugfasse gemacht, daß an den Schlepptenderlokomotiven Schupplassen angebracht werden, damit das Personal in den kalten Jahreszeiten, beim Verkehrtfahren vor dem Zugwind geschützt wird. Nachdem bis zum heutigen Tage in dieser Sache nichts geschehen ist, erlauben sich die Interessenten die Anfrage zu stellen, ob die Zugförderung endlich gewillt ist, ihre Aufgabe noch vor Ablauf dieses Winters einzulösen.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Zahlstelle Neunkirchen. Freitag den 2. Februar um 3 Uhr nachmittags findet in Neunkirchen, Bahnhofstraße 47, in Anton Spieß' Gasthaus, eine Mitgliederversammlung zwecks Wahl des Zahlstellenleiters statt.

Zahlstelle Kleinreifling. Freitag den 2. Februar um 1 Uhr nachmittags findet in Kleinreifling in Kollenbrunnens Gasthaus, eine Mitgliederversammlung zwecks Neuwahl des Zahlstellenleiters statt.

Ortsgruppe St. Valentin. Samstag den 20. Jänner 1912 findet in Herrn Hubers Gasthaus in St. Valentin um 8 Uhr abends eine Ortsgruppenversammlung statt. Referent aus Linz. Alle Mitglieder sind hiezu freundlichst eingeladen. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Königshof. Sonntag, den 21. Jänner um 4 Uhr nachmittags findet in Königshof in Frau Ruckers Gasthaus eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einführung der Sterbequote. 2. Eventuelles. Referent aus Prag. Pflicht der Mitglieder ist es, zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Wettau. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Generalversammlung Sonntag den 28. Jänner l. h. um 3 Uhr vormittags im Saale des „Elefanten“ stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser Versammlung pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Zahlstelle Weipert. Die Zahlstelle Weipert ersucht die Genossen der umliegenden Ortsgruppen Kaaden, Krüma, Komotau, Sporich und Saaz das am 21. Jänner 1912 stattfindende Eisenbahnerfranzösischen in Etalissement „Schiller“ mit ihrem werten Besuche zu beehren zu wollen. Die Musik befragt die Weiperterschützenkapelle. Anfang 7 Uhr. Entree: Herren 80 H., Damen 50 H.

An die Mitglieder der Zahlstelle Weipert werden keine besonderen Einladungen ergehen.

Zahlstelle Obogen. Bei der konstituierenden Versammlung wurden folgende Genossen gewählt: Franz Schneiderwinfl, Zahlstellenleiter; Josef Gains, Kassier. Das Vereinslokal befindet sich im Gasthaus des Herrn S a z m a n n, wo jeden Samstag nach dem 15. im Monat eine Versammlung stattfindet wird. Die Kollegen werden ersucht, die Versammlungen stets zahlreich zu besuchen.

Ortsgruppe Innsbruck III. Die Generalversammlung findet am 29. Jänner, 1/8 Uhr abends, im Arbeiterheim statt und wollen sich alle dienstfreien Genossen daran zahlreich beteiligen.

Zahlstelle Tepitz. Laut Beschluß der Monatsversammlung vom 7. Jänner findet die nächste Monatsversammlung am 11. Februar statt. Nach der Versammlung humoristische und komische Vorträge.

Ortsgruppe Jglau. Die Generalversammlung findet am 28. Jänner um 1/8 Uhr nachmittags im Vereinslokal, Pragerstraße Nr. 8, statt. Am 8. Februar veranstaltet die Ortsgruppe im Vereinsheim ein Kränzchen. Die Mitglieder werden ersucht, sowohl die Generalversammlung als auch das Kränzchen zahlreich zu besuchen.

Ortsgruppe Klottergrab. Jene Mitglieder, welche aus der Bibliothek Bücher entliehen haben, werden ersucht, die Bücher behufs Kontrolle bis längstens 1. Februar abzugeben.

Ortsgruppe Innsbruck I. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Interimskarten und Mitgliedsbücher behufs Abstempelung und Kontrolle für den Hinterbliebenenunterstützungsfonds an die Ortsgruppenleitung bis längstens 2. Februar abzugeben. Die Subskripte werden ersucht, bei der Eintreibung der Mitgliedsbücher nach besten Kräften mitzuwirken.

Zahlstelle Schwachat. Die Generalversammlung wird am 28. Jänner um 6 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Proidl abgehalten. Die dienstfreien Kollegen werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle mitzubringen.

Ortsgruppe Wolfsberg. Die Generalversammlung wird am 20. Jänner in Labis Gasthaus um 8 Uhr abends abgehalten. Sämtliche dienstfreien Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Pilsen. Die ordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe wird am 2. Februar um 1 Uhr mittags in dem Vereinslokal abgehalten. Die Besucher derselben werden hiemit aufgefordert, beim Vortreten des Lokals sich mit dem Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Sollte die Versammlung zur genannten Stunde nicht beschlußfähig sei, so findet die zweite eine Stunde später ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden statt. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, so ist es Pflicht aller dienstfreien Mitglieder, die Versammlung zu besuchen.

Ortsgruppe Penzig. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß am Montag den 12. Februar 1912 um 8 Uhr abends in Ribisch' Gasthaus, XIII, Reintgasse 11, die ordentliche Generalversammlung stattfindet. Es ist Pflicht aller dienstfreien Genossen, daran teilzunehmen. Referent von der Zentrale.

Ortsgruppe Karlsbad. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß am Sonntag den 4. Februar 1912 um 2 Uhr nachmittags in Wadmanns Gasthaus am Rosenhügel die ordentliche Generalversammlung stattfindet. Es ist Pflicht jedes einzelnen Genossen, derselben beizuwohnen. Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle und Abstempelung mitzubringen. Gleichzeitig ersuchen wir jene Mitglieder, welche der Hinterbliebenenunterstützungskasse beitreten, die Beitrittserklärungen auszufüllen und mitzubringen. Gäste sind willkommen.

Zahlstelle Enns. Am Sonntag den 4. Februar 1912, 3 Uhr nachmittags, findet in Enns, Linzerstraße, Frau Forstners Gasthaus, eine Mitgliederversammlung zwecks Besprechung der Hinterbliebenenunterstützung statt.

Ortsgruppe Pragerhof. Die ordentliche Generalversammlung wird Freitag den 23. Jänner 1912 um 7 Uhr abends im Gasthaus des H. F. Pöschke in Pragerhof abgehalten. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl. 3. Vortrag des Genossen J. K o p a c, Sekretär aus Triest: „Was haben die Eisenbahner vom Parlament?“ Die Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle mitzubringen.

Ortsgruppe Brünn II. (k. k. Nordbahn). Die nächste Monatsversammlung findet am 3. Februar statt, wobei die Genossen T a u b und E n g e l je einen Vortrag halten werden. Der Vereinsball wird am 5. Februar um 8 Uhr abends in Hajets Restauration abgehalten. Die Musik besorgt die Eisenbahnerkapelle. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Märtsch-Schönberg. Die nächste Monatsversammlung wird am 22. Jänner um 6 Uhr abends im Arbeiterheim abgehalten. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Ortsgruppe Rosenbad. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Ortsgruppenkassier abzugeben. Ausgeliehene Bibliotheksbücher sind bis längstens 1. Februar zurückzuführen.

Ortsgruppe Rudweis. Am 21. Jänner findet im Vereinslokal eine öffentliche Oberbauarbeiterversammlung statt. Referent aus Prag. Den Mitgliedern wird zur Kenntnis gebracht, daß Genosse R ö b l seine Stelle als Kassier niedergelegt hat. Mit der Kassieführung wurde Genosse Franz J ö s t betraut.

Ortsgruppe Amstetten. Die Generalversammlung wird am 2. Februar um 1/8 Uhr nachmittags in Brunners Saal abgehalten. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Zahlstelle Neu-Ligen. Die Generalversammlung wird am 4. Februar um 2 Uhr nachmittags in Neumayers Restauration abgehalten. Sämtliche dienstfreien Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Meran. Am 2. Februar um 3 Uhr nachmittags findet im Vereinslokal „Englischer Hof“ die Generalversammlung statt. Jene Mitglieder, die sich mit den Beiträgen im Rückstand befinden oder Bücher aus der Bibliothek entliehen haben, wollen ihren Verpflichtungen ehestens nachkommen, respektive die Bücher längstens 1. Februar l. h. retournieren. Sämtliche dienstfreien Kollegen werden aufgefordert, bestimmt zur Versammlung zu kommen.

Ortsgruppe Warburg I. Die Generalversammlung wird am 27. Jänner um 7 Uhr abends im Vereinslokal, Bergstraße Nr. 4, abgehalten. Referent aus Wien. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Ortsgruppe Bischofshofen. Die Generalversammlung wird am 27. Jänner um 1/8 Uhr abends in Haids Saal abgehalten. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Inhalt der Nummer 2 vom 10. Jänner 1912.

Voranzeige: Faschings-Courier. Artikel: Der separatistische Einbruch in die Eisenbahnerorganisation. Mehr sozialistisches Wissen. Kapitalistische Sammlungspolitik. Wieviel Mitglieder hat die Organisation schon zugeführt? Der Aufbruch eines Chinesen. Das Glück, nicht organisiert zu sein. Der Klassenkampf. Der Kampf der britischen Eisenbahner. Stiefhinder des bahnbefehligen Dienstes. Protokoll der Personalkommission der St. E. G., Sektion Unterbeamte Protokoll der Personalkommission der St. E. G., Sektion Diener. Feuilleton: Die Entstehung der Nordbahn. Inland: Der Klassenkampfstandpunkt der Nationalverbände. Im Dienste des Volkes. Preisbarometer des Zuckerkartells. Ausland: Die Löhne der preussischen Eisenbahner. Zentralisation der reichsdeutschen Gewerkschaften.

Bewegung der Lokomotivführer und Heizer in Argentinien um einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Eisenbahnerbege in Deutschland. Die Wiedereinstellung der französischen Eisenbahner abgelehnt.

Aus dem Gerichtssaal: Zusammenstoß zweier Maschinen in Jglau. Anerkennung eines Verkehrsunfalles durch das Schiedsgericht. Wieder ein deutschnationaler Verleumder verurteilt.

Streiflichter: Dringende Reformen. Die neueste Sparmethode der k. k. Staatsbahndirektion Wien. Die Personalkämpfer der Staatsbahn in Leitendorf bei Leoben. Die k. k. Staatsbahndirektion Villach und die Wächter. „Habt acht! — Rechts richt' euch!“ Wien-Westbahnhof. Prämien fürs Sparen. Wien. Wie der Staat seinen Arbeitern die Bedeutung der Feiertage erläutert. Ein Stimmungsbild. Die Sparwut auf der Duschlehrader Eisenbahn. Eine deutsch-nationale Eisenbahnerversammlung.

Korrespondenzen: Gutenstein. Eilm. Leoben. Freau. Gimberg. Ungmarkt. Bodenbach.

Versammlungsberichte: Unzufriedenheit unter den Säumeringer Werkstättenarbeitern. Ling. Gloggnitz. St. Pöten. Krems a. d. Donau. Bodenbach. Dürnellern. Budweis. Hörtz.

Aus den Organisationen: Czernowitz. Börgl I. Gänserndorf.

Verschiedenes: Das deutschnationale Wildkind. Die Lokomotive als Spielzeug.

Technisches: Eisenbahnen im Meer. Die Chinesen als Eisenbahner.

Literatur: „Die Neue Zeit.“

Mitteilungen des Rechtsbureaus: Sprechstunde.

Bekanntmachung der Administration: Statistil.

Mitteilungen der Zentrale: Verwaltungs-komiteefestung.

Sprechsaal: An die Wächter der Südbahn.

Offene Anfragen: An die Generaldirektion der St. E. G. in Prag. An die Nordwestbahndirektion. An die Staatsbahndirektion Olmütz.

Freie Eisenbahnerversammlungen: Leit-Neumarkt.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Villach I. Unter-Schiffcha. Raufbauern. Priesen. Obernig. Raubing. Klosterneuburg. Trieben. Komotau. Villach I.

Briefkasten der Redaktion.

Schreibarbeit. Wir sind leider nicht in der Lage, Ihnen eine geeignete Arbeit zuzusenden zu können. — Kein Glück. Das rote Kreuz-Los ist nicht gezogen und nicht amortisiert. — Sporich. Das „Jó-ziv“ (Gutes Herz) Los, Serie 1226 Nr. 67, wurde am 15. November 1911 mit 4 Kr. gezogen. Die übrigen Lose sind ungezogen. — Gnißl II. Sie rufen am 1. Juli 1913 auf 1100 Kr. vor, weil alle vor dem 1. Jänner 1909 angestellten Diener, die zu diesem Zeitpunkte die Gehaltsstufe von 1100 Kr. nicht erreicht haben, statt in drei, in zwei Jahren aus der Gehaltsstufe von 1000 Kr. in die Gehaltsstufe von 1100 Kr. vorrücken. (Siehe Erlaß im „Eisenbahner“, Nr. 31/1909). F. P. A. Die in der Gehaltsstufe von 1000 Kr. stehenden Bediensteten sind zum Tragen einer Kofette berechtigt. — „Wette“. Anonyme Briefe werden nicht beantwortet.

Interate. Für den Inhalt der insertierte übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

„OLLA“ Hygien. Spezialitäten. Beste existierende Marke. Per Dutz. K 4.-, 6.-, 8.-, 10.-. Frauenschutz, jahrelang verwendbar, K 3.-, 4.-, 6.-, 10.-. Neuheit für Herren, dauernd zu gebrauchen, Stück K 2.-. — Versand diskret. — Illustr. Preisliste gratis (Verschlossen 20 Heller.) J. Gräner, „OLLA“-Depot Wien V/2, Schönbrunnstrasse 141E.

Gutbezahlte Stellung. fanden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterstützungswerte „S y s t e m K a r n a d - D a c h s e i d“ zu ihrer Weiterbildung bedienten. Gründliche Ausbildung zum Monteur, Maschinenführer, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeugmaschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Formvermer und Gießereimeister, Gießereischützer, Gießereischloffer und Justizarbeiter, Lokomotivführer und -führer, Eisenbahntechniker, Elektroinstallateur, Gießereischützer, Auswärtige Prospekt und eine 62 Seiten starke Broschüre „K a r n a d - D a c h s e i d“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

Parteigenossen! Bestellen auch jeder für eure Familie ein Paket solcher freier Reste, enthaltend: Prima Kanonad für Bettüberzüge, starken Demdenorford, Best für Demden und Kleider, Blaudruck, Wästen, und Kleiderstoffe, Seimwand z. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst. Mit Parteigenossen Leopold Witzel, Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen. Mitglied der polnischen Orts- und Landesorganisation.

Haben Sie Schmerzen? Rheumatische, gichtische, Kopfschmerz, Zahnschmerzen? Haben Sie sich nicht bloß Neklame! Probierend 3 Kroneen franco. Erzeuger nur Apotheker Keller in Stubica Elzavay durch Luftzug, Erkältung was zugezogen? Veruchen m. d. „Klaffluid“. Der ist wirklich aut! Das ist Nr. 191 (Italien).

